WZB
Mitteilungen

www.wzb.eu

Juni 2021
172

Gegeneinander Die Polarisierung der Gesellschaft verschärft sich

Themen: Wahlen und Repräsentation, Straße und Parlament, Populismus, Europa, Amerika, Geschichte Nigerias

WZB
Mitteilungen
Heft 172
Juni 2021

Inhalt

Titelfoto:
*Gegenschuss: Der Teilnehmer einer Kundgebung der aus-länder- und islamfeindlichen Pegida-Bewegung in Leipzig fotografiert im Juni 2020 Gegendemonstrant*innen vom Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz".*
(Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Sebastian Kahnert)

Editorial

5 **Armut und Teilhabe**

Titelthema

6 **Die Verzweiflung der alten Mehrheit**
Amerikas Konservative setzen die Demokratie aufs Spiel
Daniel Ziblatt und Steven Levitsky

10 **Die rosa Welle ist gebrochen**
Das Wechselspiel progressiver und konservativer Bewegungen in Lateinamerika
Melisa Ross

13 **Armer Norden, reicher Süden**
Die Spaltung Nigerias reicht weit in die Geschichte zurück
Daniel Tuki

16 **Nicht alle Stimmen sind gleich**
Die Sprengkraft mangelhafter politischer Repräsentation
Michael Zürn

19 **Das Ringen um die Lösung**
Parteien im Spannungsverhältnis zwischen Dissens und Kompromiss
Pola Lehmann

22 **Politische Drift in Deutschland**
Die Polarisierung von Parteiprogrammen und Wählerschaft nimmt zu
Bernhard Weßels

24 **Europa als Konfliktthema**
Der Schlüssel liegt bei den Mainstream-Parteien
Daniela Braun und Edgar Grande

27 **Polarisierung von unten**
Die Linke und die AfD erzählen neue Geschichten über das Verhältnis von Straße und Parlament
Manès Weisskircher, Swen Hutter und Endre Borbáth

30 **Der Verlust der Vielfalt**
Die Corona-Proteste in Deutschland werden durch eine radikale Minderheit geprägt
Sophia Hunger, Teresa Völker und Daniel Saldivia Gonzatti

33 **Der Streit um Umwelt und Klima**
Rechte Think Tanks haben nicht nur politische Interessen
Dieter Plehwe

36 **Rationalität und Populismus**
Die Rolle der Wissenschaften in der Pandemie
Heiko Giebler, Constanza Sanhueza Petrarca und Bernhard Weßels

39 **Machtlos, hilflos – überzeugt**
Extreme Einstellungen als Reaktion auf Kontrollverlust
Magdalena Hirsch

Aus der aktuellen Forschung

42 **Nachgefragt bei Macartan Humphreys:**
Was erhöht die Impfbereitschaft?

43 **Unterschiedlich prekär**
Die sozialen Sicherungssysteme prägen die Plattformarbeit in Deutschland und den USA
Martin Krzywdzinksi und Christine Gerber

Aus dem WZB

47 **Konferenzbericht**
48 **Vorgestellt**
50 **Personen**
52 **Nachlese**

Zu guter Letzt

54 **Ein anderer Lockdown ist auch ein Erlebnis**
Eine Forscherin aus Paris im pandemischen Berlin
Jeanne Hagenbach

Impressum

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174-3120

Heft 172, Juni 2021

Herausgeberin
Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember)
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Chefredaktion
Dr. Harald Wilkoszewski
Gabriele Kammerer

Redaktion
Kerstin Schneider
Dr. Katrin Schwenk
Claudia Roth

Korrektorat
Martina Sander-Blanck

Dokumentation
Julia Kissel

Übersetzungen
Gabriele Kammerer (S. 6-9; 10-12; 13-15)

Texte in Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck

Auflage
8.800

Abonnements: presse@wzb.eu

Foto S. 5: David Ausserhofer

Gestaltung
Kognito Gestaltung, Berlin

Satz und Druck
Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Zertifikat seit 2010
audit berufundfamilie

WZB Aufgaben und Arbeiten

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 300 deutsche und ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung betreiben. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Leibniz Gemeinschaft

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: https://www.wzb.eu/de/datenschutz.

Armut und Teilhabe

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Gesellschaft ist die Bekämpfung von Armut. Das Armutsrisiko hat sich in Deutschland verfestigt, stellte im Frühjahr der neue Datenreport fest, herausgegeben von Statistischem Bundesamt, WZB und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, zusammen mit dem Sozio-oekonomischen Panel und dem DIW Berlin.

In der Presse wurde dieser Befund teilweise in Frage gestellt: Die Entwicklung vor der Pandemie sei in allen Einkommensgruppen positiv verlaufen, auch die armen Menschen hätten nun mehr Geld, die Armut sei daher gesunken.

Diese Sicht blendet allerdings das Konzept der relativen Armut aus. Demnach gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung verdienen. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe ist deutlich gestiegen, wie der Datenbericht belegt: Ende der 1990er-Jahre zählte jede:r Zehnte dazu, 2018 war es jede:r Siebte.

Das ist ein Problem. Denn Menschen, die viel weniger als das Durchschnittseinkommen verdienen, drohen von der Teilhabe an der Gesellschaft abgekoppelt zu werden – besonders dann, wenn dieser Status über viele Jahre andauert. Verschiebt sich das Einkommensniveau für alle Gruppen nach oben, kann das zwar zu materiellen Verbesserungen für arme Menschen beitragen, ändert aber nichts an ihrer geringeren Teilhabe an Wohlstandssteigerungen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung.

Wer nur das absolute Maß der Armut als entscheidend bewertet, muss sich um solche Fragen nicht kümmern. Ohne auf die relative Armut zu schauen, nimmt man allerdings die ungleiche Verteilung von Einkommen weiterhin in Kauf – und damit eine geringere Teilhabe vieler Menschen.

Jutta Allmendinger

Die Verzweiflung der alten Mehrheit
Amerikas Konservative setzen die Demokratie aufs Spiel

Daniel Ziblatt und Steven Levitsky

Summary: Over the past forty years, America has made genuine movement towards a more inclusive multiethnic democracy. However, this push has also triggered a counter-reaction, radicalizing segments of the Republican Party, which have left it increasingly an anti-system party that seeks to subvert democracy. Underpinning this partisan divide is the long growing polarization of American political life that leaves American democracy deeply vulnerable to future episodes of destabilization.

Kurz gefasst: In den letzten 40 Jahren haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika zu einer multiethnischen Demokratie entwickelt. Diese Entwicklung hat allerdings auch eine Gegenreaktion ausgelöst: Manche Republikanerinnen und Republikaner haben sich radikalisiert und haben die Partei zunehmend zu einer Anti-System-Partei gemacht, die die Demokratie unterwandert. Hinter dieser Polarisierung der Parteien steht eine Polarisierung des politischen Lebens insgesamt, die die amerikanische Demokratie tief verwundbar macht und weitere Destabilisierung befürchten lässt.

Das Jahr 2021 begann für die Amerikaner mit zwei komplett widersprüchlichen Szenen auf ihren Fernsehbildschirmen: Am 5. Januar gewannen ein Afroamerikaner und ein jüdischer Amerikaner Senatssitze in Georgia, einem Staat, dessen zutiefst reaktionäre Geschichte der Rassentrennung einen progressiven Durchbruch eher unwahrscheinlich aussehen ließ. Gleich am nächsten Tag, am 6. Januar, stürmte eine Gruppe gewalttätiger Unterstützer*innen von Präsident Trump das Gebäude des Kapitols in Washington – nachdem ein Großteil der republikanischen Partei über zwei Monate hinweg versucht hatte, die Ergebnisse der Wahl von 2020 anzufechten.

Diese beiden Ereignisse gehören eng zusammen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Amerika sich zu einer multiethnischen Demokratie entwickelt hat. Aber radikalisierte Mitglieder der republikanischen Partei machen diese zu einer Anti-System-Partei, die die Demokratie zersetzen will. In Amerika ist das politische Leben zunehmend polarisiert; die Demokratie wird anfällig für Destabilisierung.

In den letzten 25 Jahren haben Hass und Furcht zwischen Demokrat*innen und Republikaner*innen stark zugenommen. In einer Umfrage von 1960 sagten gerade einmal 4 Prozent der Demokraten und 5 Prozent der Republikaner, es würde ihnen nicht gefallen, wenn ihr Kind jemanden heiratete, der oder die der anderen Partei anhing. Fünfzig Jahre später zeigte eine Umfrage Werte von 33 beziehungsweise 49 Prozent. Eine aktuelle Untersuchung der Politikwissenschaftlerin Lilliana Mason und ihres Koautors zeigt, dass in beiden Parteien ungefähr 60 Prozent der Mitglieder angeben, sie glaubten, die andere Partei sei „eine ernsthafte Bedrohung für die Vereinigten Staaten". Dieses Ausmaß an Hass zwischen den Parteien hat es seit dem späten 19. Jahrhundert nicht mehr gegeben.

Eine gewisse Polarisierung ist normal, ja sogar gesund für eine Demokratie. Aber extreme Polarisierung kann sie zerstören. Wie der Politikwissenschaftler Milan W. Svolik jüngst gezeigt hat, steigt in stark polarisierten Gesellschaften die Bereitschaft, undemokratisches Verhalten auch von der eigenen Seite zu tolerieren. Wer einen Sieg der anderen Seite als Katastrophe oder als völlig inakzeptabel ansieht, neigt dazu, außergewöhnliche Mittel zu rechtfertigen, um das zu verhindern: Gewalt, Wahlbetrug, Putsch. Fast alle bedeutenden demokratischen Zusammenbrüche der Geschichte (von Spanien und Deutschland in den 1930er-Jahren über Chile 1973 bis hin zu Thailand, der Türkei und Venezuela Anfang der 2000er) fanden in Situationen extremer Polarisierung statt. Rivalisierende Parteien nahmen einander als eine so existenzielle Bedrohung wahr, dass sie lieber die Demokratie aushöhlten, als einen Sieg der anderen Seite zu akzeptieren.

Was Amerikanerinnen und Amerikaner heute erleben, ist nicht die traditionelle Polarisierung zwischen Liberalen und Konservativen. Menschen fürchten und hassen einander nicht mehr wegen Steuern oder Gesundheitspolitik. Die derzeitige Spaltung entlang der Parteigrenzen geht tiefer: Jetzt geht es um ethnische und kulturelle Identität.

Es ist ein zutiefst tragisches und auch paradoxes Erbe der Geschichte der Vereinigten Staaten, dass die Stabilität ihres politischen Systems vom 19. Jahrhun-

dert bis heute in Teilen auf dem Ausschluss ethnischer Gruppen beruht. Die demokratischen Normen Amerikas – gegenseitige Tolerierung, Kompromiss, Selbstbeschränkung im Gebrauch der Macht – wurden durch und für eine politische Gemeinschaft errichtet, die fast gänzlich weiß und christlich war. Diese Gemeinschaft schloss Millionen von Afroamerikanern im Süden aus.

Die amerikanische Gesellschaft hat sich im letzten halben Jahrhundert dramatisch verändert. Durch die Einwanderung vieler Menschen und durch Schritte hin zu ethnischer Gleichberechtigung wurde unser Land sowohl vielfältiger als auch demokratischer. Die Größe und der Status der ehemaligen weißen christlichen Mehrheit haben dadurch gelitten. In den 1950er-Jahren stellten weiße Christinnen und Christen weit über 90 Prozent der amerikanischen Wählerschaft. Noch 1992, als Bill Clinton zum Präsidenten gewählt wurde, lag ihre Quote bei 73 Prozent. Als Barack Obama 2012 wiedergewählt wurde, war ihr Anteil auf 57 Prozent gefallen, und Forschungen besagen, dass es 2024 unter 50 Prozent sein werden. Es ist nicht lange her, dass weiße christliche Männer an der Spitze aller sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Hierarchien des Landes saßen. Sie stellten die Präsidenten, den Kongress, das Verfassungsgericht und die Gouverneure. Sie waren Chefs, Medienleute, führende Berühmtheiten und wissenschaftliche Autoritäten. Und sie waren das Gesicht beider großer Parteien.

Diese Zeit ist vorbei. Und den sozialen Status zu verlieren, kann eine zutiefst bedrohliche Erfahrung sein. Viele weiße christliche Männer haben das Gefühl, das Land, in dem sie aufwuchsen, werde ihnen genommen. Der demografische Wandel hat politische Sprengkraft. Denn die Linie zwischen den beiden großen Parteien verläuft genau entlang der ethnischen und kulturellen Grenzen. Das war anders, als die heute mittelalten und älteren Amerikaner jung waren. Noch in den späten 1970er-Jahren waren weiße Christen gleichmäßig auf Republikaner und Demokraten verteilt.

Drei wesentliche Veränderungen haben in den letzten fünf Jahrzehnten stattgefunden: Erstens hat die Bürgerrechtsbewegung dazu geführt, dass in den südlichen Bundesstaaten viele weiße Wählerinnen und Wähler von den Demokraten zu den Republikanern abgewandert sind, während Afroamerikaner – im Süden erst neu zum Wählen berechtigt – in großem Umfang Demokraten wurden. Zweitens erlebten die Vereinigten Staaten eine große Einwanderungswelle, und die meisten Zuwanderer landeten bei den Demokraten. Drittens liefen seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan in den frühen 1980er-Jahren viele weiße evangelikale Christen den Republikanern zu.

Heute repräsentieren daher Amerikas beide großen Parteien sehr verschiedene Teile der amerikanischen Gesellschaft: Die Demokraten stehen für eine Regenbogen-Koalition von urbanen und gebildeten Weißen und People of Color (fast die Hälfte der Wähler der Demokraten sind nicht weiß). Die Republikaner dagegen bleiben überwiegend weiß und christlich und sind in den ländlichen Gegenden der USA angesiedelt. Die Amerikaner haben sich in zwei Parteien aufgeteilt, die ganz unterschiedliche Gemeinschaften und soziale Identitäten repräsentieren und damit auch Visionen davon, was Amerika ist und sein sollte, umfassen. Die Republikaner stellen zunehmend das weiße christliche Amerika dar, während die Demokraten alle anderen repräsentieren. Das ist die Spaltung, die Amerikas tiefer Polarisierung zugrunde liegt.

Was diese Polarisierung allerdings so gefährlich macht, ist ihre Asymmetrie. Während die Basis der demokratischen Partei vielfältiger – und breiter – wird, ist die republikanische Partei eine ehemals dominierende Mehrheit im Niedergang, sowohl was ihren Umfang als auch was ihre Bedeutung angeht. Viele Republikaner spüren diesen Niedergang und schauen mit Angst in die Zukunft. Slogans wie „Take our country back“ oder „Make America great again“ spiegeln diese Angst. Sie heizt eine beunruhigende Entwicklung an, die unsere Demokratie bedroht: Bei den Republikanern wächst die Abneigung dagegen, Wahlen zu verlieren.

Demokratie aber setzt voraus, dass Parteien auch verlieren können. Politikerinnen und Politiker müssen bereit sein, Niederlagen zu akzeptieren, nach Hause zu

Daniel Ziblatt ist Direktor der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB sowie Eaton-Professor für Regierungswissenschaften an der Harvard Universität in den USA. *[Foto: Martina Sander]*

daniel.ziblatt@wzb.eu

Steven Levitsky ist Professor für Regierungslehre am Weatherhead Center for International Affairs an der Harvard University, USA. Seine Forschungsinteressen umfassen politische Parteien, Autoritarismus und Demokratisierung sowie schwache und informelle Institutionen, mit einem Schwerpunkt auf Lateinamerika.
(Foto: Stephanie Mitchell)

levitsky@wcfia.harvard.edu

gehen und am nächsten Tag neu anzufangen. Ohne diese Norm des großzügigen Verlierens ist Demokratie nicht stabil. Damit Parteien Verluste akzeptieren können, müssen zwei Bedingungen gegeben sein: Sie müssen die Sicherheit haben, dass ihre Niederlage nicht in den Ruin führt, und sie müssen daran glauben können, nächstes Mal gewinnen zu können. Wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird der Zeithorizont eng. Verantwortliche in den Parteien versuchen dann, heute um jeden Preis zu gewinnen. Verzweiflung bringt Politiker dazu, schmutzige Mittel anzuwenden.

Die Geschichte bietet zahlreiche Beispiele dafür, wie Parteien, aus Angst zu verlieren, die Demokratie unterwandern. Vor dem Ersten Weltkrieg fürchteten viele traditionelle Konservative in Europa die Ausweitung des Wahlrechts auf die Arbeiter (von Arbeiterinnen war in dem Zusammenhang noch gar nicht die Rede). In Deutschland zum Beispiel sahen die Konservativen das allgemeine und gleiche Wahlrecht als eine Bedrohung nicht nur für ihre eigenen Wahlchancen, sondern für den Fortbestand der aristokratischen Gesellschaftsordnung. So spielten sie vor dem Ersten Weltkrieg ein schmutziges Spiel: Sie manipulierten Wahlen mit repressiven Maßnahmen.

Ähnlich reagierten die Demokraten der Südstaaten im Amerika des 19. Jahrhunderts auf die Gleichberechtigung der Afro-Amerikaner nach dem Bürgerkrieg (der 15. Verfassungszusatz von 1870 verbot es, einer Person aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe oder ihres früheren Status als Sklave den Zugang zu Wahlen zu verweigern). Da die Afroamerikaner in den meisten ehemals konföderierten Staaten ganz oder fast in der Mehrheit waren, bedrohte ihre Teilnahme an Wahlen die Vorherrschaft der südlichen Demokraten – und stellte so letztlich die ethnische Ordnung als ganze in Frage. So spielten auch die Demokraten des Südens ein schmutziges Spiel: Zwischen 1885 und 1908 erließen alle elf Staaten der ehemaligen Konföderation Gesetze, die das Wahlrecht an Steuern, Lese- und Schreibtests, Besitz oder Wohnsitz knüpften. Diese Maßnahmen, begleitet von einer widerlichen Welle anti-Schwarzer Gewalt, erfüllten ihren Zweck: Die Wahlbeteiligung von Schwarzen im Süden fiel von 61 Prozent 1880 auf gerade mal noch 2 Prozent im Jahr 1912. Weil sie nicht verlieren wollten, entzogen die Demokraten fast der Hälfte der Bevölkerung das Wahlrecht. Es folgten annähernd hundert Jahre autoritärer Herrschaft im Süden der USA.

Die „Grand Old Party" der Republikaner zeigt heute Anzeichen einer ähnlichen Panik. Ihre Wahlchancen werden schlechter. Sie bleibt eine ganz überwiegend weiße und christliche Partei in einer zunehmend vielfältigeren Gesellschaft. Mehr noch: Jüngere Wählerinnen und Wähler laufen ihr davon. 2018 wählten etwa 2 von 3 der 18- bis 29-Jährigen demokratisch, bei den über 30-Jährigen waren es fast 60 Prozent.

Demografie ist kein Schicksal. Aber die zunehmende Vielfalt des amerikanischen Wahlvolks hat es der republikanischen Partei schwerer gemacht, nationale Mehrheiten zu gewinnen. Tatsächlich hat sie in den letzten dreißig Jahren nur ein Mal die Mehrheit der Wählerstimmen bei einer Präsidentschaftswahl (die *popular vote*) für sich gewonnen. Keine Partei verliert gern, aber für Republikaner spitzt sich das Problem durch die Polarisierung noch zu. Denn die Basis glaubt immer mehr, dass eine Niederlage katastrophale Konsequenzen haben würde. Und so haben die Republikaner, wie damals in den Südstaaten die Demokraten, ein schmutziges Spiel begonnen. Die schlechten Wahlaussichten und das Gefühl einer existenziellen Bedrohung haben eine Mentalität begünstigt, die es darauf anlegt, um jeden Preis zu gewinnen. Diese Mentalität zeigte sich am deutlichsten in Versuchen der letzten Jahre, das Spielfeld Wahlen neu zu definieren. Seit 2010 hat ein Dutzend republikanisch geführter Staaten neue Gesetze angenommen, die es erschweren, sich registrieren zu lassen oder zu wählen. Regierungen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene haben Wahllokale in überwiegend Schwarzen Wohngegenden geschlossen, sie haben Wahlverzeichnisse gesäubert, sie haben neue Hürden für die Anmeldung zur Wahl geschaffen. Die beunruhigendste Entwicklung ist, dass seit der Wahl vom November 2020 republikanisch geführte Staaten versuchen, die Regeln zu verändern, nach denen Wahlleute für das Electoral College bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 ausgesucht werden. Diese Initiativen sind weniger sichtbar als die

Gesetze, die die ethnische Diskriminierung im 19. Jahrhundert festschrieben. Die Logik dahinter ist aber sehr ähnlich: Parteien, die verängstigte, kleiner werdende Mehrheiten vertreten, neigen in ihrer Verzweiflung zur Anwendung schmutziger Mittel.

Amerikas Entwicklung hin zu ethnischer Gleichberechtigung und inklusiver Politik hat als Gegenreaktion zu einer Polarisierung geführt, die diese Entwicklung zum Scheitern bringen könnte. Dass die Verfassung der USA Wählern und Wählerinnen in ländlichen Gebieten mehr Gewicht gibt, hat diese Gegenreaktion noch verstärkt und die Herausforderungen erhöht. Extreme Polarisierung aber ist destruktiv. Es bleibt also die zentrale Aufgabe, die Institutionen der amerikanischen Demokratie so zu reformieren, dass sie diese gefährliche Phase überlebt. Wenn die politischen Institutionen Amerikas reformiert werden können, ist eine wirklich multiethnische Demokratie in Sicht.

WZB-Mitteilungen online
Verlust der Bindekraft

Polarisierung könnte zur Signatur der Gesellschaften des 21. Jahrhunderts werden, sagt **Wolfgang Merkel**, emeritierter Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Vor 1989 waren die großen Volksparteien in der Lage, soziale Konflikte weitgehend zu überbrücken. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs schwanden ihre Bindekräfte; die Konflikte wurden kulturell akzentuiert und moralisch aufgeladen. Die Gesellschaften Europas und Nordamerikas ordnen sich zunehmend in zwei große Lager – Kosmopoliten und Kommunitaristen. Nicht zuletzt die Coronakrise machte die gewaltigen Polarisierungskräfte dieser Konstellation deutlich: Die jeweils andere Seite wird in ihren Argumenten nicht mehr gehört, sondern a priori als „Lügner" und „unmoralisch" abgetan. In den Augen Merkels allerdings braucht Demokratie Dissidenz. Nur die Offenheit dafür kann den Weg aus der Polarisierung weisen. Wolfgang Merkels Essay finden Sie hier: wzb.eu/magazin-polarisierung

Literatur

Abramowitz, Alan I.: The Great Alignment: Race, Party Transformation, and the Rise of Donald Trump. New Haven/London: Yale University Press 2018.

Highton, Benjamin: „Voter Identification Laws and Turnout in the United States". Annual Review of Political Science, 2017, Jg. 20, S. 149–167. Online: https://www.annualreviews.org/doi/full/10.1146/annurev–polisci–051215–022822 (Stand 04.05.2021).

Kalmoe, Nathan P./Mason, Lilliana: Lethal Mass Partisanship: Prevalence, Correlates, & Electoral Contingencies. Beitrag für das NCAPSA American Politics Meeting. Washington, DC. Januar 2019. Online: https://www.dannyhayes.org/uploads/6/9/8/5/69858539/kalmoe____mason_ncapsa_2019_–_lethal_partisanship_–_final_lmedit.pdf (Stand 04.05.2021).

Klein, Ezra/Chang, Alvin: „‚Political Identity Is Fair Game for Hatred': How Republicans and Democrats Discriminate". Vox, 7. Dezember 2015. Online: https://www.vox.com/2015/12/7/9790764/partisan–discrimination (Stand 04.05.2021).

Kousser, Morgan: The Shaping of Southern Politics: Suffrage Restriction and the Establishment of the One–Party South, 1880–1910. New Haven/London: Yale University Press 1974.

Pew Research Center: „In Changing U.S. Electorate, Race and Education Remain Stark Dividing Lines". Juni 2020. Online: https://www.people–press.org/wp–content/uploads/sites/4/2020/06/PP_2020.06.02_Party–ID_FINAL.pdf (Stand 04.05.2021).

Svolik, Milan W.: „Polarization versus Democracy". In: Journal of Democracy, 2019, Jg. 30, H. 3, S. 20–32. Online: https://www.journalofdemocracy.org/articles/polarization–versus–democracy/ (Stand 04.05.2021).

Die rosa Welle ist gebrochen Das Wechselspiel progressiver und konservativer Bewegungen in Lateinamerika

Melisa Ross

Summary: Right-wing forces are on the rise in many Latin American countries. They take advantage of cultural, ethnic and political divisions to mobilize supporters and voters. The development is also a reaction to the "pink wave" of progressive parties who rose to government in the past two decades, and who had installed those cleavages on the political agenda in the first place. Both political camps tie in with the neoliberal legacy of the 20th century in different ways.

Kurz gefasst: In vielen Ländern Lateinamerikas sind rechte Kräfte auf dem Vormarsch. Sie nutzen kulturelle, ethnische und politische Spaltungen für die Mobilisierung von Anhänger*innen und Wähler*innen. Die Entwicklung ist auch eine Reaktion auf die „rosa Welle", den Erfolg progressiver Regierungen seit der Jahrtausendwende, die soziale und wirtschaftliche Fragen überhaupt auf die politische Agenda hoben. Beide politischen Lager knüpfen auf verschiedene Weise an das neoliberale Erbe des 20. Jahrhunderts an.

Die politische Analyse spricht von einer „Linkswende" oder einer „rosa Welle" (*Pink Tide*), wenn sie die Veränderungen in Lateinamerika um die Jahrtausendwende beschreiben will. Linke und progressive Parteien gewannen in verschiedenen Länder die Präsidentschaftswahlen: zuerst Hugo Chávez in Venezuela 1999, dann Lula da Silva in Brasilien 2002, Néstor Kirchner in Argentinien 2003, es folgten 2006 Evo Morales in Bolivien und weitere Kandidaten des linken Spektrums während desselben Jahrzehnts. 2011 lebten zwei Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung unter einer progressiven Regierung. Dieser Wahlerfolg fand mitten in institutionellen und wirtschaftlichen Krisen statt, er wurde getragen von Wählerinnen und Wählern, die sich so deutlich vom weit verbreiteten neoliberalen Modell und dessen schädlichen Auswirkungen auf die Institutionen, die Wirtschaft und das soziale Gefüge abgrenzten. Die neuen, linken Regierungen trieben institutionelle und soziale Reformen voran mit dem Ziel, Armut und Ungleichheit zu verringern, die durch die neoliberalen Reformen in den 1980er- und 1990er-Jahren ein erschreckendes Ausmaß erreicht hatten. Ihre Strategien, die umfassenden sozialen Schutz mit entwicklungsorientierter Wirtschaftspolitik kombinierten, werden häufig als „postneoliberal" bezeichnet.

Ein wesentliches Charakteristikum solcher postneoliberalen Regierungen ist die Politisierung sozialer und wirtschaftlicher Fragen, die zuvor entsprechend dem neoliberalen Ansatz in die Sphäre von Bürokratie und Technologie verbannt waren. Politisierung bezeichnet einen Prozess, durch den Themen zum Gegenstand politischer Debatten gemacht werden, wodurch sie politischer Regulierung unterliegen und unter staatlicher Verantwortung stehen. Politische Maßnahmen wie die Begrenzung der Preise für Grundgüter oder finanzielle Unterstützung für informell Beschäftigte und Personen außerhalb der Sozialversicherung wurden so öffentlich diskutiert, Fragen wie staatliche Präsenz und institutionelle Pflicht neu formuliert. So konnten progressive Regierungen den allgemeinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und direkte Transfers an Familien, die den Schulbesuch der Kinder sicherstellten, legitimieren und ehemals ausgeschlossene Gruppen, wie LGBT+ und ethnische Minderheiten, in politische Entscheidungsabläufe integrieren.

In den Andenstaaten wurden ethnische Spaltungen herangezogen, um die Reformen zu begründen, während die südamerikanischen Regierungen sich eher auf Klassen- und Einkommensungleichheiten beriefen. Die grundlegende Strategie war allen gemeinsam: Es wurde ein öffentlicher Diskurs über staatliche Anerkennung und Umverteilung angeregt, Allianzen mit sozialen Bewegungen wurden gesucht. Um die Legitimität ihrer Reformen zu stärken, setzten progressive Regierungen also auf die Politisierung der Sozialpolitik (als Instrument zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung), der Wirtschaft (als Raum für den Kampf um Souveränität und die Selbstbestimmung der Region), und, vor allem, des Staates. Die am stärksten links orientierten Regierungen spielten darüber hinaus mit gegen das System gerichteten Affekten, um sehr umstrittene institutionelle Reformen zu legitimieren. Das bekannteste Beispiel hierfür ist Venezuela, aber auch in Bolivien und Ecuador war es ähnlich. Diese Strategie hat der Politikwissenschaftler Samuel Handlin als „polarisierenden Populismus" bezeichnet.

Solche Strategien, das Problem zu formulieren, wichen deutlich davon ab, wie die Rolle des Staates und der Politikgestaltung unter dem neoliberalen Konsens verstanden worden war – nämlich als Vehikel für die Deregulierung der öffentlichen Angelegenheiten und der Liberalisierung des Marktes. In den 1980er- und 1990er-Jahren war der Staat von wirtschaftlichen und politischen Eliten vereinnahmt und wurde so zum Gegenstand von Misstrauen und Protest. Durch die Politisierung des Staates während der Linkswende in den 2000er-Jahren wurde er zum Regulierungsapparat, der zugunsten der sozial Schwächsten wirken konnte – und musste. Der Staat wurde so neu interpretiert als zentraler Ort des Zuhörens und der Schlichtung sozialer Konflikte.

Der Erfolg der progressiven Strategien von Politisierung und Polarisierung in vielen Ländern Lateinamerikas forderte die Parteien rechts der politischen Mitte und andere konservative Kräfte heraus, sich neu zu organisieren und gleichsam eine neue Marke zu entwickeln. Es entstand eine neue Welle konservativer Regierungen, und parallel dazu flaute der Rohstoffboom ab, der die Staatseinnahmen erhöht und die Finanzierung progressiver Reformen gesichert hatte. Darüber hinaus waren in der Region viele ehemalige und aktuelle Amtsinhaber in Korruptionsskandale verwickelt, was das Vertrauen in linke und progressive Kräfte untergrub und das Misstrauen in den Staat verstärkte.

Dies spiegelte sich in seit 2010 kontinuierlich sinkenden Zahlen in Umfragen zur Zufriedenheit mit der Demokratie und zur Unterstützung für demokratische Institutionen. Im Latinobarómetro, der von einer in Chile ansässigen unabhängigen Non-Profit-Organisation erhoben wurde, erreichte die Unterstützung für die Demokratie 2018 einen historischen Tiefstand von 48 Prozent. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Regimetyp stieg von 16 Prozent im Jahr 2010 auf beachtliche 28 Prozent, was einen Rückgang der Identifikation mit der Links-rechts-Achse beweist. Gleichzeitig gaben seit 2015 über die Hälfte der lateinamerikanischen Bürger*innen an, dass sie keine bestimmte politische Partei unterstützen. Die Präferenz für ein demokratisches Regime im Vergleich zu anderen politischen Systemen ist ebenfalls in der ganzen Region zurückgegangen: von 79 Prozent im Jahr 2013 auf 65 Prozent 2018. In Brasilien sank sie um 25 Punkte und erreichte eine Unterstützung von knapp 56 Prozent; eine ähnliche Entwicklung ist in Venezuela und Chile zu beobachten, wo sie im gleichen Zeitraum um 20 Prozent sank. Diese Entfremdung vom demokratischen System geht Hand in Hand mit einer wirtschaftlichen Unzufriedenheit, einem Misstrauen gegenüber der politischen Klasse und den Institutionen sowie dem Unmut über die Unfähigkeit der Regierungen, angemessen auf Korruption, Kriminalität und Gewalt zu reagieren.

Zwei Strategien lassen sich erkennen, mit denen rechte Kräfte versuchen, aus dieser Stimmungslage Kapital zu schlagen. Einige konservative Parteien betonen traditionelle Werte und fordern die Rückkehr zum klassischen (neo)liberalen Verhältnis von Staat und Markt – mit unterschiedlichem Erfolg. In Argentinien zum Beispiel gelang es der liberalen Partei von Mauricio Macri, das kulturelle und politische Narrativ des Neoliberalismus der 1990er-Jahre zu nutzen, um 2015 nach drei Amtsperioden der progressiven *Frente para la Victoria* („Siegesfront") die Macht zurückzuerobern. Ähnliche Programme und Diskurse wurden von Sebastián Piñera in Chile, Pedro Pablo Kuczynski in Peru und von Michel Temer in Brasilien vertreten, die zwischen 2016 und 2018 rechtsorientierte Parteien zurück in die Präsidentschaftsämter brachten.

Andere Akteure aus der politischen Rechten verfolgten radikalere Strategien. Sie nutzten die zunehmende Apathie in der Wählerschaft, die Korruptionsskandale, die wieder ansteigenden Armuts- und Ungleichheitsraten, und vor allem bedienten sie sich einer aufrührerischen Rhetorik über Klassenunterschiede und ethnische Spaltungen. In einigen Ländern waren die Mobilisierung im Internet und Allianzen mit konservativen und religiösen Gruppen wahlentscheidend – etwa bei Jair Bolsonaros Sieg in Brasilien 2018. Andere politische Reaktionen auf die Linkswende griffen auf eben jene Themen und Spaltungen zurück, die der bereits erwähnte „polarisierende Populismus" genutzt hatte. Hier ist etwa an den Militärputsch zu erinnern, der 2019 Jeanine Áñez in Bolivien an die Macht brachte.

Melisa Ross ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts LATINNO in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB sowie Doktorandin an der BGSS Berlin Graduate School of Social Sciences an der Humboldt-Universität zu Berlin.
[Foto: David Ausserhofer]

melisa.ross@wzb.eu

Beide Spielarten der sich reorganisierenden rechten und konservativen Kräfte zielen auf die Rückkehr zu neoliberalen Prämissen. Die zweitgenannte allerdings stützt sich zunehmend auf rassistische, fremdenfeindliche und/oder autoritäre Diskurse. Kandidaten, die sich diese Form des polarisierenden und radikalisierenden öffentlichen Diskurses zu eigen machen, tauchen jetzt sogar in Ländern auf, in denen die eher liberale Rechte wieder erstarkt war (man denke an Manini Rios in Uruguay, José Luis Espert in Argentinien, Rafael López Aliaga in Peru oder Luis Fernando Camacho in Bolivien).

Der Aufstieg linker Parteien an die Macht hat in der ganzen Region eine starke Gegenreaktion hervorgerufen. Soziale und politische Reformen wurden durch die Betonung der Spaltungen legitimiert, aber genau diese Betonung hat die Spaltungen vertieft. Indem progressive Regierungen den Staat zum Träger des Widerstands machten, zum Sprachrohr sozialer Forderungen, trugen sie dazu bei, die Entpolitisierung der 1990er-Jahre zu überwinden. Durch die Mobilisierung politischer und kultureller Narrative feuerten sie allerdings auch die konservative Reaktion an, die sich auf Unterschiede zwischen Klassen und ethnischen Gruppen berief.

Der neoliberale Konsens und die konservativen Kräfte haben sich um diese Spaltungen herum kraftvoll neu organisiert und aus der Polarisierung gegen progressive und linke Modelle Kapital geschlagen, wie die ersten Wahlen dieses Jahres zeigen. Der Sieg des Bankiers Guillermo Lasso zum nächsten Präsidenten Ecuadors gegen Andrés Arauz, den Protegé des linken früheren Präsidenten Rafael Correa, und die Radikalisierung der Diskurse über „Sicherheit" und „harte Hand" in der extrem gespaltenen politischen Landschaft Perus deuten auf den Erfolg der konservativen Kräfte in einer neuen Art des Wahlkampfs hin.

Der Kontext und die Entwicklung der lateinamerikanischen Demokratien unterscheiden sich wesentlich von der politischen Situation in Deutschland und Europa. Dass polarisierende Themen gesetzt werden und konservative Kräfte ausgrenzende Diskurse bedienen, ist aber zum globalen Trend geworden. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob die neuen, moderaten und teils unklar positionierten progressiven Kräfte (wie Andrés Manuel López Obrador in Mexiko oder Alberto Fernández in Argentinien) die Risse und die Polarisierung überwinden können, die die Pendelbewegungen zwischen Neoliberalismus und Post-Neoliberalismus hervorgebracht haben.

Literatur

Corporación Latinobarómetro: Informe Latinobarómetro 2019. Santiago de Chile. Online: www.latinobarometro.org. (Stand: 20.04.2021).

Handlin, Samuel: „The Logic of Polarizing Populism: State Crises and Polarization in South America". In: American Behavioral Scientist, 2018, Jg. 62, H. 1, S. 75–91.

Salgado, Carolina/Sandrin, Paula.: „A ‚Pink Tide' Then a ‚Turn to the Right': Populism and Extremism in Latin America in the Twenty–First Century". In: Bettina De Souza Guilherme/Christian Ghymers/Stephany Griffith–Jones/Andreas Ribeiro Hoffmann (Hg.): Financial Crisis Management and Democracy. Cham: Springer 2021, S. 265–279.

Armer Norden, reicher Süden Die Spaltung Nigerias reicht weit in die Geschichte zurück

Daniel Tuki

Summary: The present is built upon the foundation of the past. Oftentimes, the legacies of the past affect the present and are not easily shaken off. The economic and cultural differences between Nigeria's Northern and Southern regions can partly be explained by historical events that occurred over a century ago.

Kurz gefasst: Die Gegenwart baut auf der Vergangenheit auf. Deren Erbe ist nicht leicht abzustreifen. Die nennenswerten wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden Nigerias können teilweise durch historische Ereignisse erklärt werden, die länger als ein Jahrhundert zurückliegen.

Schon der flüchtige Blick auf Nigeria zeigt eine Zweiteilung des Landes: Es gibt einen christlich dominierten Süden und eine muslimisch geprägte nördliche Region. Schaut man genauer hin, lässt sich diese Zweiteilung den neun Kulturen zuordnen, in die der Politikwissenschaftler Samuel Huntington die Welt aufgeteilt hat. Nigerias Norden ist mit dem Islam assoziiert, der Süden mit der afrikanischen Zivilisation. Die christliche Missionstätigkeit vor und während der Kolonialzeit konzentrierte sich auf die südliche Region; die Mehrheit der dortigen Bevölkerung ersetzten ihre heidnischen Religionen durch das Christentum. Obwohl sich die beiden Regionen überschneiden und die muslimischen und christlichen Gemeinschaften vielfältig sind, gibt es einen starken Kontrast zwischen dem Norden und dem Süden Nigerias. Und dieser Kontrast bedeutete oft Konflikt. Die These, dass es vor allem dann zu einem Konflikt kommt, wenn unterschiedliche Kulturen in Kontakt kommen, wird bisweilen als reduktionistisch kritisiert – sie überbetone bestimmte Aspekte von Identität, wie Religion und Ethnizität, und vernachlässige darüber andere. Und doch muss anerkannt werden, dass diese Aspekte Realitäten sind, mit denen viele afrikanische Länder, und Nigeria ganz besonders, zu tun haben und hatten.

Nigerias religiöse Spaltung trat besonders in den Auseinandersetzungen der 1970er-Jahre um die Scharia hervor. Muslime sprachen sich für die Einrichtung eines Bundesgerichtshofs zur Scharia aus, während Christen dagegen waren, weil sie eine Islamisierung Nigerias befürchteten. Dass Nigeria 1986 der Organisation für Islamische Zusammenarbeit beitrat, erhöhte die Spannung und das Misstrauen zwischen den beiden Gruppen. Die Einführung der Scharia durch zwölf nördliche Bundesstaaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen mit über 1.000 Toten. Die Präsidentschaftswahlen 2011 zeigten, dass diese Kluft fortbestand. Der Amtsinhaber Goodluck Jonathan, ein Christ aus dem Süden, gewann in keinem der nördlichen Staaten mit überwiegend muslimischer Bevölkerung, während Muhammadu Buhari, der Kandidat der Opposition und Muslim aus dem Norden, in keinem christlichen südlichen Staat gewann. Der Amtsinhaber wurde zum Gewinner der Wahlen erklärt. Obwohl diese Wahl von Beobachtern zu einer der fairsten und transparentesten erklärt wurde, folgte ihr eine Welle von Gewalt, vor allem in den nördlichen Staaten, wo der Oppositionskandidat gewonnen hatte. Menschen wurden systematisch aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt und getötet. In Nigeria wählen Menschen so verlässlich entlang religiöser Grenzen, dass sich die religiöse Zusammensetzung von Gemeinden aus ihren Wahlergebnissen ableiten lässt.

Die beiden Regionen unterscheiden sich nicht nur in der Religionszugehörigkeit. Auch die ökonomische Ungleichheit ist eklatant. Der Norden liegt bei verschiedenen Indikatoren hinter dem Süden. Eine Erhebung der Nationalen Statistikbehörde von 2019 zeigte, dass 40,1 Prozent der nigerianischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 137.430 Naira jährlich leben (das entspricht ungefähr 361 US-Dollar). 18 der 36 Bundesstaaten lagen mit ihrer Armutsrate unter dem nationalen Durchschnitt. Von diesen 18 Staaten liegen nur zwei im Norden. Hier befinden sich aber die drei ärmsten Staaten, in denen 87 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Von den 17 Staaten mit Armutsraten über dem nationalen Durchschnitt liegen nur zwei im Süden (für den nordnigerianischen Staat Borno gibt es aufgrund der Boko-Haram-Unruhen keine verlässlichen Daten).

Auch bei der Kindersterblichkeit schneidet der Norden schlecht ab. Eine Untersuchung der Statistikbehörde mit UNICEF (United Nations Children's Fund) zeigte, dass hier in den Jahren 2016 und 2017 die Kindersterblichkeit bei 73 auf 1.000 Lebendgeburten lag – das sind 28 Prozentpunkte mehr als die Schätzung für den Süden. Auch bei der Lesefähigkeit zeigt der Norden ein düsteres Bild. Der Nationale Alphabetisierungsbericht von 2010 zeigte, dass nur 51 Prozent der Menschen über 15 Jahren in Nordnigeria Englisch lesen und schreiben konnten, während es im Süden 79,1 Prozent waren. Wird die Alphabetisierung über das Englische hinaus auch für die lokalen nigerianischen Sprachen abgefragt, verbesserte sich die Position des Nordens, aber sie lag immer noch 8 Prozentpunkte hinter dem Süden. Die Einschätzung des früheren Emirs von Kano, Sanusi Lamido Sanusi, im Business Day Newspaper ist wenig überraschend: Er klagte über Armut und niedrige Bildung in den überwiegend muslimischen Teilen Nigerias, vor allem in jenen, wo um die Jahrhundertwende die Gesetze der Scharia eingeführt worden waren.

Die Ungleichheit der Regionen hat gravierende Auswirkungen auf die politische Stabilität in Nigeria. Ungleichheiten zwischen kulturell definierten Gruppen bergen ein hohes Risiko für Konflikte. Daten des Global Peace Index zeigen, dass Nigeria 2020 das am wenigsten friedliche Land in Westafrika war. Im Blick auf den ganzen afrikanischen Kontinent steht es an siebtletzter Stelle. Wenn wir die gewalttätigen Konflikte in Nigeria genauer betrachten, entfällt ein Großteil auf den Norden. Das weltweit angelegte Armed Conflict Location and Event Data Project (ACLED) hat zwischen 2000 und 2020 11.310 Ereignisse in Nigeria verzeichnet, die unter die Kategorien „Kampf", „Explosion/ferngesteuerte Gewalt" und „Gewalt gegen Zivilisten" fallen. 70 Prozent dieser Ereignisse fanden im Norden statt.

Der Rückstand des Nordens kann in Teilen historisch erklärt werden, über Ereignisse, die mehr als ein Jahrhundert zurückliegen. Der Islam kam zwischen dem 11. und dem 14. Jahrhundert nach Nord-Nigeria, und zwar durch den Trans-Sahara-Handel zwischen dem Volk der Haussa in Nord-Nigeria und Händlern aus den Maghreb-Staaten. Außer Waren wurden hier auch kulturelle und religiöse Werte ausgetauscht. Der Islam verbreitete sich stärker zwischen 1804 und 1808, als ein Geistlicher der Fulani, Usman Dan Fodiyo, einen religiös motivierten Krieg gegen die Herrscher der Haussa-Königreiche begann. Dieser Krieg wird gemeinhin als der „Fulani-Krieg" oder auch „Fulani-Dschihad" bezeichnet. Er führte zu einem sozialen Aufstieg der Fulani, die bis dahin durch die Haussa-Herrscher als Bürger zweiter Klasse behandelt worden waren, die keine Sklaven halten durften und hohen Steuern für die Viehhaltung unterworfen waren. Der erfolgreiche Krieg führte zur Errichtung des Sokoto-Kalifats, das mehrere Emirate umfasste. Heutzutage ist die ethnische Grenze zwischen Fulani und Haussa durch gemischte Heiraten ziemlich aufgeweicht. Das Christentum in Nigeria kann bis zum 15. Jahrhundert zurückverfolgt werden, als Portugiesen nach Nigeria kamen. Die Religion setzte sich zunächst nicht durch, sie blieb auf die südliche Küstenregion beschränkt. Erst 1840 sorgten befreite Sklaven aus Sierra Leone und westliche Missionare für eine stärkere Verbreitung.

Das islamische Kalifat existierte ungefähr ein Jahrhundert lang, bis es 1903 von den Briten erobert und zum „Nördlichen Protektorat" gemacht wurde. Gemäß ihrer Strategie der indirekten Herrschaft verwalteten die Briten dieses Protektorat nicht direkt, sondern überließen es den Sultanen und Emiren, die sie zu ihren Untertanen machten. In seiner Rede anlässlich der Einsetzung des neuen Sultans von Sokoto am 21. März 1903 – der ursprüngliche Sultan war abgesetzt worden, weil er die britische Autorität nicht anerkennen wollte – unterstrich Lord Frederick Lugard das Recht der britischen Regierung, Steuern zu erheben, Herrscher zu ernennen und abzulösen und den britischen Anspruch auf alles Land und seine Mineralien. Darüber hinaus verbat er den Emiren und Hofjuristen, Bestechungen anzunehmen und Sklaven zu kaufen oder zu verkaufen. Er versprach, dass die Regierung „in keiner Weise in die mohammedanische Religion eingreifen" werde. Die Feindseligkeit der nördlichen Herrschenden gegenüber der christlichen Missionstätigkeit hatte ihren Preis: Sie hielt die Menschen im Norden von der westlichen Zivilisation und ihren Erträgen fern. Da westliche Bildung und christliche Mission oft Hand in Hand gingen, hatten die im Süden

Lebenden mehr Zugang zu westlicher Bildung. Im Norden ließen die Briten die lokalen Institutionen tatsächlich intakt und nutzten sogar die lokale Haussa-Sprache für administrative Zwecke. Das galt so nicht für den Süden, wo die Menschen tendenziell offener gegenüber den neuen Einflüssen waren. 1914 führten die Briten das nördliche und das südliche Protektorat zusammen zu einer administrativen Einheit namens „Nigeria". Auf kulturelle Unterschiede nahmen sie dabei keine Rücksicht. Allerdings verwalteten sie die Regionen weiterhin unterschiedlich. 1959, ein Jahr vor der nigerianischen Unabhängigkeit, hatte die nördliche Region lediglich eine Schulbesuchs-Quote von 9 Prozent unter Kindern. Bis 1963 stieg diese Quote leicht auf 14 Prozent, aber der Norden blieb weiter hinter dem Süden zurück. Ähnliche Muster galten für weiterführende Schulen und Universitäten. Die Bedeutung dieser schlechten Zahlen erschließt sich in vollem Ausmaß, wenn man sieht, dass mehr als die Hälfte der Nigerianerinnen und Nigerianer im Norden leben. Die literarische Ikone Nigerias, Chinua Achebe, erklärt in seinem Essay „The Trouble with Nigeria", die Haussa/Fulani im Norden würden durch eine skeptische Religion behindert.

Als Ergebnis des Bildungsunterschieds hatte der Süden mehr qualifiziertes Personal, um nach der Unabhängigkeit Nigerias Positionen in der Regierung und im privaten Sektor zu besetzen, und dadurch fühlten sich die Nord-Nigerianer bedroht. Die Aufteilung des Südens in Ost und West durch die Briten 1939 etablierte ein ethnisches Bewusstsein in den Köpfen der Menschen. Drei Verwaltungseinheiten wurden mit den drei größten ethnischen Gruppen im Land assoziiert: Der Norden wurde von den Haussa/Fulani dominiert, der Osten von den Igbo, der Westen von den Yoruba. Die Politik im unabhängigen Nigeria wurde vom harten Wettbewerb dieser Regionen und folglich der Gruppen geprägt; ein großes Hindernis für das Zusammenwachsen als Nation. Das Misstrauen und die antagonistische Beziehung zwischen den größten ethnischen Gruppen führten letztlich zum Biafra-Krieg, dem Ende der 1960er-Jahre über eine Million Menschen zum Opfer fielen. Gegen einen gemeinsamen Gegner, die europäische Herrschaft, hatten sich die so verschiedenen Gruppen noch einigen können. Als das Ziel der Selbstbestimmung erreicht war, richteten sie sich immer mehr gegeneinander. Der Ethnologe Clifford Geertz kommentierte, dass das Ende der europäischen Herrschaft in Afrika „die Nationalismen in den Nationalismen" freigesetzt habe.

Nigeria hat das Ziel der nationalen Integration nicht erreicht. Sechs Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit kann das Land immer noch nicht das Erbe der Vergangenheit abschütteln. Religion und Ethnizität sind immer noch tief in die politische und sozioökonomische Textur des Landes eingewoben. Nigeria hat eine Federal Character Commission (FCC), deren Auftrag es ist, den bundesstaatlichen Charakter des Landes zu schützen und dafür zu sorgen, dass die verschiedenen ethnischen Gruppen in der Regierungsverwaltung gleichermaßen vertreten sind. Tatsächlich haben die Gruppen so die Möglichkeit, ihre Anliegen und Beschwerden vorzubringen. Doch die Existenz dieser Kommission ist symptomatisch dafür, dass die verschiedenen Völker, aus denen Nigeria besteht, ihre kulturellen Differenzen immer noch nicht überwunden haben und nicht dazu in der Lage sind, einander schlicht als Nigerianerinnen und Nigerianer zu betrachten. Überdies ist es möglich, dass die Kommission eher das Mittelmaß fördert als Kompetenz und Verdienst.

Rechtfertigt es die magere ökonomische Bilanz des Nordens, von „Marginalisierung" zu sprechen? Ich glaube nicht. Denn der Begriff der „Marginalisierung" setzt die Existenz einer Einheit oder einer Gruppe voraus, die die Macht hätte, den Norden in eine benachteiligte Position zu bringen. Nun hatten aber in Nigeria seit der Unabhängigkeit meist die Gruppen im Norden mehr politische Macht, vor allem die Haussa/Fulani. Der Rückstand des Nordens dürfte eher daher kommen, dass die Region sich selbst systematisch vom Prozess der Modernisierung, vor allem von westlicher Bildung, isoliert hat. Die Muslime im Norden und die Christen im Süden (ich verwende diese Begriffe summarisch) scheinen unterschiedliche Vorstellungen davon zu haben, wie die Gesellschaft sein sollte. Patrick Ryan hat das prägnant zusammengefasst: „Muslime suchen die gute Gesellschaft in einem rechtlichen und politischen System, das ethische Standards garantiert. Christen suchen die gute Gesellschaft in der Entwicklung der Individuen, die diese Gesellschaft bilden."

Daniel Tuki ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Er forscht vor allem zu den Themen Dschihadismus und interkommunale Konflikte. *(Foto: privat)*

daniel.tuki@wzb.eu

Literatur

Coleman, James S.: Nigeria: Background to Nationalism. Berkeley: University of California Press 1958.

Diamond, Larry J.: Class, Ethnicity and Democracy in Nigeria: The Failure of the First Republic. London: Macmillan Press 1988.

Helleiner, Gerald K.: Peasant Agriculture, Government, and Economic Growth in Nigeria. Illinois: Richard D. Irwin, Inc 1966.

Laitin, David D.: „The Sharia Debate and the Origins of Nigeria's Second Republic". In: Journal of Modern African Studies, 1982, Jg. 20, H. 3, S. 411–430.

Kirk-Greene, A. H. M.: The Principles of Native Administration in Nigeria: Selected Documents 1900–1947. London: Oxford University Press 1965.

Okafor, Endurance: This Speech by Deposed Emir Sanusi May Have Contributed to His Downfall. Business Day Newspaper, 2020, March 10. Online: https://businessday.ng/uncategorized/article/this-speech-by-deposed-emir-sanusi-may-have-contributed-to-his-downfall/ (Stand 20.05.2021).

Ryan, Patrick: „In My End Is My Beginning: Muslim and Christian Traditions at a Cross-purposes in Contemporary Nigeria". In: Benjamin Soares (Hg.): Muslim-Christian Encounters in Africa. Leiden: Brill 2006, S. 187–220.

Nicht alle Stimmen sind gleich Die Sprengkraft mangelhafter politischer Repräsentation

Michael Zürn

Summary: Given the simultaneity of different layers of conflict in society, talk of polarization may seem misplaced. Yet, the convergence of different lines of conflict within the political sphere is furnishing a real threat: populist forces instrumentalize the democratic system's diminishing responsiveness to polarize the political debate.

Kurz gefasst: Angesichts der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Konfliktlinien ist die Rede von der Polarisierung zunächst befremdlich. Erst die Zusammenfaltung unterschiedlicher Konfliktlinien in der politischen Sphäre begründet die Gefahr: Populistische Kräfte instrumentalisieren die über die Zeit geringer gewordene Responsivität des demokratischen Systems, um die politische Auseinandersetzung zu polarisieren.

Die Rede von der Polarisierung der Gesellschaft ist zum Allgemeinplatz geworden. Wenn man allerdings die Parteienlandschaft als politische Organisationsform gesellschaftlicher Konfliktlinien betrachtet, sehen wir in Deutschland etwas anderes: eine Pluralisierung der Konfliktlagen. Verschiedene Untersuchungen im Bereich der Politischen Soziologie zeigen, dass unsere Gesellschaft gegenwärtig durch zwei oder gar drei zentrale Konfliktthemenbündel gezeichnet ist, die unabhängig voneinander bestehen. Das ist zum einen die traditionelle Auseinandersetzung über das richtige Verhältnis von Staat und Markt. Es geht außerdem um Fragen des weltoffenen und toleranten Lebensstils, der den Vorstellungen einer traditionellen Leitkultur gegenübersteht. Und manche betrachten die Auseinandersetzungen über die Migration als ein davon getrenntes Themenbündel. Die gegenwärtige politische Landschaft ist vor dem Hintergrund verschiedener Konfliktlinien durch eine Ausdifferenzierung der politischen Lager gekennzeichnet, die sich alleine durch die beiden Pole links und rechts nicht mehr angemessen beschreiben lässt. Demnach gibt es in politischen Systemen mit Verhältniswahlrecht, wie dies in Deutschland der Fall ist, gar keine Polarisierung. Nur in Mehrheitswahlsystemen, wie in den USA, in denen aufgrund der „winner takes it all"-Logik zumeist nur zwei Parteien sichtbar sind, müssen die unterschiedlichen Konfliktlinien in einem eindimensionalen politischen Raum gebündelt werden. Dort sehen wir tatsächlich auch politische Polarisierung.

Wenn bestimmte Konfliktthemen länderübergreifend gesellschaftsprägend werden, wenn sie sich organisatorisch verfestigen und sowohl soziostrukturell als auch ideell unterfüttert sind, spricht die Politikwissenschaft von gesellschaftlichen Konfliktlinien. Die Theorie der Konfliktlinien begreift die Geschichte im modernen Europa als Abfolge von grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktformationen. Prägend für das 20. Jahrhundert war vor allem der infolge der Industrialisierung entstandene Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, bei dem sich linke und bürgerliche Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus polar gegenüberstanden. Zwar trugen diese Parteien in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Namen – und es gab innerhalb jedes Lagers zahlreiche Untergruppen –, dennoch erschlossen sich die meisten Parteiensysteme im Prinzip entlang der Links-rechts-Achse. Idealtypisch war etwa die Gegenüberstellung der Labour-Party und der Tories in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg.

Seit den 1980er-Jahren hat sich jedoch eine zusätzliche Konfliktlinie herausgebildet, die quer zur Links-rechts-Achse liegt. Die sie auslösende soziale Revolution ist die Globalisierung, die nicht nur die ökonomische Ungleichheit neu strukturiert. Durch die Globalisierung entsteht auch eine grundlegende Auseinandersetzung darüber, wie in der postnationalen Konstellation der Demos zu definieren ist, wie durchlässig Grenzen sein und ob politische Entscheidungen national oder supranational getroffen werden sollten. Ökonomische Unzufriedenheiten setzen an den Verteilungseffekten der Globalisierung an. Im Mittelpunkt steht dabei die wachsende materielle Ungleichheit, die innerhalb der meisten etablierten demokratischen Systeme über die letzten drei Jahrzehnte zugenommen hat. Verliererinnen der Globalisierung sind dabei insbesondere diejenigen, die wenig mobil sind. So haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass jemand eine autoritär-populistische Partei wählt, größer ist, wenn das Einkommen und die Arbeitsplatzsicherheit unterdurchschnittlich sind. Weder der Brexit, noch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsiden-

ten wären erfolgt, wenn sie nicht erhebliche Unterstützung in niedergehenden Regionen mit alten Industrien erfahren hätten.

Es wird aber auch häufig auf kulturelle Veränderungen verwiesen. In diesem Fall wird die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit als ökonomische Dimension des politischen Raums betrachtet, während die neue Konfliktlinie zumeist als kulturelle Dimension gefasst wird. Demnach sind mit der Globalisierung der kulturelle Liberalismus und der Universalismus so dominant geworden, dass sie in der Tendenz abweichende Positionen als politisch inkorrekt ausschließen. Das habe dann zu einem kulturellen Abwehrkampf der eher traditionalistisch eingestellten Bevölkerung geführt. Gemäß dieser Erklärung stehen sich die *anywheres* und *frequent travellers* auf der einen Seite und die *somewheres* und Heimatverbundenen auf der anderen gegenüber. Der Gegensatz zwischen entgrenztem Globalismus und volksbezogenem Populismus zeigt sich dementsprechend besonders deutlich in den unterschiedlichen Einstellungen von Eliten und breiter Bevölkerung, vor allem auch in Migrationsfragen.

Die Pole dieser neuen Konfliktlinie werden mit unterschiedlichen Begriffen markiert: „grün-alternativ-libertär" versus „traditionell-autoritär-nationalistisch", „universalistisch" versus „partikularistisch" oder „kosmopolitisch" versus „kommunitaristisch". Durch das Hinzutreten der neuen Konfliktlinie ist ein zweidimensionaler politischer Raum entstanden. Zugespitzt kann man sagen, dass sich eine Vier-Viertel-Parteienlandschaft herausgebildet hat: 25 Prozent rechts (Konservative und Wirtschaftsliberale); 25 Prozent links (SPD und Linke); 25 Prozent kosmopolitisch (Grüne und möglicherweise neue Parteien, die aus den sozialen Bewegungen erwachsen); 25 Prozent autoritär-kommunitaristisch (AfD und andere autoritär-populistische Parteien). Die industrielle und die Globalisierungskonfliktlinie stehen also mit ähnlicher Prägekraft nebeneinander. Im Ergebnis sehen wir eine Pluralisierung der Parteienlandschaft, die eine pluralisierte Gesellschaftsstruktur widerspiegelt.

Die Gefahr einer Polarisierung erwächst erst dann, wenn sich die ökonomischen und die kulturellen Unzufriedenheiten bündeln. Die zwei prominenten Erklärungsansätze für die neue Zweidimensionalität des politischen Raums – der ökonomische und der kulturelle -, übersehen diese Gefahr, weil sie die politische Sphäre ausblenden. Deswegen ist die empirische Vorhersagekraft der beiden Erklärungen auch relativ beschränkt. Eine genuin politische Erklärung dieser Entwicklungen verweist auf Defizite in der Funktionsweise der Demokratie. Sie konzentriert sich auf die geringe Responsivität des politischen Systems gegenüber den Präferenzen der ökonomischen und kulturellen Globalisierungsverliererinnen. Bei ihnen verfestigt sich der Eindruck, sie würden von der Politik nicht gehört. Politikerinnen werden als politische Kaste wahrgenommen, die den eigenen und den Interessen der kosmopolitischen Elite dient. Insbesondere autoritär-populistische Parteien reklamieren für sich, für die Gruppe der Übergangenen zu sprechen. Sie kritisieren deshalb das politische System und die etablierten Parteien ganz grundsätzlich – und ihre Anklage verfängt, weil die Politik der letzten Jahrzehnte tatsächlich Parteigängerin der liberalen Eliten war.

In unserem Buch „Die demokratische Regression" zeigen Armin Schäfer und ich, wie sich diese beiden Quellen der Unzufriedenheit tatsächlich durch eine Zurückweisung des liberal-demokratischen politischen Systems zusammenführen und mobilisieren lassen. Unsere These lautet, dass erst der politisch selektive Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen eine populistische Abwehrreaktion und damit die Gefahr einer Polarisierung der Gesellschaft provoziert. Diese These setzt an realen Defiziten der liberalen Demokratie an. Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen sind gleich gut repräsentiert, und die Interessen der materiell und ideell Ressourcenreichen werden stärker berücksichtigt. Insbesondere zwei Mechanismen sorgen dafür, dass politische Entscheidungen in eine Schieflage zugunsten der Bessergestellten geraten. Zum einen hat die Politikwissenschaft schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass der Chor der demokratischen Repräsentantinnen „mit einem heftigen Oberklassenakzent" singt (so hat es Elmer Eric Schattschneider bereits 1960 formuliert). Die mangelnde Responsivität der Parlamente in liberal-demokratischen politischen Systemen

Michael Zürn ist Direktor der Abteilung Global Governance am WZB, Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin und Sprecher des Exzellenzclusters Contestations of the Liberal Script (SCRIPTS). *[Foto: David Ausserhofer]*

michael.zuern@wzb.eu

Literatur
Beramendi, Pablo/Häusermann, Silja/Kitschelt, Herbert/Kriesi, Hanspeter: The Politics of Advanced Capitalism. Cambridge: Cambridge University Press 2015.

De Wilde, Pieter/Koopmans, Ruud/Merkel, Wolfgang/Strijbis, Oliver/Zürn, Michael (Hg.): The Struggle Over Borders. Cambridge: Cambridge University Press 2019.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J.: „Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?" In: Gary Marks/Marco R. Steenbergen (Hg.): European Integration and Political Conflict. Cambridge: Cambridge University Press 2004, S. 120–140.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos: West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge: Cambridge University Press 2008.

Schäfer, Armin/Zürn, Michael: Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp 2021.

Schattschneider, Elmer Eric: The Semisovereign People: A Realist's View of Democracy in America. New York: Holt, Rinehart and Winston 1960.

Süddeutsche Zeitung: Volk und Vertreter. Online: https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag–diese–abgeordneten–fehlen–e291979/ (Stand 10.05.2021).

hat seitdem kaum abgenommen. Vielmehr zeigt sich, dass der Akzent im Zuge der Globalisierung noch stärker geworden ist. Es gibt im aktuellen Bundestag (mit 709 Sitzen der größte aller Zeiten) nur neun Abgeordnete mit Hauptschulabschluss. Im Vergleich zur deutschen Bevölkerung müssten es 244 Personen mehr sein, wie die Süddeutsche Zeitung auf einer Daten-Website zeigt. Genau diese Verzerrung in der Repräsentation ist es, die die autoritär-populistischen Parteien lauthals beklagen. Im Zentrum ihrer Kritik steht, dass die repräsentative Demokratie, die „Systemparteien" und die Medien kein Ohr für den einfachen Mann (von Frauen ist seltener die Rede) von der Straße haben. Die Rhetorik der Gegenüberstellung von einfacher Bevölkerung versus korrupter Eliten wird genau vor diesem Hintergrund laut.

Zum anderen sind in den letzten drei Jahrzehnten in beachtlichem Ausmaß Entscheidungskompetenzen von Mehrheitsinstitutionen wie Parteien und Parlamenten hin zu nicht majoritären Institutionen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichten und internationalen Institutionen verlagert worden. Entscheidungen werden zunehmend von Institutionen getroffen, die weder dem Mehrheitsprinzip noch den Rechenschaftspflichten repräsentativer Gremien unterliegen.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Mechanismen entsteht bei vielen Menschen der Eindruck, sie würden von der Politik nicht länger wahrgenommen – und dieser Eindruck hat eine reale Grundlage. Nicht alle Gruppen haben die gleiche Chance, dass ihre Anliegen gehört und politisch umgesetzt werden. Das ist der Hintergrund, vor dem sich die Vorstellung ausbreiten konnte, es gebe eine homogene politische Klasse, die abgehoben von der Bevölkerung ihr Ding macht und dabei den Interessen einer verwöhnten und tendenziell korrupten kosmopolitischen Schicht dient. Im Zentrum der Unzufriedenheit stehen gar nicht bestimmte ökonomische oder kulturelle Politiken, sondern das System, das diese hervorbringt. Noch ist es populistischen Kräften in Deutschland nicht wirklich gelungen, die pluralisierten Konfliktlagen in der Demokratiefrage zu bündeln. Genau diese Zuspitzung aber würde die Polarisierung der Gesellschaft entscheidend vorantreiben. Wie kann das verhindert werden? Ganz offensichtlich geht es nicht nur um wirtschaftliche Ungleichheiten oder kulturelle Differenzen. Die Demokratie selbst bedarf – wieder einmal – der Demokratisierung.

WZB-Mitteilungen online
Medien und Polarisierung

Welche Faktoren erklären die zunehmende Polarisierung der Wählerschaft? Und was hat diese Entwicklung mit dem Sterben von Lokalzeitungen zu tun? Mehr als man zunächst vermuten mag. Eine aktuelle Studie zeigt: Nachdem sich eine Lokalzeitung aus einem Landkreis zurückgezogen hat, polarisiert sich dort das Wählerverhalten. Welche Mechanismen dabei wirken, beschreiben **Fabio Ellger, Hanno Hilbig, Sascha Raiz und Philipp Tillmann**. Zusammengetragen haben sie Daten aus jedem Landkreis, bei jeder Bundestagswahl, über einen Zeitraum von fast 30 Jahren.

Sie hießen Rezo, Louisa Dellert oder LeFloid. Social-Media-Influencer haben mittlerweile großen Einfluss gewonnen – zumindest auf jüngere Zielgruppen. Ihre Reichweiten auf YouTube oder Instagram gehen manchmal gar über die von großen Medienunternehmen hinaus. **Karoline Helbig**, Doktorandin am Weizenbaum-Institut in der Forschungsgruppe Demokratie und Digitalisierung, zeigt, dass Influencer auf zweierlei Weise Einfluss ausüben: Sie kuratieren Themen und Inhalte für ein großes Publikum, und sie bauen zu ihrem Publikum sogenannte parasoziale Beziehungen auf, über die sie ihren Einfluss auch qualitativ verstärken. Auf diese Weise können sie Polarisierung verstärken, ihr aber auch entgegenwirken.

Beide Texte finden Sie auf unserer Online-Plattform: wzb.eu/magazin-polarisierung

Summary: The different degrees of polarization between parties over the course of a legislative term reflect the different logics of party competition. While the election campaign fosters dissent, compromise is needed in parliament. A comparative analysis of the degree of polarization between the German parties at different points in time during a legislative term shows that polarization undulates: it increases before an election and it decreases in parliament.

Kurz gefasst: Der Grad der Polarisierung zwischen Parteien im Laufe einer Legislaturperiode spiegelt die unterschiedlichen Logiken des Parteienwettbewerbs. Während im Wahlkampf der Dissens im Vordergrund steht, wird im Parlament der Kompromiss gefördert. Eine vergleichende Betrachtung des Polarisierungsgrads zwischen den deutschen Parteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Legislaturperiode zeigt, dass die Polarisierung sich wellenförmig entwickelt: Während sie vor Wahlen ansteigt, nimmt sie während der parlamentarischen Arbeit ab.

Das Ringen um die Lösung Parteien im Spannungsverhältnis zwischen Dissens und Kompromiss

Pola Lehmann

Am 26. September wird in Deutschland gewählt – und wir merken: Es ist Wahlkampf. Der Ton wird rauer, die Koalitionspartner versuchen sich voneinander abzugrenzen, und die Parteien rücken ihre Alleinstellungsmerkmale stärker in den Vordergrund. Ein Phänomen, das wir immer wieder vor Wahlen sehen: Denn um potenzielle Wählerinnen und Wähler von sich zu überzeugen, muss eine Partei ihnen ein unterscheidbares Angebot machen. Sie muss zeigen, dass es von Relevanz ist, wo die Wähler:innen ihr Kreuz machen. Aus diesem Grund schärfen die Parteien im Wahlkampf ihr jeweiliges Profil. Sie präsentieren den Wähler:innen ihre Herzensprojekte und erläutern, für wen und wofür sie sich in der kommenden Legislaturperiode einsetzen wollen. Diese Logik führt in Zeiten des Wahlkampfs zu ausdifferenzierten Positionen und fördert die Polarisierung zwischen den Parteien.

Allerdings markiert der Wahlkampf einen sehr spezifischen Moment im Parteienwettbewerb. Die Tatsache, dass in den Äußerungen der Parteien erkennbar ist, dass sie sich im Wahlkampf befinden, zeigt bereits, dass dieser Zustand nicht auf die ganze Legislaturperiode verallgemeinerbar ist. Vielmehr gibt es auch Phasen, in denen der Dissens weniger im Vordergrund steht – dann nämlich, wenn es um das Regieren und das Aushandeln von Gesetzen geht. Diese Phase erfordert Dialog und Austausch zwischen den politischen Akteuren. In Mehrparteiensystemen wie in Deutschland ist eine Partei selten in der Position, alleine regieren zu können: Um Einfluss zu nehmen und den Status quo zu verändern, müssen in der Regel Kompromisse mit anderen Parteien geschlossen werden. Das ist aber nur möglich, wenn die Parteien nicht starr an ihren Positionen festhalten, sondern sich aufeinander zu bewegen. Um die erforderlichen Mehrheiten für Gesetze zu erringen, müssen die Parteien bereit sein, Abstriche zu machen und sich in Teilen von ihren ursprünglichen Positionen zu entfernen. Die Anforderungen an die Positionierung der Parteien sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten im politischen Prozess also nicht identisch: Während der Wahlkampf vom Dissens lebt, braucht die parlamentarische Arbeit den Kompromiss.

Vor diesem Hintergrund kann es durchaus einen Unterschied machen, auf Basis welcher Momentaufnahme des politischen Prozesses der Grad der Polarisierung zwischen Parteien gemessen wird. In der Politikwissenschaft werden Parteipo-

sitionen in der Regel anhand von Daten bestimmt, die in Verbindung zum Wahlkampf stehen, wie zum Beispiel inhaltsanalytische Auswertungen von Wahlprogrammen, Befragungen von Kandidat:innen und Wählerumfragen vor oder nach einer Wahl. Entsprechend betrachten über die Zeit vergleichende Studien meistens, wie sich die Polarisierung zwischen den Parteien eines Landes von Wahl zu Wahl gewandelt hat. Studien, die fragen, wie sich der Grad der Polarisierung innerhalb einer Legislaturperiode verändert, gibt es dagegen nur wenige. Um diese Lücke zu schließen, habe ich Parteipositionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten des politischen Wettbewerbs ermittelt und den Grad der Polarisierung zu diesen Zeitpunkten miteinander verglichen. Die Positionen der Parteien habe ich mithilfe computergestützter Textanalyse bestimmt. Als Datenbasis habe ich Texte verwendet, die jeweils eng mit einer der beiden Arenen des politischen Wettbewerbs (Wahlkampf und Parlament) verknüpft sind, nämlich die Wahlprogramme und die Reden der Abgeordneten in den Plenardebatten. In beiden Texten äußern sich die Parteien zu ihren politischen Präferenzen und Zielen. Auf Basis dieser Texte habe ich die Positionen der Parteien des Deutschen Bundestags zu 16 unterschiedlichen Themenfeldern während 6 Legislaturperioden zwischen 1990 und 2013 bestimmt.

Die Ergebnisse bestätigen die theoretische Annahme, dass sich der Grad der Polarisierung abhängig vom jeweiligen Zeitpunkt im politischen Prozess deutlich wandelt. Die Unterschiede im Polarisierungsgrad sind innerhalb einer Legislaturperiode deutlich größer als jene zwischen einzelnen Wahlen. Über den Zeitverlauf betrachtet, verändert sich die Polarisierung somit wellenförmig: Vor Wahlen steigt sie an, und sie nimmt ab, wenn die Parteien die Parlamentsarena betreten. In den Plenardebatten schrumpfen also die Unterschiede zwischen den Positionen, die die Parteien in ihren Wahlprogrammen vertreten haben, und die Äußerungen der Parlamentarier:innen liegen im Mittel näher beieinander. Die Differenz im Polarisierungsgrad ist dabei beachtlich. Im Mittel halbiert sich die Polarisierung beim Eintritt in die Parlamentsarena, aber wenn die nächste Wahl bevorsteht verdoppelt sie sich erneut, womit sie dann im Durchschnitt wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor der letzten Wahl liegt.

Die Veränderung im Polarisierungsgrad ähnelt sich in allen Legislaturperioden. Das zeigt, dass es sich hier nicht um einen situativen An- oder Abstieg handelt, sondern unterschiedliche Logiken des Parteienwettbewerbs dahinterstehen. Während des Wahlkampfs steht der Dissens im Vordergrund. Durch die Schärfung des eigenen Profils und in Abgrenzung zu anderen Parteien präsentieren die Parteien den Wähler:innen ihr jeweiliges Politikangebot. Nur wenn es einer Partei gelingt, die Wähler:innen zu überzeugen, dass sie allein bestimmte Interessen am besten vertritt, wird sie auch die Stimmen derjenigen gewinnen, die diese Position teilen und wichtig nehmen. Ziehen die Parteien ins Parlament ein, wird der Konsens wichtiger. Um die politischen Ziele umzusetzen, mit denen sie bei der Wahl angetreten sind, müssen sie mit anderen Parteien in den Dialog treten und mit ihnen um Ideen und Konzepte ringen. Das ist besonders für Parteien in Koalitionsregierungen von Bedeutung, denn in einer Koalition zu regieren, hat zwangsläufig das Schließen von Kompromissen zur Folge. Die Daten bestätigen dies; sie zeigen, dass sich die Koalitionspartner, die die jeweilige Bundesregierung bilden (im Untersuchungszeitraum sind das drei schwarz-gelbe, eine rot-grüne und eine große Koalition), einander stärker annähern als die anderen Parteien.

Aber der Dialog führt nicht nur zum harten Aushandeln von Kompromissen, er kann auch auf anderem Weg die eigene Positionierung beeinflussen, indem er zum kritischen Reflektieren und möglicherweise zur neuen Bewertung der eigenen Positionen führt. Dass auch diesem Punkt Bedeutung zukommt, zeigt sich in der Tatsache, dass die Verringerung der Polarisierung nicht allein auf eine veränderte Positionierung der Regierungsparteien zurückzuführen ist. Auch die Oppositionsparteien verschieben im Parlament ihre Positionen in Richtung des politischen Zentrums – ein deutliches Indiz dafür, dass der Geist des Kompromisses sehr stark in den politischen Institutionen verankert ist. Gefördert wird die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, zum einen, indem zusätzliche Akteure konkrete Vetomacht erhalten, so zum Beispiel durch die Rolle des Bundesrats bei Zustimmungsgesetzen. Zum andern bieten die Prozessabläufe im Bun-

destag auch Oppositionsparteien in geringem Maße Mitgestaltungsmöglichkeiten, wenn deren Positionen nicht zu weit von denen der Regierungsparteien abweichen.

Dass sich die Positionen der Parteien im Parlament verändern und Kompromisse geschlossen werden, bedeutet allerdings nicht, dass die Parteien die Präferenzen von Wählerinnen und Wählern missachten. Denn die Daten zeigen auch, dass die Parteien trotz allem ihrem programmatischen Kern treu bleiben. Die Wahlprogramme bleiben die Basis für die parlamentarische Arbeit. Die Positionen im Parlament sind aber im Vergleich zum Wahlprogramm weniger extrem und schaffen so mehr Möglichkeiten für Kompromisse, die es wiederum braucht, um parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen und Gesetze zu beschließen. Das Verhalten der Parteien ist also zunächst politische Notwendigkeit. Nur mit Mehrheiten lässt sich der Status quo ändern, und nur so lässt sich politisch Einfluss nehmen.

Aber der Kompromiss lässt sich nicht nur als Mehrheitsbeschaffer rechtfertigen, sondern auch durch die Tatsache, dass er die Berücksichtigung vieler unterschiedlicher Präferenzen in der finalen Entscheidung gewährleistet. Dieser Aspekt lässt sich anhand der idealtypischen Figur des Medianwählers veranschaulichen. Würden sich alle Wählerinnen und Wähler entsprechend ihrer Position aufreihen, stünde diese Figur genau in der Mitte. Die Position des Medianwählers ist von Relevanz, da es die Position ist, zu der die Summe der Distanzen aller anderen Wähler:innen am kleinsten ist. Eine politische Entscheidung, die nah an der Position des Medianwählers liegt, sorgt also für die bestmögliche Repräsentation – unter der Prämisse, dass die Präferenzen jeder Wählerin und jedes Wählers gleich viel zählen. Wenn die Polarisierung abnimmt und sich alle Parteipositionen in Richtung der politischen Mitte verschieben, verringert sich auch die Distanz zum Medianwähler. Der Kompromiss zwischen den Parteien schafft damit einen Ausgleich zwischen den heterogenen Präferenzen der Wählerinnen und Wähler.

Pola Lehmann arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Manifesto Research on Political Representation" in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Sie forscht zu Parteien und Wahlen und beschäftigt sich vor allem mit Fragen der politischen Repräsentation. *[Foto: David Ausserhofer]*

pola.lehmann@wzb.eu

Literatur

Lehmann, Pola: Political Parties as Agents of Deliberative Representation. How Parties Change Positions When Moving between the Electoral Arena and the Parliamentary Arena. Dissertation. Berlin: Humboldt–Universität zu Berlin 2020.

Louwerse, Tom: Political Parties and the Democratic Mandate: Comparing Collective Mandate Fulfillment in the United Kingdom and the Netherlands. PhD Thesis. Leiden: Leiden University 2011.

Powell, G. Bingham: Elections as Instruments of Democracy: Majoritarian and Proportional Visions. New Haven, CT: Yale University Press 2000.

WZB-Mitteilungen online
Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die öffentliche Debatte legt nahe, dass mehr Polarisierung weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt bedeutet. Ein Blick auf die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement während der Corona-Krise zeigt allerdings, wie stark diese beiden Dynamiken miteinander verbunden sind. Anzeichen, die in die eine oder andere Richtung deuten, sollten nicht vorschnell interpretiert werden. Das zeigen **Gesine Höltmann und Swen Hutter** in ihrem Beitrag über die Folgen der Corona-Krise für zivilgesellschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er ist exklusiv in unserem Online-Schwerpunkt wzb.eu/magazin-polarisierung abrufbar.

Politische Drift in Deutschland Die Polarisierung von Parteiprogrammen und Wählerschaft nimmt zu

Bernhard Weßels

Summary: Political polarization has intensified in Germany. It takes place at different levels: between the programs of the political parties, the positions of the electorate of the parties and the citizens' perception of party polarization. Even if an increasing polarization goes hand in hand with greater differences in political offers and positions and thus with greater political competition, the effects on democracy and political culture can be problematic, as satisfaction with democracy decreases and political opposition increases.

Kurz gefasst: In Deutschland hat die politische Polarisierung zugenommen. Sie findet auf verschiedenen Ebenen statt: zwischen den Programmen der politischen Parteien, den Positionen der Wählerschaften der Parteien und der Wahrnehmung der Parteienpolarisierung durch die Bürger:innen. Auch wenn eine höhere Polarisierung mit größeren Unterschieden in den politischen Angeboten und Positionen und damit mit einem größeren politischen Wettbewerb einhergeht, können die Effekte für die Demokratie und die politische Kultur problematisch sein, da die Demokratiezufriedenheit sinkt und politische Gegnerschaft stärker wird.

Die Diskussion über eine zunehmende Polarisierung Deutschlands hat in den vergangenen Jahren an Aufmerksamkeit gewonnen. In den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft sind Spannungen deutlich sichtbar: im Sozialen, in der Kultur und im Ökonomischen. Studien belegen diese Beobachtungen und ermitteln als Ursachen sozioökonomische Ungleichheiten sowie Unterschiede im Lebensstil und in der Lebensqualität der polarisierten Gruppen. So zeigt eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass zum Beispiel die Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt zunimmt: Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich in atypischen Arbeitsverhältnissen; 1998 waren es lediglich 18 Prozent. Der Soziologe Andreas Reckwitz sieht nicht nur eine soziale, sondern auch eine kulturelle Polarisierung zwischen neuer Mittelklasse und neuer Unterklasse als typisch für unsere Zeit. Demnach entsteht aus der Polarisierung der Arbeitsverhältnisse eine Polarisierung von Lebensstilen. Auch im Politischen ist eine stärkere Polarisierung zu beobachten, wie etwa die wachsende populistische Rhetorik in der öffentlichen Auseinandersetzung zeigt. Für Reckwitz lässt sie sich auch als Reaktion auf die anderen Polarisierungsebenen interpretieren. Eine Veränderung im politischen Angebot der Parteiensysteme ist hier ausschlaggebend: Mit insbesondere rechtspopulistischen Tendenzen haben mittlerweile die meisten entwickelten Demokratien zu tun. Und dieses Angebot trifft in vielen Ländern auf Nachfrage, so auch in Deutschland. Mit dem Achtungserfolg aus dem Stand bei der Bundestagswahl 2013 und dem Einzug in den Deutschen Bundestag bei der Bundestagswahl 2017 hat die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) erfolgreich um Stimmen geworben. Dabei hat sich die AfD von einer rechtskonservativen Anti-EU-Partei zu einer Partei weit rechts außen entwickelt. Der Nachfrage aus der Wählerschaft hat dies jedoch keinen Abbruch getan, eher im Gegenteil. Die Mischung aus moderaten und extremen Positionen in der politischen Auseinandersetzung scheint für einen nicht ganz kleinen Teil der Bürgerinnen und Bürger eine gewisse Attraktivität zu haben. Zu den extremen Provokationen gehört jene von Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion, der auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative für Deutschland am 2. Juni 2018 sagte, das nationalsozialistische Regime sei „nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte" gewesen. Mildere Provokationen kamen beispielsweise vom AfD-Abgeordneten Karsten Hilse in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag zur Debatte um die CO2-Bepreisung am 8. November 2019: „Endlich ist die nächste Stufe der Ausplünderung eingeläutet. (...) Die Einführung der gesetzlichen Grundlagen zur Besteuerung der Atemluft steht kurz bevor." Und Jörg Meuthen, AfD-Parteivorsitzender, äußerte im ARD-Talk am 5. September 2019: „Es ist mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit so, dass der Mensch Einfluss auf den Klimawandel hat. Nur wissen sie nicht, wie groß der Anteil ist."

Der Wahlerfolg der AfD weist darauf hin, dass die politische Polarisierung in der Gesellschaft zugenommen hat. Aber es lohnt ein genauerer Blick auf die Gemengelage: Welches Ausmaß hat die politische Polarisierung? Gibt es Unterschiede zwischen der Polarisierung der politischen Nachfrage, also aufseiten der Bürger:innen, und der Polarisierung des politischen Angebots, also aufseiten der Parteien? Welche Schlussfolgerungen können wir daraus für den Stand und die Zukunft unseres demokratischen Systems ziehen?

Was politische Polarisierung ist, aus welcher Perspektive sie betrachtet und wie sie schließlich gemessen wird, dazu gibt es eine ganze Reihe unterschiedlicher Vorstellungen. Die bekannteste Perspektive betrachtet politische Positionsun-

terschiede, meistens auf der sogenannten Links-rechts-Dimension. Inzwischen werden allerdings auch weitere Dimensionen wie zum Beispiel kulturelle Ansichten zu gesellschaftlicher Exklusion und Inklusion oder zu Liberalität und Traditionalität betrachtet. Was Polarisierung ist, ob sie eher im Sinne der Distanz zwischen den Vertretern mit den extremen Positionen auf einer Dimension oder den Distanzen zwischen allen politischen Protagonisten, also politischen Parteien oder Wählerschaften, auf einer Dimension verstanden wird, wird unterschiedlich gehandhabt. In jüngster Zeit wird zudem das Konzept der affektiven Polarisierung diskutiert, das die Unterschiede in der den politischen Akteuren entgegengebrachten Sympathie erfasst.

Die politische Polarisierung in Deutschland zwischen links und rechts hat sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich verstärkt. Die quantitativen Inhaltsanalysen der Wahlprogramme im Rahmen des MARPOR-Projekts am WZB belegen dies: Die Differenzen in den politischen Positionen, bestimmt anhand eines Maßes für die Links-rechts-Ideologie, haben sich von der Bundestagswahl 2009 über die Bundestagswahl 2013 bis zur Bundestagswahl 2017 mehr als verdoppelt. Damit hat sich die programmatische Polarisierung also deutlich verschärft. Das trifft auf die Polarisierung zwischen den Wählerschaften der derzeitigen Bundestagsparteien nicht in gleichem Maße zu. Die deutsche Wahlstudie (German Longitudinal Election Study, GLES), die in einer Kooperation der Universitäten Frankfurt a. M., Mannheim und dem WZB durchgeführt wird, erfasst anhand von Wahlumfragen die Selbsteinstufung der Wähler:innen auf der Links-rechts-Dimension. Der Polarisierungsindex ist hier zwar deutlich niedriger als bei den Parteiprogrammen, aber ebenfalls kontinuierlich von 2009 bis 2020 um etwa ein Drittel gestiegen. Werden die Bürgerinnen und Bürger hingegen nach der Einschätzung der Positionen der politischen Parteien gefragt und auf dieser Grundlage die parteipolitische Polarisierung in der Wählerwahrnehmung der Parteien bestimmt, ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Polarisierung der Parteienprogrammatik. Zwischen 2009 und 2020 hat sich die Polarisierung fast verdoppelt.

Diese Befunde müssen theoretisch erst einmal kein negatives Zeichen für die Demokratie sein, zeugen sie doch auch von einem stärkeren politischen Wettbewerb mit klarer abgegrenzten Positionen. Allerdings zeigen Forschungsergebnisse einer vergleichenden Studie der London School of Economics and Political Science zu 31 europäischen Ländern, dass sich eine stärkere politische Polarisierung negativ auf die Demokratiezufriedenheit auswirkt. Das Gleiche trifft auch auf Deutschland zu. Der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, ist unter denjenigen, die eine hohe parteipolitische Polarisierung wahrnehmen, mit 37 Prozent doppelt so hoch wie unter denjenigen, die eine geringe politische Polarisierung der Parteien sehen. Auch ist die affektive Polarisierung, gemessen anhand der Sympathie für die einzelnen politischen Parteien, unter denjenigen höher, die eine höhere positionelle Polarisierung der Parteien wahrnehmen. Antipathien gegenüber Parteien nehmen also mit zunehmender parteipolitischer Polarisierung ebenfalls zu.

Diese Befundlage hat klare Konsequenzen für die politische Kultur und die Demokratie in Deutschland. Die zunehmende Polarisierung verringert die Zufriedenheit mit der Demokratie und reduziert damit die Unterstützung und Legitimität, die sie braucht. Auch erhöht sich dadurch die Intensität der Ablehnung bestimmter politischer Parteien durch die Bürger:innen bis hin zur politischen Ignoranz oder gar Feindschaft. Das sind nicht die besten Aussichten für die Zukunft der Demokratie. Sie sind aber auch ein klarer Auftrag: Der Erhalt unserer Demokratie bedarf einer kontinuierlichen Anstrengung und gelingt nicht ohne Bemühen um Konsens, Akzeptanz und Toleranz.

Bernhard Weßels ist kommissarischer Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. *[Foto: David Ausserhofer]*

bernhard.wessels@wzb.eu

Literatur

Hoerner, Julian M./Hobolt, Sara B.: „Unity in Diversity? Polarization, Issue Diversity and Satisfaction with Democracy." Journal of European Public Policy, 2020, Jg. 27, H. 12, S. 1838–1857.

Pfaller, Alfred: Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland. Ein Überblick über die Fakten und die Hintergründe. WISO Diskurs. Friedrich-Ebert-Stiftung 2012.

Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Schoen, Harald/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof: GLES Cross-Section 2009–2017, Cumulation. ZA6835 Data file Version 1.0.0. GESIS Data Archive. Köln 2020. Online: https://doi.org/10.4232/1.13648.

Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2017.

Volkens, Andrea/Burst, Tobias/Krause, Werner/Lehmann, Pola/Matthieß Theres/Merz, Nicolas/Regel, Sven/Weßels, Bernhard/Zehnter, Lisa: The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2020b. Berlin: WZB 2000. Online: https://doi.org/10.25522/manifesto.mpds.2020b (Stand 21.05.2021).

Europapolitik als Konfliktthema Der Schlüssel liegt bei den Mainstream-Parteien

Daniela Braun und Edgar Grande

Summary: New radical Euroskeptic challengers have intensified the political conflict over Europe by increasing polarization. However, this conflict only gained greater visibility when mainstream parties also became involved in this contestation. Mainstream parties therefore occupy a key strategic position in the politicization of European issues in public debates.

Kurz gefasst: Neue radikale europaskeptische Herausforderer haben den politischen Konflikt um Europa durch eine zunehmende Polarisierung intensiviert. Dieser Konflikt erhielt aber erst dann eine größere Sichtbarkeit, als die Mainstream-Parteien sich ebenfalls an dieser Auseinandersetzung beteiligten. Die Mainstream-Parteien nehmen daher eine strategische Schlüsselposition bei der Politisierung europäischer Themen in öffentlichen Debatten ein.

Die Europäische Union und ihre Politik sind seit Jahren Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen in den Mitgliedsstaaten. Nach der Vertiefung der wirtschaftlichen Integration mit der Vollendung des Binnenmarkts und der Einführung einer gemeinsamen Währung verstärkten sich in den 2000er-Jahren die öffentlichen Kontroversen über grundsätzliche Fragen zur Erweiterung und Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses. Der Aufstieg europaskeptischer Parteien, die Ablehnung des Verfassungsvertrags in nationalen Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005, die öffentlichen Proteste gegen die von der EU in der Eurokrise auferlegten Sparmaßnahmen vor allem in südeuropäischen Ländern und nicht zuletzt der Ausgang des Brexit-Referendums im Vereinigten Königreich im Jahr 2016 sind Beispiele für die zunehmende negative Politisierung europäischer Politik und die daraus folgende Schwächung des europäischen Integrationsprozesses.

Die Politisierung des Europathemas wurde bislang vor allem auf der nationalen Ebene untersucht: in nationalen öffentlichen und parlamentarischen Debatten, nationalen Wahlkämpfen und nationalen Referenden. Die europäische Ebene wurde weitgehend vernachlässigt. Das lag auch daran, dass Europawahlen in der Europawahlforschung als Nebenwahlen (second order national elections) gelten, die sowohl für die Parteien als auch für die Wähler von geringerer Bedeutung sind.

Europawahlen bieten jedoch eine besonders günstige politische und institutionelle Gelegenheitsstruktur für neue radikale, populistische und europaskeptische Parteien. Nebenwahlen folgen einer eigenen politischen Logik, die extreme Parteien begünstigt. Da in solchen Wahlen weniger auf dem Spiel steht, sind für die Wähler:innen die Anreize, strategisch zu wählen, geringer und die Versuchung, die jeweilige Regierung abzustrafen, größer. Deshalb verlieren in Nebenwahlen in der Regel die großen Parteien, insbesondere die Regierungsparteien, während extreme Parteien überdurchschnittlich gut abschneiden. Hinzu kommt, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament aufgrund des in allen Ländern geltenden Verhältniswahlrechts neue, kleinere Parteien begünstigen. Dies ist von besonderer Bedeutung in den Ländern, in denen in nationalen Wahlen das Mehrheitswahlrecht gilt, wie in Frankreich und in Großbritannien. Hiervon profitierten radikale europaskeptische Parteien wie die Front National (FN) und die UK Independence Party (UKIP), die in den nationalen Parlamenten nicht oder nur schwach vertreten waren. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein genauerer Blick auch auf die europäische Ebene, da zu erwarten ist, dass die Politisierung von Europathemen dort besonders groß ist.

Um dies zu überprüfen, untersuchen wir die Politisierung europäischer Themen in Wahlen zum Europäischen Parlament auf der Grundlage von selbst erhobenen Mediendaten zu öffentlichen Wahlkampfdebatten. Die Untersuchung erstreckt sich auf vier EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Frankreich, Österreich und das Vereinigte Königreich) und deckt den gesamten Zeitraum seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags im Jahr 1992 ab. Unsere Forschung ist Teil eines größeren Forschungsprojekts zur politischen Konfliktstrukturierung in Europawahlen, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft von 2016 bis 2020 gefördert wurde.

Was verstehen wir unter Politisierung? Politisierung ist mehr als nur Polarisierung, sondern bezeichnet ganz allgemein die Ausweitung der Reichweite des Konflikts zwischen politischen Akteuren. Politisierung in diesem Sinne ist ein vielschichtiger Prozess mit drei Konfliktdimensionen: a) der Sichtbarkeit (oder: Salienz) eines Konfliktthemas, b) der Anzahl und Art der an einem Konflikt beteiligten Akteure und c) dem Grad der Polarisierung zwischen diesen Akteuren. Wie wir im Folgenden zeigen werden, folgt die Intensivierung des Konflikts in jeder dieser Dimensionen einer eigenen Logik, und dabei spielen europaskeptische extreme Parteien und proeuropäische Mainstream-Parteien eine ganz unterschiedliche Rolle.

Wie stark sind Europathemen in Europawahlen politisiert? Vier Ergebnisse unserer Untersuchung lassen sich festhalten. Erstens zeigt die vergleichende Analyse von Europawahlkämpfen insgesamt ein erhebliches Konfliktniveau von europäischen Themen. Auch wenn diese Wahlen nationale Nebenwahlen sind, konnte die Logik von „second order national elections" europäische Themen in Europawahlkämpfen nicht verdrängen. Unsere Daten lassen zweitens bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Ländern erkennen. Während Österreich und Deutschland durch einen moderaten Politisierungsgrad gekennzeichnet sind, war der politische Konflikt über die europäische Integration bei den Europawahlen in Frankreich und Großbritannien wesentlich intensiver. Der Vergleich mit nationalen Wahlen zeigt drittens, dass die Entwicklung der Politisierung bei Europawahlen den Trends in nationalen Wahlen folgt. Obwohl der politische Konflikt über europäische Themen bei Europawahlen in den meisten Ländern sichtbarer und intensiver ist, scheint er auf beiden Ebenen von denselben Faktoren angetrieben zu werden. Überraschend ist schließlich die Entwicklung der Politisierung über die Zeit. Während sie in den drei Wahlen nach dem Maastrichter Vertrag recht hoch ist, schwächt sie sich in den beiden folgenden Wahlen in den Jahren 2009 und 2014 ab. Trotz der Eurokrise, des Aufstiegs radikaler rechtspopulistischer und europaskeptischer Parteien und der Einführung des Spitzenkandidaten-Prinzips war das Gesamtniveau der Politisierung von Europathemen bei der Wahl 2014 nicht höher, sondern niedriger als zuvor. Erst im Jahr 2019 beobachten wir wieder einen deutlichen Anstieg der Politisierung mit einem außerordentlich hohen Politisierungsgrad – allerdings nur in zwei Ländern: Frankreich und Großbritannien.

Welche Faktoren sind für diese Politisierung verantwortlich? Zu Recht dürfen europaskeptische Parteien als die wichtigsten Treiber der Politisierung europapolitischer Themen in Wahlen gelten. Radikale rechtspopulistische Parteien wie die Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland, aber auch europaskeptische Parteien wie UKIP in Großbritannien traten als politische Herausforderer auf, die extreme Positionen zu europäischen Themen einnahmen, um sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den etablierten Mainstream-Parteien zu verschaffen. Sie äußerten nicht nur Kritik zu einzelnen Sachthemen wie der Eurorettungspolitik; sie stellten die europäischen Institutionen und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union grundsätzlich in Frage. So verstärkten sie die politische Polarisierung insbesondere zu Europathemen.

Es würde aber zu kurz greifen, die Ursache für die Politisierung neuer Konfliktthemen ausschließlich bei den radikalen Herausforderern zu suchen. Unsere Daten zeigen vielmehr, dass der Aufstieg europaskeptischer politischer Parteien einen paradoxen Effekt auf den politischen Konflikt über europäische Themen haben kann. Während die Stimmanteile der europaskeptischen Parteien seit den frühen 2000er-Jahren in den von uns untersuchten Ländern deutlich zugenommen haben, nahm der Politisierungsgrad europäischer Themen in einigen Europawahlen ab. Die große Ausnahme sind die beiden Europawahlen 2019 in Frankreich und Großbritannien.

Wie kann man das erklären? Unsere Analyse legt nahe, dass dies auf das Wettbewerbsverhalten der Mainstream-Parteien, der moderaten Linken und der moderaten Rechten, zurückzuführen ist. Sie reagierten auf die neuen radikalen Herausforderer und deren Versuche, Europathemen in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken, indem sie diese Themen in den Europawahl-

Daniela Braun ist Postdoc am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Forschungsinteressen umfassen politische Soziologie, Studien zur Europäischen Union, vergleichende Politikwissenschaft und Gender Studies. *[Foto: GSI]*

Daniela.Braun@gsi.uni–muenchen.de

Edgar Grande ist Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Seine Forschungsthemen umfassen vor allem die Zivilgesellschaft, politische Konflikte und soziale Bewegungen. *[Foto: David Ausserhofer]*

edgar.grande@wzb.eu

kämpfen nach 2004 zu vermeiden suchten. Die britischen Europawahlen in den Jahren 2009 und 2014 sind in dieser Hinsicht die auffälligsten Beispiele. Bei diesen Wahlen war die Politisierung der Europathemen schwächer, was vor allem an der geringeren Themensalienz, also Sichtbarkeit, aufseiten der beiden Mainstream-Parteien (der Labour Party und der Conservative Party) lag. Der für diese Parteien gemessene Anteil der Europathemen ging von 37 Prozent im Wahlkampf 1999 auf nur noch 10 Prozent in den Jahren 2009 und 2014 zurück. Die Daten zu den deutschen Europawahlkämpfen bestätigen diesen Befund. Dort finden wir die geringste Politisierung von Europathemen über den gesamten Zeitraum hinweg, was einhergeht mit sehr niedrigen Salienzwerten für die beiden Mainstream-Parteien (CDU/CSU und SPD).

Diese Interpretation wird durch unsere Analyse der Europawahl 2019 bestätigt. Bei dieser Wahl beobachten wir außergewöhnlich hohe Politisierungsgrade in Frankreich und in Großbritannien. Das ist aber nicht allein der Erfolg der europaskeptischen Parteien, der Rassemblement National und der Brexit Party, die bei dieser Wahl im jeweiligen Land zur stärksten Partei wurden. Wie unsere Daten zeigten, lag es auch daran, dass die Mainstream-Parteien bei dieser Wahl europäische Themen nicht vermieden haben. In Frankreich lag die Salienz der Europathemen für diese Parteien (einschließlich Macrons La République en Marche) bei über 60 Prozent; in Großbritannien lag sie bei etwa 45 Prozent. Kurz gesagt: Bei dieser Wahl ging es auch für die Mainstream-Parteien vor allem um Europa. In Großbritannien, weil die Europawahl 2019 zu einem zweiten Votum über den Brexit gemacht wurde; in Frankreich, weil das Europathema eine Schlüsselrolle in der politischen Reformagenda Macrons spielte.

Unsere Ergebnisse bestätigen insgesamt, dass neue radikale Herausforderer den politischen Konflikt um Europa durch eine zunehmende Polarisierung verstärkt haben. Allerdings waren diese Parteien alleine zu schwach, um die Salienz europäischer Themen in den öffentlichen Wahlkampfdebatten wesentlich zu erhöhen. Daher nehmen die Mainstream-Parteien eine strategische Schlüsselposition bei der Politisierung europäischer Themen ein. Sie können entscheidend dazu beitragen, die Sichtbarkeit des politischen Konflikts um das europäische Projekt zu vergrößern. Die Zukunft Europas wird auch davon abhängen, ob es den Mainstream-Parteien gelingt, ihr Einflusspotenzial im Sinne der europäischen Integration zu nutzen.

Literatur

Braun, Daniela/Grande, Edgar: „Politicizing Europe in Elections to the European Parliament (1994–2019): The Crucial Role of Mainstream Parties". In: Journal of Common Market Studies, 2021, S. 1–18. DOI: 10.1111/jcms.13168.

Hutter, Swen/Grande, Edgar/Kriesi, Hanspeter (Hg.): Politicising Europe: Integration and Mass Politics. Cambridge: Cambridge University Press 2016.

WZB-Mitteilungen online
Geografie der Eliten

Nicht selten sind Personen Mitglieder verschiedener Aufsichtsräte und nehmen so Einfluss auf die strategische Ausrichtung mehrerer Unternehmen. Das Netz dieser Kreuzverflechtungen innerhalb und zwischen Wirtschaftszweigen in Deutschland hat **Robert Scholz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit, Produktion, untersucht und in eine interaktive Karte umgesetzt. Seine Studie zeigt, dass der Austausch von Informationen und Strategien und die Konzentration von Macht und Einfluss ungleich verteilt sind. Die Ergebnisse finden Sie hier: wzb.eu/magazin-polarisierung

Polarisierung von unten Die Linke und die AfD erzählen neue Geschichten über das Verhältnis von Straße und Parlament

Manès Weisskircher, Swen Hutter und Endre Borbáth

Summary: Party politics should not be regarded as a standalone political arena: For the rise of the two most recent challenger parties in Germany, polarization from below was decisive. The establishment of the Left Party followed Anti-Hartz-IV protests, while AfD benefited from Pegida mobilization. Complex interactions between protest movements and party actors allowed the latter to benefit from the increased salience of their core issues and from incentives for a more effective strategic approach.

Kurz gefasst: Parteipolitik sollte nicht als eigenständige politische Arena verstanden werden: Für den Aufstieg der jüngsten Herausforderer im deutschen Parteiensystem war eine Polarisierung von unten entscheidend. Die Etablierung der Linken folgte den Anti-Hartz-IV-Protesten, während die AfD durch Pegida einen entscheidenden Schub erfuhr. Als Folge komplexer Interaktionen zwischen Protestbewegungen und parteipolitischen Akteuren profitierten letztere von der erhöhten öffentlichen Sichtbarkeit ihrer Kernthemen und von Anreizen für eine effektivere strategische Ausrichtung.

Ob im öffentlichen oder im wissenschaftlichen Diskurs: Die deutsche Parteipolitik wird meist als eigenständige politische Arena verstanden, in der Parteien vornehmlich auf ihre Mitstreiter im Parteiensystem beziehungsweise die öffentliche Meinung reagieren. Das Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen und politischem Protest ist dabei etwas aus dem Blick geraten – zu Unrecht, wie sich aus der internationalen Protestforschung der letzten Jahre lernen lässt. Sie betont die enge Interaktion von Parteien und Bewegungen und zeigt, welche polarisierende Dynamik aus ihrem Zusammenspiel entstehen kann. Als Beispiele können der Aufstieg sogenannter Bewegungsparteien in Südeuropa – wie Podemos in Spanien oder die italienische Fünf-Sterne-Bewegung –, aber auch der Einfluss der Tea-Party auf die Radikalisierung der Republikaner in den USA gelten. Die polarisierende Kraft von Protestbewegungen äußert sich in der Themensetzung und Positionierung bereits bestehender Parteien, aber auch beim Durchbruch neuer Parteien.

Die enge Beziehung von sozialen Bewegungen und neuen Parteien veranschaulicht auch ein Blick in die Geschichte des deutschen Parteiensystems. In den 1980er- und 1990er-Jahren schenkte die deutsche Parteienforschung sozialen Bewegungen noch gebührende Aufmerksamkeit. Politikwissenschaftler wie Herbert Kitschelt, Ferdinand Müller-Rommel und Thomas Poguntke beschäftigten sich mit dem Aufstieg der Grünen, dem Paradebeispiel einer Partei mit Ursprung in der Protestlandschaft. In komplexen und teils konfliktbehafteten Aushandlungsprozessen entschieden sich Vertreter und Vertreterinnen der Umwelt, Friedens- und Frauenbewegungen für den „langen Marsch durch die Institutionen" und strebten parlamentarische Repräsentation an. Dieser Vorgang entspricht dem Standardmodell von Interaktionen zwischen Partei und Bewegung, das von der parteipolitischen Institutionalisierung einer ihr vorausgegangenen sozialen Bewegung ausgeht. Pointiert formuliert: Protest mündet in Parteigründung.

Zwar waren auch für die Etablierung der beiden jüngsten Formationen im deutschen Bundestag – der Linken und der Alternative für Deutschland (AfD) – Proteste auf der Straße zentral. Für den Aufstieg der Linken 2005 (damals noch „Die Linke. PDS") war die Protestbewegung gegen die als „Hartz IV" bekannt gewordenen neuen Arbeitslosengesetze mit ihren Montagsdemonstrationen von entscheidender Bedeutung. Für die Transformation der AfD in eine klassische populistische radikale rechte Partei und ihren Einzug in den Bundestag 2017 waren die Pegida-Proteste wegweisend, die sich ab Herbst 2014 hauptsächlich gegen die deutsche Einwanderungs- und Asylpolitik richteten. Der Zusammenhang mit diesen Protestbewegungen wird allerdings in der neueren Forschung zum deutschen Parteiensystem nur wenig reflektiert. Das erstaunt umso mehr, da beide neue Parteien, die das etablierte System herausforderten, erhebliche wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich zogen. Mit ihrem Erstarken verlor nämlich die Bundesrepublik den Status als westeuropäischer Ausnahmefall, wo sich über eine lange Zeit weder am radikalen linken noch am rechten Rand neue Konkurrenz auf der nationalen Ebene etablieren konnte.

Warum hallt diese „Polarisierung von unten" bei der Linken und der AfD weniger stark im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs nach als bei Bündnis 90/Die Grünen? Beide Fälle entsprechen nicht dem klassischen Modell einer Bewe-

Manès Weisskircher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department of Sociology and Human Geography der Universität Oslo und assoziierter Forscher am Center for Research on Extremism (C-REX). *[Foto: privat]*

manes.weisskircher@sosgeo.uio.no

Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor in politischer Soziologie an der Freien Universität Berlin. *[Foto: David Ausserhofer]*

swen.hutter@wzb.eu

gungspartei, nach dem führende Akteure sozialer Bewegungen eine politische Partei gründen und so den Marsch durch die Institutionen antreten. Daher zeigen sie die Grenzen gängiger Annahmen zum Zusammenspiel von sozialen Bewegungen und neuen Parteien auf. Die Geschichten der neuen Parteien an beiden Rändern des politischen Spektrums unterscheiden sich in vielen Punkten. Und doch kann ein frischer Blick auf die vielfältigen und folgenreichen Interaktionen von Bewegungen und Parteien aufschlussreiche Gemeinsamkeiten zutage fördern und die Parteienforschung um neue Modelle bereichern.

Wir können vier zentrale Gemeinsamkeiten beim Aufstieg der Linken und AfD beobachten: 1) Wie im Fall der Grünen entstanden sozialen Bewegungen mit dem Fokus auf inhaltliche Anliegen, die im Bundestag nicht ausreichend repräsentiert wurden. Der Durchbruch der neuen Parteien erfolgte jedoch ohne signifikante personelle oder organisatorische Überschneidungen mit den Protestbewegungen. Stattdessen waren zwei Mechanismen entscheidend: 2) Zum einen brachten Protestbewegungen ihre Anliegen auf die Agenda und setzten eine öffentliche Politisierungsspirale in Gang, die auch den Forderungen der Herausforderer im Parteiensystem mehr öffentliche Sichtbarkeit und Resonanz verschafften. 3) Zum anderen kam es zu komplexen Beziehungen zwischen den Bewegungs- und Parteiakteuren, geprägt von Kooperation und Konflikt, was letztlich zu einer effektiveren strategischen Ausrichtung der Partei führte. 4) Als Ergebnis profitieren die Herausforderer-Parteien auch an den Wahlurnen von einem klar geschärften Profil.

Die Ausgangslage der PDS („Partei des Demokratischen Sozialismus“) war Anfang der 2000er nicht rosig, war sie doch in den 1990er-Jahren daran gescheitert, in den Westen zu expandieren und eine ostdeutsche Regionalpartei geblieben. Im Jahr 2002 konnte sie auch nur noch mit zwei Direktmandaten in den Bundestag einziehen. Dann kam es allerdings zur Polarisierung von unten in den genannten vier Phasen: 1) Nur zwei Jahre später waren die Anti-Hartz-IV-Proteste ein wesentlicher Wendepunkt für die Entwicklung der Partei. Die Montagsdemonstrationen, die im August ihren Höhepunkt erreichten, prägten den politischen Sommer 2004. Das Hauptanliegen war der Protest gegen Wohlfahrtsstaatsreformen, insbesondere die Arbeitslosenversicherung der rot-grünen Bundesregierung. Führend bei der Organisation waren einzelne Arbeitslose, Vereinigungen Arbeitsloser, linke Gruppierungen und Teile des Deutschen Gewerkschaftsbundes, nicht jedoch dessen Spitze. Die PDS war keine Mitinitiatorin der Anti-Hartz-IV-Protestwelle. 2) Obwohl die Proteste hauptsächlich in Ostdeutschland stattfanden, erhielten sie bundesweite Resonanz. Die Demonstrationen verstärkten die öffentliche Wahrnehmung sozialpolitischer Themen und die mediale Debatte um Hartz IV. Bei Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen konnte die PDS nach dem Debakel bei der Bundestagswahl 2002 wieder Zugewinne erzielen – ihr Wahlkampfschwerpunkt war Hartz IV. 3) Die Proteste beeinflussten die Entwicklung der parteipolitischen Konkurrenz links von der SPD und den Grünen, zeigten sie doch das Potenzial für neue Formen politischer Organisation. Vor den genannten Landtagswahlen hielten führende Politikerinnen und Politiker der PDS Gastreden bei den Demonstrationen. Noch als SPD-Mitglied trat der spätere Spitzenkandidat der Linken Oskar Lafontaine bei einer Montagsdemonstration in Leipzig auf. Parallel wurde im Westen im Juli 2004 die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) als Verein gegründet, im Januar 2005 als Partei – die Gründer stammten aus dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Umfeld. WASG-Aktivistinnen und -Aktivisten waren ebenso in Montagsdemos involviert, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, wo die neue Partei bei der Landtagswahl im Mai 2005 deutlich vor der PDS landete. Rechtzeitig vor der vorgezogenen Bundestagswahl konnte sie die Kooperation mit der PDS sichern. Die Abschaffung von Hartz IV wurde die zentrale Forderung der neuen gemeinsamen Liste. 4) Bei der Bundestagswahl 2005 erfolgte der Einzug als „Linkspartei. PDS“. Innerhalb der Linken spielten die ostdeutschen Initiatoren der Anti-Hartz-IV-Demonstrationen allerdings keine wesentliche Rolle.

Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als vornehmlich „wirtschaftsliberale Professorenpartei“, mit Kritik an der Eurozonen-Politik als inhaltlichem Schwerpunkt. Die Ablehnung von Migration war noch kein bestimmendes Thema. Mit diesem

Ansatz verfehlte die AfD im Jahr 2013 knapp den Einzug in den Bundestag. Auch hier kam die Trendwende im Zusammenspiel mit der Straße. 1) Im Oktober 2014 gründete sich Pegida in Dresden. Im Winter 2014/2015 erreichten die dortigen „Abendspaziergänge" ihren Höhepunkt, teilweise mit bis zu 20.000 Teilnehmenden. Die Demonstranten mobilisierten gegen muslimische Einwanderung, die politische und mediale Elite Deutschlands und für direkte Demokratie. Obwohl es prominente Befürworter innerhalb des wachsenden rechtsradikalen Flügels der AfD gab, war das Pegida-Organisationsteam von der AfD völlig unabhängig. 2) Während Pegida hauptsächlich in Dresden verankert blieb, machte die Gruppe Schlagzeilen in ganz Deutschland. Pegida brachte Migration bundesweit auf die öffentliche Agenda und erhöhte auch die mediale Sichtbarkeit des Themas – die Straßenproteste bestimmten monatelang die politische Debatte. Ebenso konnte die AfD im ersten Halbjahr 2015 Wahlerfolge feiern: Sowohl in Bremen als auch in Hamburg zog sie in die Landesparlamente ein. 3) Die Pegida-Proteste nahmen indirekten Einfluss auf die strategische Entwicklung der AfD. Diese befand sich Anfang des Jahres 2015 in einem innerparteilichen Richtungsstreit. Teil der Debatte war die Frage, ob man „Pegida-Partei" sei. Nach intensiven Konflikten um die Positionierung zum Thema Migration und um Ablehnung von oder Kooperation mit Pegida setzen sich rechtsradikale Gruppen beim Parteitag von Essen im Juli 2015 gegen den neoliberalen Flügel durch. Der Durchbruch der Anti-Einwanderungs-Politiker*innen erfolgte also bereits vor dem Herbst 2015, dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise. Das Timing war perfekt: Die neu formierte Partei konnte von der Mobilisierung gegen Migration profitieren. 4) Bei der Bundestagswahl 2017 erfolgte der Einzug – ohne dass führende Pegida-Aktivistinnen und -Aktivisten innerhalb der AfD eine Rolle spielten.

Der Durchbruch der Linken und der AfD unterstreicht, dass die Analyse des Zusammenspiels von sozialen Bewegungen und politischem Protest für das Verständnis von Polarisierung nicht nur auf der Straße wesentlich ist. Gängige Annahmen zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen müssen korrigiert werden. Dies unterstreichen auch die jüngsten Entwicklungen der Klimaschutzbewegung und der Anti-Corona-Proteste. Die Mobilisierung von Fridays-for-Future beeinflusste nicht nur die Agenda und die Positionierung etablierter Parteien. Darüber hinaus organisierten sich Teile der Bewegung als selbstständige Partei (die „Klimalisten"), parallel schafften es Fridays-for-Future-Aktivisten und -Aktivistinnen auf die Listen der Grünen für Landtagswahlen und die Bundestagswahl. Auch die Anti-Corona-Proteste mündeten in Neuformierungen, wie Widerstand 2020 oder dieBasis, sie finden aber auch starken Widerhall unter der AfD-Wählerschaft. Es lohnt sich, die neuen Parteien nicht zu unterschätzen, gleichzeitig aber viel stärker hinzuschauen, wie die Parteienlandschaft insgesamt von einer Polarisierung von unten umgepflügt wird.

Endre Borbáth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Politische Soziologie der Freien Universität Berlin und Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. *(Foto: Bernhard Ludewig)*

endre.borbath@wzb.eu

Literatur

Borbáth, Endre/Hutter, Swen: „Protesting Parties in Europe: A Comparative Analysis". In: Party Politics, 2020. Online: https://doi.org/10.1177/1354068820908023.

Patton, David: „Monday, Monday: Eastern Protest Movements and German Party Politics since 1989". In: German Politics, 2017, Jg. 26, H. 4, S. 480–497.

Weisskircher, Manès: „The Strength of Far Right AfD in Eastern Germany: The East West Divide and the Multiple Causes behind ‚Populism'". In: The Political Quarterly, 2020, Jg. 91, H. 3, S. 614–622.

Weisskircher, Manès/Berntzen, Lars-Erik: „Remaining on the Streets. Anti-Islamic Pegida Mobilization and its Relationship to Far-right Party Politics". In: Manuela Caiani/Ondřej Císař: (Hg.): Radical Right Movement Parties in Europe. London: Routledge, 2019, S. 114–130.

Der Verlust der Vielfalt Die Corona-Proteste in Deutschland werden durch eine radikale Minderheit geprägt

Sophia Hunger, Teresa Völker und Daniel Saldivia Gonzatti

Summary: During the Corona protests in Germany in 2020, violent and confrontational forms of protest increased. The protests were strongly characterized by a general opposition to state measures, criticism of the system as well as conspiracy ideologies, and the greatest mobilization power came from the „Querdenker" movement and far-right groups. The protests were increasingly disconnected from public opinion but became the mouthpiece of a radical minority.

Kurz gefasst: Im Laufe des Jahres 2020 nahmen bei den Corona-Protesten in Deutschland gewaltförmige und konfrontative Protestformen zu. Die Proteste wurden stark von einer Generalopposition gegenüber den staatlichen Maßnahmen, Systemkritik sowie Verschwörungsideologien geprägt. Die größte Mobilisierungskraft ging von der „Querdenker"-Bewegung und Rechtsaußen-Gruppierungen aus. Die Proteste bildeten zunehmend weniger die öffentliche Meinung ab, sondern wurden zu einem Sprachrohr einer radikalen Minderheit.

Politische Konflikte rund um die Corona-Pandemie spalten Politik und Gesellschaft: Während im letzten Jahr eine Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland die Corona-Maßnahmen befürwortete oder gar deren Verschärfung forderte (einen genauen Einblick in die Haltungen bietet das Monitoring-Projekt COSMO 2021, das die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit mehreren wissenschaftlichen Einrichtungen verantwortet), lehnten andere das Infektionsschutzgesetz vehement ab und trugen ihren Unmut auf die Straße. Der bisherige Höhepunkt der Corona-Proteste war die Stürmung des Reichstagsgebäudes durch eine Gruppe Demonstrierender im August letzten Jahres.

Politische Polarisierung, also die zunehmende Spaltung der Gesellschaft entlang von Konfliktlinien, ist nicht erst durch Corona entstanden. Vergangene Krisen wie die Euro- oder die Flüchtlingskrise haben jedoch gezeigt, dass sie existierende Gräben in der Gesellschaft vertiefen und politischen Konflikt verstärken können – insbesondere dann, wenn die Zivilgesellschaft gespalten ist und sich soziale Bewegungen und Proteste radikalisieren.

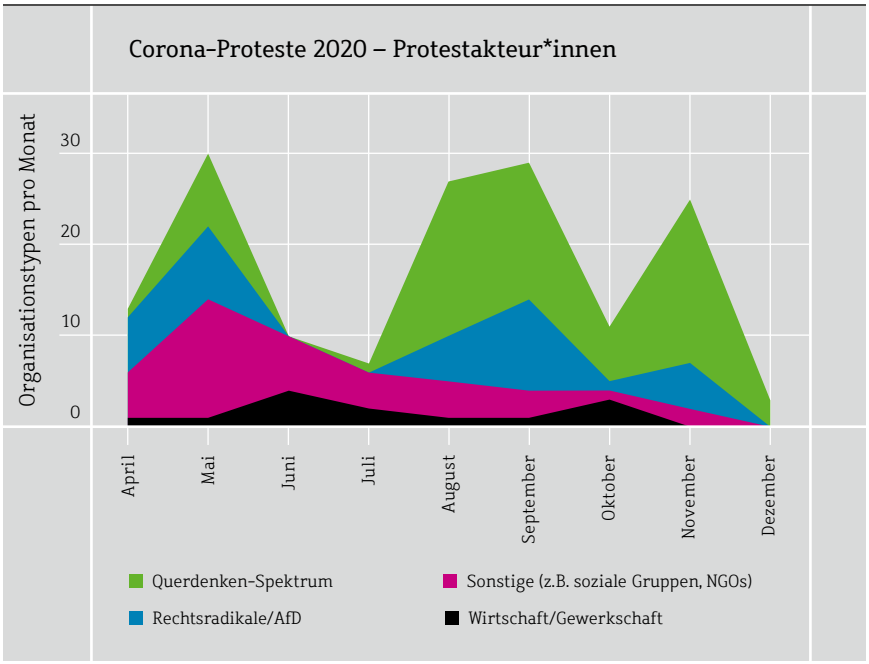
Wie haben sich die Proteste seit Beginn der Pandemie im vergangenen Jahr entwickelt? Welche gesellschaftlichen Gruppen beteiligten sich daran? Welche Forderungen stellen sie? Kann eine Verhärtung oder gar eine Radikalisierung im Protestgeschehen festgestellt werden? Die Radikalisierung der Corona Proteste untersuchen wir anhand von drei Anhaltspunkten, die sich in der Protest- und Bewegungsforschung etabliert haben: radikale Inhalte bei Forderungen, radikale Strategien in den Aktionsformen und die Dominanz von radikalen Akteur*innen in der Protestlandschaft. Unsere Daten stammen aus dem neuen WZB-Protest-Monitoring, das im Rahmen des Spitzenforschungsclusters Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA) unter der Leitung von Edgar Grande, Swen Hutter und Ruud Koopmans durchgeführt wird. Dafür wurden alle Protestereignisse der deutschen Corona-Proteste im Jahr 2020 in der Medienberichterstattung der „Süddeutschen Zeitung" und der „Welt" manuell identifiziert und ihre Merkmale erfasst.

Die Corona-Proteste waren nicht immer gleich dynamisch. Vielmehr lassen sich drei Hochphasen des Protestgeschehens ausmachen: direkt nach dem ersten Lockdown zwischen April und Juli, im Sommer und Frühherbst mit den niedrigen Infektionszahlen zwischen August und Oktober und nach der Einführung des „Lockdown light" ab November. Der Blick auf die Zahl der Protestereignisse zeigt einen Rückgang der Aktivitäten im Sommer, der von einer neuen Hochphase ab August abgelöst wurde. In diese Phase fällt eine Reihe von Ereignissen, die von einem hohen medialen Interesse und öffentlichen Debatten begleitet wurden, wie etwa der bereits erwähnte Sturm auf den Reichstag. Die Anzahl der Teilnehmer*innen an den Großveranstaltungen in diesem Zeitraum, meist Demonstrationen, nahm im Vergleich zum Frühjahr deutlich zu. Dies war möglich, da die Auflagen für Demonstrationen aufgrund der niedrigeren Infektionszahlen gelockert wurden. Im Vergleich zu der Anzahl an Protestereignissen und zum An- und Abschwellen von früheren, vergleichbaren Protestbewegungen, wie zum Beispiel der Anti-Atomkraftbewegung, weisen die Corona-Proteste eine hohe Dichte innerhalb des relativ kurzen Zeitraums von einem Jahr auf. Die Corona-Proteste entfalteten somit eine starke Mobilisierungskraft, obwohl es sich um ein neues Protestthema und eine neue Konstellation an Akteur*innen handelte.

Doch welche Arten von Protest dominieren das Corona-Protestgeschehen? Die medial sichtbaren Aktionsformen setzen sich zum Großteil aus Demonstrationen, Kundgebungen und Ähnlichem zusammen. In der ersten Hochphase, direkt nach Ende des ersten Lockdowns, sowie zum Ende des Jahres verzeichnet unsere Datenerhebung besonders viele gewaltförmige Aktionen. Darunter fallen vor allem Angriffe aus rassistischer Gesinnung (z. B. gegen asiatisch aussehende Menschen), aber auch auf Presseteams, Politiker*innen und Polizist*innen, meist am Rande von Demonstrationen. Im August und September häuften sich Besetzungen, Protestcamps und Blockaden.

Welche Forderungen stellen die Protestteilnehmenden? Ein Blick auf die Mediendebatte zeigt, dass in allen Protestwellen vor allem Verschwörungserzählungen mit antidemokratischen und rassistischen Aussagen die Proteste dominierten. Dieses Themencluster umfasst Aussagen, die Covid-19 als Verschwörung sehen (oft auch in Verbindung mit der ursprünglich amerikanischen QAnon-Bewegung) oder auf rassistischen oder antisemitischen Überzeugungen fußen. Darüber hinaus bestimmte die „allgemeine Ablehnung der Corona-Politik" die Corona-Proteste. Dazu zählt die Generalopposition gegenüber der staatlichen Bekämpfung der Corona-Pandemie, also die pauschale Ablehnung des Infektionsschutzgesetzes oder jeglicher Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Zusammen machen diese beiden Kategorien 78 Prozent aller Inhalte im Protestgeschehen aus. Die drittgrößte Kategorie waren Forderungen zum politischen System als Ganzem, von uns als „Systemfragen" zusammengefasst (9,5 Prozent aller Inhalte). Dazu zählen der Wunsch nach dem Rücktritt der Bundesregierung und der Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung oder Vergleiche der Bundesrepublik mit einem Terrorregime oder des Infektionsschutzgesetzes mit einem „Ermächtigungsgesetz".

Nur ein kleiner Teil der Forderungen der Protestierenden bezieht sich auf die Anpassung spezifischer politischer Maßnahmen (Grenzschließungen, Öffnungen, Veranstaltungen, Schulen). Auch konkrete Forderungen zu wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Corona-Krise (darunter fallen auch Solidaritätsdemos und kritische Stimmen zur Bildungspolitik) nahmen nur einen zweitrangigen, wenn nicht marginalen Raum auf der Straße ein. Ebenso gering ist der Anteil an Protesten, die mehr Maßnahmen und ein härteres Vorgehen fordern. Auch Gegenproteste zur Querdenker-Bewegung stellten nur einen kleinen Teil des Protestgeschehens dar. Dem Großteil der medial sichtbaren Forderungen der Corona-Proteste ging es somit um den Kern des politischen Systems – die Legitimität der Staatsgewalt. Der Widerstand gegen die Corona-Politik in der Protestarena war also vor allem durch radikale Forderungen und Systemfragen geprägt.



Quelle: eigene Datenerhebung © WZB.

Sophia Hunger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und eingebunden in ein Forschungsprojekt zu Protest und politischer Radikalisierung in Deutschland.
(Foto: Martina Sander)

sophia.hunger@wzb.eu

Teresa Völker arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Forschungsprojekt „Politischer Protest und Radikalisierung" (Protest Monitoring). Darüber hinaus ist sie am Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) assoziiert.
(Foto: David Ausserhofer)

teresa.voelker@wzb.eu

Daniel Saldivia Gonzatti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er widmet sich der Protest- und Radikalisierungsforschung im Rahmen des Projekts MOTRA vor allem aus textanalytischer Perspektive. *[Foto: Martina Sander]*

daniel.saldivia-gonzatti@wzb.eu

Auffällig ist dabei, dass bei gewalttätigen Aktionsformen Aussagen zu „Verschwörung und Rassismus" und eine „allgemeine Ablehnung der Corona-Politik" konstant dominierten und während der drei Protestphasen mit durchschnittlich 87 Prozent den größten Teil aller gewaltförmig vorgetragenen Forderungen ausmachten. Radikale Forderungen gegenüber dem Staat scheinen somit eher von gewaltvollen Aktionsformen begleitet. In Bezug auf die Corona-Proteste 2020 kann das teilweise in der Natur der Sache liegen: Bei Protestteilnehmenden, die sich nicht an das Infektionsschutzgesetz hielten und der Exekutive misstrauten, ist der Einsatz von illegalen oder illegitimen Protestformen wie Gewalt wahrscheinlicher.

Kontrovers diskutiert wurde im Zusammenhang mit den Corona-Protesten vor allem die Querdenker-Bewegung. Unabhängig von den Forderungen deutet schon ihre öffentliche Dominanz auf eine potenzielle Radikalisierung hin. In der ersten Protestphase porträtierten die Zeitungen eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Akteur*innen hinter den bereits oben erwähnten Forderungen. Sowohl soziale Gruppen (einschließlich linker und politischer Gruppierungen und NGOs aus Bildung, Sport und Kultur), Gewerkschaften und wirtschaftliche Akteur*innen als auch das Querdenken-Spektrum (inklusive Anhänger*innen von Attila Hildmann und Corona-Rebellen) und Rechtsradikale prägten das Protestgeschehen während dieser ersten Phase. Soziale Gruppen wie zum Beispiel organisierte Schüler*innen, demokratiefördernde Vereine oder Umweltgruppen, die den Umgang mit den gesundheitlichen Corona-Maßnahmen in Schlachthöfen kritisierten, hatten während der ersten Hochphase mit 45 Prozent der Proteste mehr öffentliche Präsenz. Die Protestszene homogenisierte sich allerdings sehr stark in der zweiten und vor allem in der dritten Phase. Während der ersten Phase beteiligten sich rechtsradikale Gruppen (wie die „Reichsbürger"), Querdenken und die AfD an 39 Prozent der Protestereignisse. In der zweiten Phase stieg der Anteil dieser Gruppe an der medialen Wahrnehmung auf 79 Prozent, und in der dritten Phase dominierten sie mit 90 Prozent. Soziale Gruppen konnten oder wollten ab der zweiten Phase nicht mehr auf der Straße erfolgreich mobilisieren. Obwohl die gemeinsame Mobilisierung unterschiedlicher Protestbewegungen selten zu beobachten war, haben Querdenken-Gruppen mehrmals mit Rechtsradikalen und der AfD zusammen protestiert. Diese Beziehung stellte die stärkste Vernetzung unter den Protestakteur*innen dar, die wir beobachten konnten. Darüber hinaus waren diese radikalen Gruppen in der zweiten und dritten Phase die Einzigen, die illegal-konfrontative und gewaltförmige Aktionsformen anwandten. Zusammengefasst zeigt das, dass rechtsradikale Akteur*innen und Querdenken die Straßenmobilisation monopolisierten, die öffentliche Wahrnehmung der Protestszene prägten und das polarisierte Bild von einer aktiven radikalen Minderheit und einer nicht mobilisierten Mehrheit verstärkten.

Spezifische Forderungen zu einzelnen Maßnahmen, Rufe nach Solidarität oder einer Ausweitung der Pandemiebekämpfung wurden kaum auf die Straße getragen, obwohl diese Positionen in der Bevölkerung weit verbreitet waren. Die Straße war immer weniger von denen geprägt, die real unter den Einschränkungen durch die Corona-Politik zu leiden hatten (zum Beispiel in den Bereichen Bildung oder Wirtschaft); die größte Mobilisierungskraft ging von der „Querdenker"-Bewegung und Rechtsaußen-Gruppierungen aus. Anders als bei früheren Protestwellen in Deutschland (wie beispielsweise Pegida) fiel auch die Gegenmobilisierung gering aus.

Zu berücksichtigen ist natürlich in der Analyse, dass die Medien selbst durch die Art und Weise, wie sie die Proteste darstellen und welche teilnehmenden Gruppen und Forderungen sie in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellen, zur Polarisierung beitragen können. Dennoch zeigt sich eine deutliche Tendenz: Mit Beginn des Jahres 2021 scheint das öffentliche Verständnis für das Krisenmanagement der Bundes- und Landesregierungen abzunehmen. Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob die Unzufriedenheit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auch auf der Straße sichtbar wird. Im Moment ist offen, ob die Mobilisierungskraft der Querdenker-Bewegung weiter zunimmt und von einer weiteren Radikalisierung begleitet wird oder ob das Protestgeschehen wieder diverser und sichtbarer wird und die rechte Allianz Gegenwind bekommt.

Literatur

Gemeinschaftsprojekt von Universität Erfurt, Robert Koch Institut, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Leibniz-Institut für Psychologie, Science Media Center, Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin und Yale Institute for Global Health: COSMO – COVID – 19 Snapshot Monitoring. Akzeptanz aktueller Maßnahmen. 2021. Online: https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/ (Stand 18.05.2021).

Koopmans, Ruud: „The Dynamics of Protest Waves: West Germany, 1965 to 1989". In: American Sociological Review, 1993, Jg. 58, H. 5, S. 637–658.

Rucht, Dieter/Hocke, Peter/Ohlemacher, Thomas: Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat). Codebuch. Discussion Paper FS III 92–103. Berlin: WZB 1992.

Tarrow, Sidney: Democracy and Disorder: Protest and Politics in Italy 1965–75. New York: Oxford University Press 1989.

Der Streit um Umwelt und Klima Rechte Think Tanks haben nicht nur politische Interessen

Dieter Plehwe

Summary: The climate sciences display unity with regard to fundamental dimensions of global warming and its human causes. Lasting opposition against ambitious mitigation strategies has nevertheless developed in the ambit of knowledge-based policy consulting carried out by think tanks. In Germany, strategies of climate political polarization are promoted by the European Institute of Climate and Energy (EIKE) in Jena. In conjunction with the new right wing party AfD this institute aims at the mobilization of isolated voter segments and the reinforcement of particular interest groups.

Kurz gefasst: In der Klimaforschung herrscht Einigkeit über die fundamentalen Zusammenhänge der globalen Erwärmung sowie deren menschliche Ursachen. Andauernder Widerstand gegen ambitionierte Klimapolitik entwickelt sich dessen ungeachtet weltweit in der Grauzone der wissensbasierten Politikberatung und Öffentlichkeitsarbeit durch Think Tanks. In Deutschland wird die Strategie klimapolitischer Polarisierung vom Europäischen Institut für Klima & Energie (EIKE) in Jena vorangetrieben. Im Zusammenspiel mit der rechten Partei AfD zielt das Institut auf die Mobilisierung von isolierten Wählerschichten und die Stärkung bestimmter Interessengruppen.

Politik wird gerne als Spiel beschrieben. Es geht darum, Probleme zu definieren und auf die Tagesordnung zu bringen; der politische Gegner versucht genau das zu verhindern. Ist in einem Politikfeld eine bestimmte Problemstellung erst einmal durch politische und zivilgesellschaftliche Akteure etabliert, ist die Agenda entwickelt und durch politische Entscheidungen festgelegt, dann ist der politische Entscheidungsspielraum aller Beteiligten begrenzt. Es sei denn, es gelingt politischen Kräften, einen bereits in Gang gesetzten Prozess zu blockieren, in seiner Richtung zu ändern oder ganz rückgängig zu machen. Das geschieht durchaus, ist aber eher die Ausnahme als die Regel. Die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn zum Beispiel wurde ausgebremst, in Großbritannien wurde die Bahnprivatisierung aufgrund großer Probleme rückgängig gemacht. Der Atomausstieg wurde in Deutschland zurückgenommen und erst nach der Katastrophe von Fukushima erneut und dann endgültig beschlossen. Gegen einen breit etablierten politischen Mainstream ist grundsätzlich schwer anzuschwimmen. Aber am Beispiel der Klimapolitik lässt sich zeigen, dass der Versuch sich gleichwohl lohnen kann – für einige Akteure und bestimmte Interessen.

Das umwelt- und klimapolitische Ziel der Begrenzung der Erderwärmung durch Treibhausgase ist in Politik und Gesellschaft breit verankert und mittlerweile auf nationaler und internationaler Ebene vertraglich und gesetzlich fixiert. Die Politikforschung erwartet in solchen Fällen im Wesentlichen die konstruktive Mitwirkung aller Akteure; es dominiert ein wohlmeinendes und utilitaristisches Verständnis von Politik, also der Glaube an den „größten Nutzen der größten Zahl". Selbst eigennütziges und machtstrategisches Verhalten bliebe den Gesetzen des politischen Marktes gemäß von geringer Bedeutung. Es steht jedenfalls evidenzbasierter Politik und guten Lösungen nicht wirklich im Wege. Obwohl hinhaltendes und destruktives Verhalten von politischen Akteuren – also sowohl von politischen Entscheidungskräften als auch von Zielgruppen –keineswegs unbekannt ist, genießen Strategien wie Korruption, Obstruktion und Sabotage erst neuerdings verstärkte Aufmerksamkeit in der Politikforschung (Michael Howlett hat jüngst von der „dunklen Seite" der Politik gesprochen). Wir sind mit einer unerwarteten Polarisierung bei Themen konfrontiert, die aufgrund der globalen Risikolage eigentlich unumstritten sind bzw. sein müssten. Umwelt- und Klimapolitik bieten auch in Deutschland hierfür ein Paradebeispiel. Bei der Mobilisierung gegen bisher anerkannte Standards spielt das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) eine zentrale Rolle.

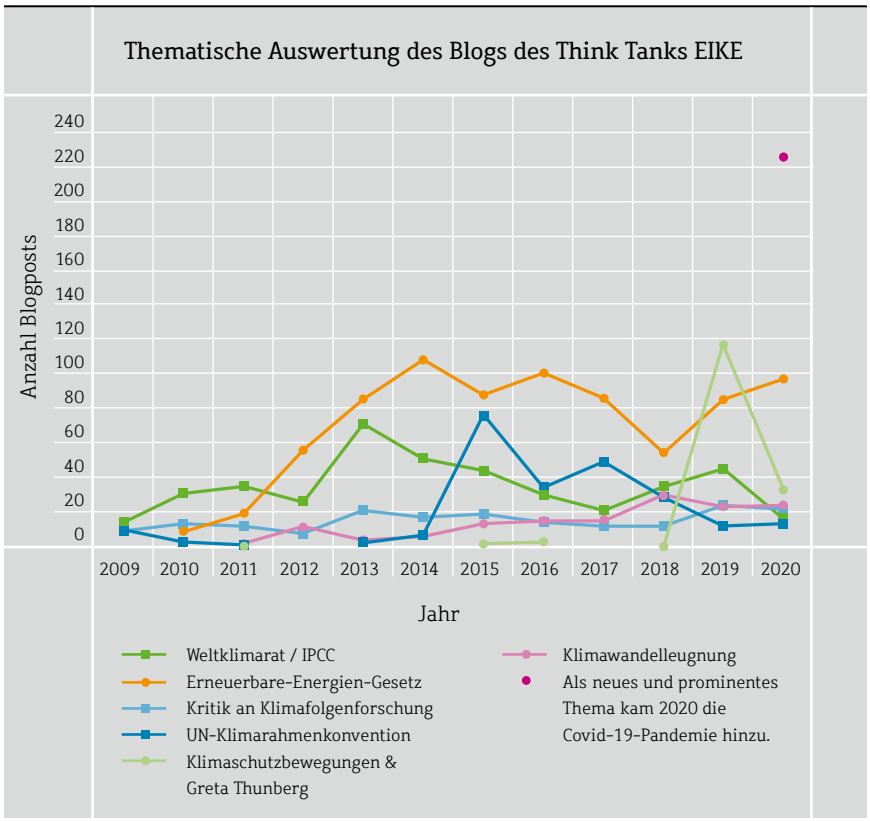
Das Phänomen der sogenannten Klimaleugner ist der Forschung aus den USA bekannt. Dort wird die politische Mobilisierung gegen die Klimapolitik weitgehend über Think Tanks organisiert. Think Tanks sind Institute, die sich auf politiknahe, evidenzbasierte Forschung und Beratung spezialisieren. In den Medien und in der Öffentlichkeit wird meist kein Unterschied gemacht zwischen sorgfältiger akademischer Forschung in Universitäten und Forschungseinrichtungen und Auftragsarbeiten, die speziellen materiellen oder weltanschaulichen Interessen dienen und zur politischen Einflussnahme gefertigt oder bestellt werden. Wenn Auftraggeber nicht genannt werden und normative Perspektiven unreflektiert bleiben, kann von sorgfältiger wissenschaftlicher Arbeit nicht vollständig die Rede sein. Das kommt auch im öffentlich geförderten akademischen Betrieb vor. Während allerdings Mitglieder der Scientific Community einen wissenschaftlichen Ruf zu verlieren haben, trifft das auf Mitarbeiter:innen

von Think Tanks weniger zu. Solche Organisationen sind daher meist erste Wahl für die Arbeit in der Grauzone zwischen Wissenschaft und Lobbyismus.

In den USA hat sich für die Gegner der Klimapolitik die Arbeit gelohnt. Der Anteil der Menschen, die nicht an die Existenz des menschengemachten Klimawandels glauben oder jedenfalls keinen besonderen Handlungsbedarf sehen, stieg im neuen Jahrtausend und ermöglichte der republikanischen Regierung von Präsident Trump, das Pariser Klimaschutz-Abkommen zu verlassen. In Deutschland und Europa stellt sich die Lage anders dar. Die Verpflichtung aus den globalen Klimaverträgen steht und wurde 2019 in der Europäischen Union mit der Entscheidung für „net zero" bei CO2-Emissionen bis 2050 verschärft – ein Green Deal, der unlängst von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bestätigt wurde. Gleichwohl mobilisieren auch in Deutschland und den übrigen EU-Mitgliedsländern zahlreiche Think Tanks gegen die Klimapolitik. Die öffentliche Zustimmung zur Klimapolitik ist groß, doch auch deutsche Kritiker:innen verfolgen eine radikale Strategie der Polarisierung.

Der europaweit aktivste Think Tank der klimapolitischen Opposition hat sich in Jena etabliert. Seit 2007 ist das Europäische Institut für Klima & Energie aktiv – wobei es sich eher um eine digitale Plattform handelt als um ein Forschungsinstitut. Gegründet vom Verleger Holger Thuß teilt sich EIKE die Anschrift mit dem ebenfalls von Thuß gegründeten europäischen Ableger des amerikanischen Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT). Gemeinsam mit dem Berliner Institut für Unternehmerische Freiheit (IUF) organisiert EIKE jährlich eine Klimakonferenz, die Kritiker:innen der Klimaforschung und -politik einen exklusiven Raum bietet. Zu den Gästen gehören regelmäßig die Expert:innen des Heartland Institute, eines Think Tanks mit Sitz in Chicago, der weltweit als Speerspitze der Klimawandelleugner gelten kann. EIKE und IUF bieten damit in Deutschland und Europa ein Forum, durch das sich die Opposition zur Klimaforschung und -politik an die Öffentlichkeit wenden kann.

Die Verbindung bilden dabei weniger die deutschen Massenmedien. Seine Zielgruppen erreicht EIKE vielmehr über die sozialen Medien im Internet. Mit dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in die Parlamente seit 2015 erhielten die Experten von EIKE darüber hinaus auch Bühnen im Rahmen der parla-



Quelle: EIKE Blogposts 2009-2020, eigene Berechnung (© WZB).

mentarischen Arbeit. Der Vizepräsident von EIKE, Michael Limburg, ist AfD-Mitglied und ebenso wie weitere EIKE-Aktivisten stark an der klimapolitischen Arbeit der Partei beteiligt. Im Schulterschluss mit der zivilgesellschaftlichen Arbeit von EIKE hat sich die Haltung der AfD in den vergangenen Jahren radikalisiert. Die Partei positioniert sich in der Klimapolitik als Fundamentalopposition zur restlichen deutschen Parteienlandschaft. Mit Blick auf Meinungsumfragen zur Frage des Klimawandels und seiner Ursachen ist das wahltaktisch durchaus klug: Laut einer Umfrage von Ipsos Global Trends beträgt der Anteil derjenigen in Deutschland, die nicht der Auffassung sind, der Klimawandel sei von Menschen verursacht, immerhin 15 Prozent, weitere 8 Prozent sind sich nicht sicher. Im aktuellen Parteienspektrum wird dieser Personenkreis derzeit nur von der AfD angesprochen, ein Alleinstellungsmerkmal.

Worum aber geht es bei der Arbeit von EIKE im Einzelnen? Mit bis zu 300 Blogposts pro Jahr betreibt das meinungsstarke Institut einen lebendigen Blog. Im Vergleich zu anderen europäischen Think Tanks verzeichnet EIKE mit Abstand die meisten Publikationen (einen aktuellen Überblick bietet die Studie von Núria Almiron und Kolleg:innen). Im Blog lässt sich gut sehen, welche Themen wann wie wichtig werden. Die nebenstehende Grafik wertet die Themen der Artikel nach Schlüsselbegriffen aus.

Neben Attacken auf die Arbeiten des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change – der „Weltklimarat") und Kritik an den Weltklimakonferenzen hält die Kritik am Erneuerbare-Energien-Gesetz eine prominente Position. Häufig sind auch Attacken gegen führende Klimaforscher:innen und die Anführer:innen der Klimabewegung. Mit Naomi Seibt wurde gar versucht, der populären Vorreiterin der Klimajugendbewegung Fridays for Future, Greta Thunberg, eine eigene Ikone der selbst erklärten Klimarealist:innen entgegenzustellen. (Seibt hat etwa 100.000 Abonnent:innen auf YouTube. Zwar kommen ihre Videos damit bei weitem nicht auf die Aufrufzahlen von Beiträgen von Greta Thunberg, aber in den USA wurde Seibt bereits von großen News Channels als kritische Stimme der anderen Seite präsentiert.) Neben der Bedeutung der Arbeit dieser klimapolitischen Opposition für Bereiche der Öffentlichkeit in Deutschland und Europa kommt ihr auch eine internationale Bedeutung zu – insbesondere in den USA.

Im Blick auf Deutschland ist zu beobachten, dass das Institut auch Einfluss auf sehr konkrete politische Projekte zu nehmen versucht. In der Diskussion über die Energiewende wurden im vergangenen Jahrzehnt die Stimmen lauter, die den ökonomischen Nutzen des Ausbaus der erneuerbaren Energien infrage stellen. Genauer zu untersuchen wäre, welchen Erfolg die Mobilisierung des Instituts gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und speziell die Einspeisevergütung hatte. Offensichtlich gibt es wahltaktische Gründe, die Polarisierung in Klimafragen voranzutreiben. Darüber hinaus liegen aber auch spezifische Interessen vor, die von einer Abschwächung oder Veränderung der umwelt- und klimapolitischen Agenda profitieren können. Bei EIKE kommen sie zu Wort, tragen Kritik am Atomausstieg, an Windkraft und Vorschriften zur Gebäudedämmung vor. Obwohl die radikale Opposition gegen die Klimapolitik in Deutschland im parteipolitischen Spektrum weitgehend auf die AfD beschränkt bleibt, hat sich der Beitrag von EIKE zur Mobilisierung auch hierzulande gelohnt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien stagniert mittlerweile. Noch wichtiger sind möglicherweise die Beiträge zur internationalen Diskussion. Die Expert:innen von EIKE dürften sich darüber freuen, dass die Atomkraft im Rahmen der Europäischen Union möglicherweise doch als grüne Investition durchgeht. Wer die Arbeit des Instituts finanziert, ist im Übrigen nicht bekannt: In Deutschland wie in vielen anderen Ländern der EU müssen als gemeinnützig anerkannte Organisationen ihre Geldgeber nicht offenlegen. Daher kann über die wahrscheinliche Verquickung von Interessen und Ideen bislang nur spekuliert werden. Mit dem Lobbyregister wurde in Deutschland unlängst ein Schritt zu mehr politischer Transparenz getan. Bei vielen Think Tanks bleibt das politische Engagement von Interessengruppen aber nach wie vor im Dunkeln.

Dieter Plehwe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung. Er befasst sich vor allem mit Neoliberalismus, politischer Ökonomie und der Entwicklung des transnationalen Kapitalismus in seinen Varianten. *[Foto: David Ausserhofer]*

dieter.plehwe@wzb.eu

Literatur

Almiron, Núria/Boykoff, Maxwell/Narberhaus, Marta/Heras, Francisco: „Dominant Counter–Frames in Influential Climate Contrarian European Think Tanks". In: Climate Change, 2020, Jg. 162, S. 2003–2020. Online: https://doi.org/10.1007/s10584–020–02820–4. (Stand 06.05.2021).

Gobal Trends 2020, Climate Antagonism: https://www.ipsosglobaltrends.com/2020/02/climate–antagonism/ (Stand 06.05.2021)

Howlett, Michael: „Dealing with the Dark Side of Policy–Making: Managing Behavioural Risk and Volatility in Policy Designs". In: Journal of Comparative Policy Analysis, 2020, Jg. 22, H. 6, S. 612–625. DOI: 10.1080/13876988.2020.1788942.

Plehwe, Dieter: „Think Tanks and the Politics of Climate Change". In: Don Abelson/J. Rastrick (Hg.): Handbook on Think Tanks in Public Policy. London: Edward Elgar 2021, 150–166.

Think Tank Networks, Blog Posts: http://thinktanknetworkresearch.net/blog_ttni_en/blog/ (Stand 06.05.2021)

Rationalität und Populismus Die Rolle der Wissenschaften in der Pandemie

Heiko Giebler, Constanza Sanhueza Petrarca und Bernhard Weßels

Summary: The Corona pandemic is not only a health risk. It is also a catalyst for conflicts that challenge the foundations of our societies. A considerable part of the population in many European countries rejects science as a basis for political decision-making. This polarises societies - especially as the mobilisation potential for such views is unevenly distributed among supporters of different parties. To prevent the increase of conflicts, it is necessary to work on a common understanding of the role of science.

Kurz gefasst: Die Corona-Pandemie stellt nicht nur ein Gesundheitsrisiko dar. Sie ist auch ein Katalysator für Konflikte, die Grundlagen unserer Gesellschaften infrage zu stellen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in vielen europäischen Ländern lehnt Wissenschaft als Grundlage politischer Entscheidungen ab. Das polarisiert die Gesellschaften – zumal das Mobilisierungspotenzial für derartige Ansichten sich unter den Anhänger:innen verschiedener Parteien ungleich verteilt. Um die Zunahme von Konflikten zu verhindern, ist es notwendig, an einem gemeinsamen Verständnis der Rolle der Wissenschaft zu arbeiten.

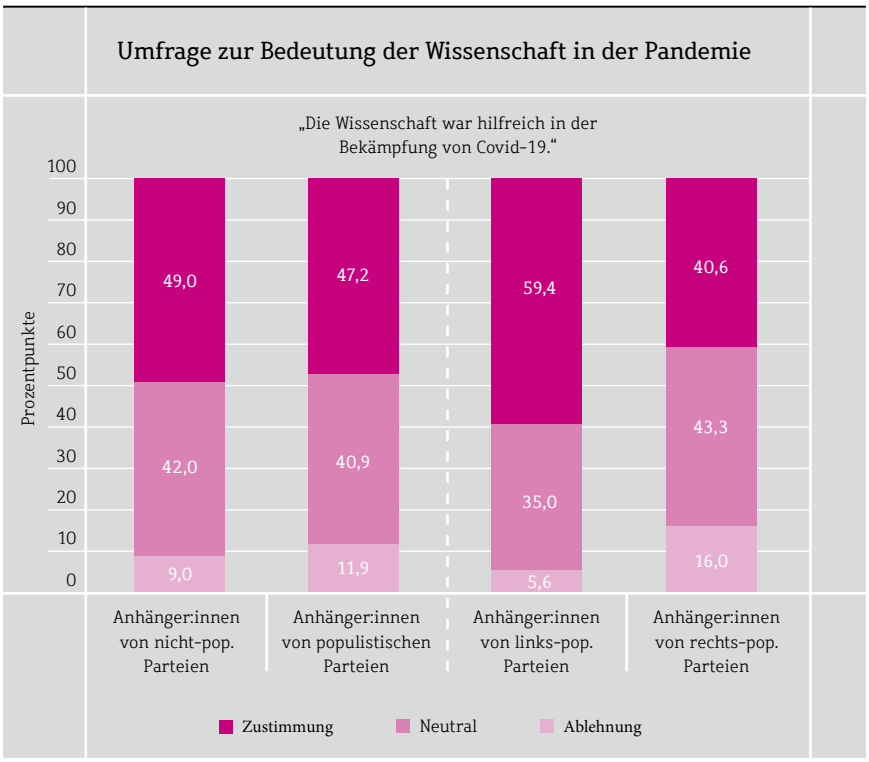
Mit dem Ziel, die Pandemie einzudämmen und ihre negativen Auswirkungen zu verringern, haben Regierungen auf der ganzen Welt weitreichende und sehr umfassende Maßnahmen ergriffen. Viele dieser Maßnahmen schränken die bürgerlichen Freiheiten stark ein oder setzen sie sogar außer Kraft – wie etwa Versammlungs- oder Beherbergungsverbote, die Schließung kultureller und sportlicher Einrichtungen oder nächtliche Ausgangssperren. Wie die meisten Regierungsentscheidungen wurden auch diese nicht von allen Bürger:innen einhellig begrüßt. Kritik richtete sich jedoch nicht nur gegen die konkrete Ausgestaltung der Regierungsstrategien zur Eindämmung des Virus, indem beispielsweise infrage gestellt wurde, ob Schulen geschlossen werden sollten oder ob die Reproduktionswerte des Virus anstatt der Inzidenzwerte als Schwellen für die Umsetzung zusätzlicher Einschränkungen herangezogen werden sollten. Vielmehr wurden nicht zuletzt in Deutschland sowohl der Prozess, der zu den politischen Entscheidungen führte, als auch deren Grundlagen kritisiert und teilweise sogar komplett abgelehnt. Die Kritik am Prozess ist eine recht alte Debatte über die Rolle von Parlamenten oder Gerichten im Ausnahmezustand. Mit der Corona-Krise ist jedoch ein anderer und möglicherweise stärker herausfordernder Konflikt noch sichtbarer geworden: die in Teilen der Bevölkerung bestehende Ablehnung der Rolle der Wissenschaft als Grundlage für (politische) Entscheidungen.

Ähnlich wie bei der Debatte um die Klimakrise betrachten bestimmte gesellschaftliche Gruppen und politische Akteure die Expertise von Wissenschaftler:innen als irrelevant oder voreingenommen. Folglich werden politische Entscheidungen von vornherein abgelehnt, weil sie auf wissenschaftlichen Begründungen beruhen. Der eigentliche Inhalt der Eindämmungsmaßnahmen wird dann gar nicht mehr wahrgenommen, weil etwa ohnehin nicht geglaubt wird, dass das Virus tödlich sein oder sich schnell durch die Luft verbreiten kann.

Was bedeutet das für die Politik und den öffentlichen Diskurs? Grundsätzlich gilt: Da es keine Einigkeit über die Rolle der Wissenschaft gibt, liegt den Auseinandersetzungen in solchen politischen Debatten keine gemeinsame Logik und keine gemeinsame Sprache zugrunde. Ein konstruktiver Austausch ist so nahezu unmöglich. Die Polarisierung wird nicht nur in Bezug auf die inhaltlichen Präferenzen deutlich (also in der Frage, was gegen das Problem getan werden kann), sondern auf einer viel grundsätzlicheren Ebene (also bezogen auf die Frage, ob das Problem überhaupt existiert). In gewisser Weise ähnelt die Struktur dieses Konflikts dem, was wir über religiöse Konflikte wissen. Doch während bei religiösen Konflikten unterschiedliche Glaubensüberzeugungen aufeinandertreffen, besteht hier Uneinigkeit über den Wert von Rationalität und der wissenschaftlichen Methode.

Schaut man sich die zentralen Akteure und Gruppen, die Wissenschaft und wissenschaftliche Erkenntnisse ablehnen, genauer an, so scheint es, dass populistische Parteien und Gruppen sowie deren Anhänger:innen eine große Rolle bei der Verbreitung einer wissenschaftskritischen, wenn nicht sogar wissenschaftsfeindlichen Meinung spielen. Wie die Forschung zu sozialen Bewegungen zeigt, haben (politische) Strömungen, die sich auf bereits bestehende Strukturen wie Netzwerke und Organisationen stützen können, eine höhere Chance, wichtige gesellschaftliche Akteure zu werden. Da die Ablehnung von Wissenschaft als Grundlage politischer Entscheidungen mit der Unterstützung bestimmter Parteien und Parteifamilien verbunden scheint, kann also die resultierende Polarisierung schon in normalen Zeiten, aber insbesondere in Zeiten schwerer Krisen,

sehr folgenreich werden. Je besser organisiert, desto besser können solche Gruppen das Thema politisieren. Wenn sich also belegen ließe, dass die Wertschätzung der Wissenschaft bei Anhänger:innen verschiedener Parteien verschieden ausgeprägt ist, gäbe dies Anlass zur Besorgnis. Denn die gesellschaftliche Polarisierung und potenzielle Spaltung würde durch die Anbindung an bestehende, bereits zu einem gewissen Maß polarisierte Strukturen verschärft.



Anmerkung: Die Zustimmung zu dieser Aussage wurde auf einer 7er-Skala gemessen (1-2 = Ablehnung; 3-5 = neutral; 6-7 = Zustimmung). | Quelle: Projekt Solikris (GESIS/Universität Heidelberg/WZB).

Für eine empirische Analyse nutzten wir Daten aus einer Bevölkerungsumfrage in 11 europäischen Ländern (Österreich, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Niederlande, Polen, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich). Die Daten wurden im Spätherbst 2020 im Rahmen des Projekts „Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa" (Solikris) erhoben, bei dem das WZB mit dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften GESIS und der Universität Heidelberg zusammenarbeitet und das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird.

Die Analysen zeigen, dass sich Anhänger:innen von populistischen und nicht populistischen Parteien in ihrer Bewertung der Wissenschaft nicht stark unterscheiden; Anhänger:innen von populistischen Parteien sind nur etwas skeptischer gegenüber der Wissenschaft. Dies gilt allerdings nur für den Durchschnitt aller populistischen Anhänger:innen. Sobald wir zwischen links- und rechtspopulistischen Parteien differenzieren, ergibt sich ein deutlich dramatischerer Kontrast: Im Durchschnitt stimmen Anhänger:innen linkspopulistischer Parteien der Aussage, dass die Wissenschaft bei der Bekämpfung der Pandemie hilfreich war, sogar stärker zu als Anhänger:innen nicht populistischer Parteien. 59 Prozent der Anhänger:innen linkspopulistischer Parteien sind eher starke Befürworter der Rolle der Wissenschaft bei der Bekämpfung der Pandemie. Die Anhänger:innen rechtspopulistischer Parteien bewerten die Rolle der Wissenschaft deutlich schlechter. Nur etwa 41 Prozent sehen die Wissenschaft als hilfreich bei der Pandemiebekämpfung an. Demgegenüber nehmen weniger als 6 Prozent der Anhänger:innen von linkspopulistischen Parteien eine sehr kritische Position gegenüber der Wissenschaft ein, verglichen mit 16 Prozent im rechten Lager.

Beunruhigend ist, dass wir ähnliche Muster finden, wenn allgemeiner und jenseits des Corona-Kontextes nach der Rolle wissenschaftlichen Wissens für poli-

Heiko Giebler ist Leiter einer Nachwuchsgruppe im Rahmen des Exzellenzclusters „SCRIPTS" an der Freien Universität Berlin. Er ist zudem Gastwissenschaftler am WZB und leitet dort u.a. das Forschungsprojekt „Solikris", in dessen Rahmen auch die hier genutzten Daten erhoben wurden. *[Foto: David Ausserhofer]*

heiko.giebler@wzb.eu

Constanza Sanhueza Petrarca ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Solikris-Teilprojekt „Politische Legitimität in Krisenzeiten" in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zudem ist sie mit der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und dem Varieties of Democracy Institut (V-DEM) an der Universität Göteborg assoziiert. *[Foto: David Ausserhofer]*

constanza.sanhueza@wzb.eu

Bernhard Weßels ist Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

bernhard.wessels@wzb.eu

tische Entscheidungen gefragt wird. Dies unterstreicht die Gefahr, die in der unterschiedlichen Akzeptanz von Wissenschaft als Grundlage von Entscheidungen liegt. Es gibt hier eine Spaltung, die potenziell alle politisch diskutierten Themen betrifft – also auch zum Beispiel die Klimakrise.

Was könnten Erklärungen für die Unterschiede zwischen den Anhänger:innen unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung sein? Dass Populismus vorherrschend antielitäre Positionen vertritt, trägt ohne Zweifel zur Ablehnung von Wissenschaft (und Wissenschaftler:innen) bei. Wissenschaft verwendet eine Fachsprache, die nicht für alle zugänglich ist, der Zugang zum universitären Studium ist sozial selektiv, akademische Titel markieren eine Hierarchie. Wenn Regierungen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen rechtfertigen, wird ein solcher Zugang daher in Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden. Zweitens könnte die starke Skepsis gegenüber den traditionellen Medien eine Rolle spielen, da sie dazu führen kann, dass alternative Medien als Informationsquelle genutzt werden. Dort werden häufig Behauptungen verbreitet, denen es an wissenschaftlicher Evidenz fehlt. Schließlich überschneiden sich populistische Einstellungen mit dem Glauben an Verschwörungstheorien, die ihrerseits wissenschaftliche Begründungen ablehnen.

Unsere Ergebnisse zeigen allerdings auch, dass der Populismus allein nicht der entscheidende Faktor ist. Wäre es so, müssten wir ähnliche Bewertungen bei Anhänger:innen linkspopulistischer wie rechtspopulistischer Parteien sehen. Das ist nicht der Fall. Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde hat von der „dünnen", weil inhaltlich nicht gefüllten Ideologie des Populismus gesprochen. Erst in der Kombination von populistischen Einstellungen und der „dicken" Ideologie des Nationalismus, der Fremdenfeindlichkeit und des starken Traditionalismus, also in der Kombination mit rechter Ideologie, tritt die wissenschaftskritische Positionierung des Populismus zutage.

Dieser Zusammenhang muss uns beschäftigen und auch beunruhigen. Rechtspopulistische Parteien sind in den europäischen Ländern nicht nur viel häufiger, sondern auch viel erfolgreicher als ihre linken Pendants. Vergleicht man die Aussagen von Anhänger:innen rechtspopulistischer Parteien mit denen nicht populistischer Parteien auf der rechten Seite (zum Beispiel solcher, die der Familie der konservativen oder christdemokratischen Parteien angehören), so ist die Zustimmung zur Bedeutung der Wissenschaft bei letztgenannten sehr viel höher. Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen nicht populistischen und populistischen Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Zwar teilen beide Gruppen viele Positionen grundsätzlich, aber die nicht populistischen Parteien sind oftmals moderater in ihrer Position. Dies gilt auch für ihre Anhängerschaft. Parteien auf der stärker extremen rechten Seite sind in der Mehrzahl auch populistisch. Daher ist eine „Entflechtung" des Effekts von Populismus und rechten Einstellungen nicht nur schwierig, sondern bedarf auch weitergehender Analysen. Die „Alternative für Deutschland" ist jedoch ein gutes Beispiel dafür, dass rechtspopulistische Parteien in ihren jeweiligen Parteiensystemen sehr oft einzigartige und auch teilweise ausgegrenzte Positionen besetzen. Häufig ziehen sie Anhänger:innen an, die sich von den übrigen Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen. Es wäre also keine Überraschung, wenn weitere Analysen zeigen würden, dass es tatsächlich die spezifische Kombination von Populismus und rechten Einstellungen ist, die zu einer viel stärkeren Skepsis gegenüber der Wissenschaft führt und damit als zusätzlicher Treiber der Polarisierung in zeitgenössischen Demokratien wirkt. Die große – und schwierige – Aufgabe wäre es dann, gegen diese Polarisierung anzugehen und Brücken zu bauen, die einen produktiven Diskurs zwischen allen Bürger:innen und Gruppen zu zentralen Fragen ermöglichen würden.

Literatur

Grande, Edgar/Hutter, Sven/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper ZZ 2021-601. Berlin: WZB 2021.

Katsanidou, A./Giebler, H./Tosun, J./Reinl, A.-K./Pötzschke, S./Eder, C./Heinzmann, B./Weßels, B./Horvath, S./Huth, N./Parth, A.-M./Sanhueza Petrarca, C./Weiß, J.: Everyday Life in Germany and Europe 2020 (Solikris). GESIS Datenarchiv (im Erscheinen).

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal: Populismus: Eine sehr kurze Einführung. Bonn: Dietz-Verlag 2019.

Rooduijn, Matthijs/Van Kessel, S./Froio, Caterina/Pirro, Andrea/De Lange, S./Halikiopoulou, Daphne/Lewis, Paul/Mudde, Cas/Taggart, P.: The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe. 2019. Online: www.popu-list.org (Stand 05.05.2021).

Machtlos, hilflos – überzeugt Extreme Einstellungen als Reaktion auf Kontrollverlust

Magdalena Hirsch

Summary: Humans have a fundamental need for control and self-efficacy. Loss of control triggers so-called compensatory strategies, such as strengthened political convictions. An experiment demonstrates this reaction for attitudes toward AfD politicians. Respondents who experience a loss of control tend to have more extreme attitudes than respondents who do not experience a loss of control.

Kurz gefasst: Menschen haben ein Bedürfnis nach Kontrolle und Selbstwirksamkeit. Wenn dieses Bedürfnis nicht gestillt ist, wenden sie sogenannte Kompensationsstrategien an. Eine Reaktion auf Kontrollverlust sind verstärkte politische Überzeugungen. Ein Experiment verdeutlicht diese Reaktion anhand der Einstellungen gegenüber AfD-Politiker:innen. Befragte, die Kontrollverlust erleben, tendieren zu extremeren Einstellungen als Befragte, die keinen Kontrollverlust erleben.

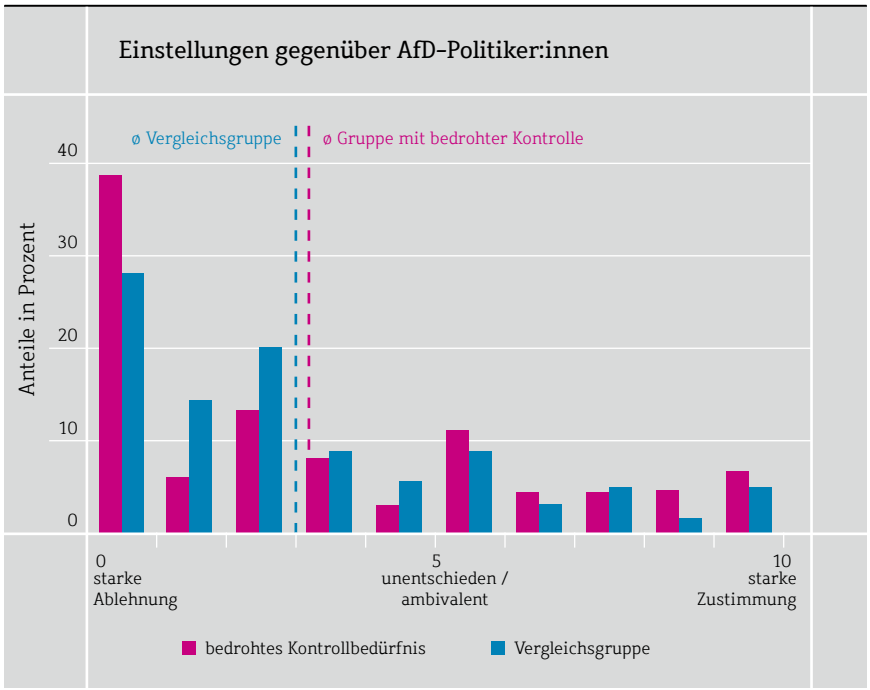
Menschen haben ein fundamentales Bedürfnis nach Kontrolle und Selbstwirksamkeit. Wir möchten unser Leben selbst in der Hand haben und über unsere Erfahrungen eigenständig bestimmen. Unverhoffte Ereignisse wie Unfälle, Jobverlust oder Naturkatastrophen können dieses Bild vom eigenständigen Selbst stören und Gefühle von Macht- und Hilflosigkeit hervorrufen. Menschen wenden daher verschiedene Strategien an, um den Verlust von persönlicher Kontrolle auszugleichen und dem Gefühl des willkürlichen Ausgeliefertseins etwas entgegenzusetzen. Solche Kompensationsstrategien sind zum Beispiel der Glaube an Verschwörungsmythen oder die Suche nach Schuldigen, seien es wirtschaftliche und politische Eliten oder Migrant:innen und andere Gruppen mit niedrigem sozialem Status. Indem gewissen Akteur:innen Macht und Handlungsfähigkeit zugeschrieben wird, wird das Bild einer geordneten, erklärbaren Welt wieder geradegerückt. In meiner Arbeit untersuche ich eine weitere Kompensationsstrategie. Ich gehe der Frage nach, inwiefern Kontrollverlust dazu führt, dass Menschen extreme Einstellungen äußern. Diese sozialpsychologische Perspektive könnte einen weiteren Erklärungsansatz für polarisierte Einstellungen bieten.

Warum sollte Kontrollverlust zu extremen Einstellungen führen? Bisherige Forschung hat wiederholt gezeigt, dass Menschen ihre Weltsichten und Überzeugungen vehementer vertreten, wenn sie sich ihrer Sterblichkeit bewusst sind. Neuere Studien führen diese Beobachtungen auf Kontrollverlust zurück. Der Sozialpsychologe Immo Fritsche und Kolleg:innen konnten beispielsweise durch Experimente zeigen, dass die Effekte durch Gedanken an einen unerwarteten Tod hervorgerufen werden, nicht aber durch Gedanken an einen selbstbestimmten Tod (Suizid). Die Forschungsarbeit zeigt also, dass Kontrollverlust zu stärkeren Überzeugungen führt; weitgehend unbeleuchtet bleibt jedoch der zugrunde liegende Prozess. Hier bietet die Theorie der sozialen Identität einen interessanten Erklärungsansatz. Kulturelle Weltsichten und politische Überzeugungen sind oft auch Ausdruck einer Gruppenzugehörigkeit. Vermutlich lassen sich sehr viele Einstellungen durch Zugehörigkeitsgefühle erklären, sei es die Befürwortung der sonntäglichen Ruhe durch die Identifizierung mit Deutschen oder die Präferenz für Hafermilch durch die Identifizierung mit Soziologie-Studierenden. Indem Menschen den vorherrschenden Überzeugungen ihrer jeweiligen Bezugsgruppe folgen, stärken sie das Gefühl von Zusammengehörigkeit, Einigkeit und kollektiver Wirksamkeit. Demnach kann Kontrollverlust dadurch kompensiert werden, dass Menschen sich als Teil einer wirksamen, eng verbundenen Gruppe fühlen. An die Stelle von persönlicher Kontrolle tritt somit die sogenannte gruppenbasierte Kontrolle.

In meiner Arbeit führe ich diese Überlegungen zur gruppenbasierten Kontrolle einen Schritt weiter und argumentiere, dass bei Kontrollverlust insbesondere umstrittene Weltsichten und Überzeugungen verteidigt werden. Stark polarisierende Themen wie Einwanderungspolitik, gendergerechte Sprache oder die Rolle der rechtspopulistischen Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) können aufgrund ihrer klaren Konfliktlinien identitätsstiftend sein. Wo Menschen sich stark von politisch Andersdenkenden abgrenzen, fühlen sie sich mit Gleichgesinnten eng verbunden. Antagonistische Gruppenkonflikte erzeugen jedoch nicht nur Zugehörigkeitsgefühle, sondern sorgen auch dafür, dass durch Bekenntnisse zu den eigenen Überzeugungen Wirksamkeit erlebt wird: Menschen

gewinnen den Eindruck, dass sie den Konflikt beeinflussen können, indem sie sich in die Gruppe einfügen und Geschlossenheit und Entschiedenheit demonstrieren. Ein weiterer Ausdruck von gruppenbasierter Kontrolle sind Verweise auf numerische Überlegenheit, wie zum Beispiel rechte Bezüge auf die „schweigende Mehrheit“ oder die linken Gegenreaktionen unter dem Motto „Wir sind mehr“ auf die rassistischen Übergriffe in Chemnitz 2018. Meine Vermutung ist daher, dass Kontrollverlust Polarisierung befeuert. Insbesondere bei umstrittenen Themen sollte ein Mangel an persönlicher Kontrolle dazu führen, dass Menschen ihre Überzeugungen mit mehr Nachdruck äußern.

Diese These lässt sich anhand eines Online-Experiments überprüfen, das ich im Frühjahr 2019 durchgeführt habe. 260 Personen im Alter von 19 bis 75 Jahren wurden eingeladen, an einer Online-Befragung teilzunehmen. Bei der Hälfte der Befragten wurde die Erfahrung von Kontrollverlust simuliert. Diese Befragten wurden angeregt, an bestimmte Bereiche in ihrem Leben zu denken, in denen Menschen üblicherweise wenig Kontrolle haben (z. B. Wirtschaftskrisen, Unfälle, Krankheit). Die andere Hälfte der Befragten erlebte keinen Kontrollverlust. Diese Befragten wurden angeleitet, an bestimmte Bereiche in ihrem Leben zu denken, in denen Menschen üblicherweise viel Kontrolle haben (z. B. Kleidungsstil, Freizeitgestaltung). Die grundlegende Annahme ist, dass das Bedürfnis nach Kontrolle in der ersten Gruppe bedroht ist, wohingegen dieses Bedürfnis in der Vergleichsgruppe gestillt wird. Anschließend wurden die Befragten nach ihrer Haltung zu AfD-Politiker:innen befragt. Zum Zeitpunkt der Befragung war die Rolle der Alternative für Deutschland (AfD) für die deutsche Demokratie ein öffentlich kontrovers diskutiertes Thema, da der Verfassungsschutz die Partei im Januar 2019 erstmals zum Prüffall erklärt hatte. Es ist daher davon auszugehen, dass die Befragten dazu starke Meinungen haben. Die Befragten sollten angeben, inwiefern sie Aussagen wie „AfD-Abgeordnete leisten gute Arbeit im Bundestag“ oder „AfD-Abgeordnete sind eine Bedrohung für die deutsche Gesellschaft” zustimmen oder ablehnen. Für die statistische Auswertung wurden die verschiedenen Aussagen zu einem durchschnittlichen Einstellungswert zusammengefasst. Auf einer Skala von 0 bis 10 spiegeln niedrige Werte eine ablehnende (negative) Einstellung gegenüber AfD-Abgeordneten wider, hohe Werte hingegen eine zustimmende (positive) Einstellung.



Quelle: © WZB

Die Abbildung zeigt die Verteilung der Zustimmungswerte jeweils getrennt für die Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis (magenta) und für die Vergleichsgruppe (blau). Die Befragten werden anhand ihrer Einstellung zur AfD bestimmten Intervallen (Balken) zugeteilt. Die Höhe der Balken zeigt an, wie groß der

Anteil der Befragten mit den Einstellungen in dem jeweiligen Intervall ist. Beispielsweise haben in der Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis etwas mehr als 10 Prozent der Befragten eine Einstellung zwischen 5 und 5,9; also eine unentschiedene oder ambivalente Einstellung zu AfD-Abgeordneten. Bei der Vergleichsgruppe liegt der Anteil der Befragten mit dieser Einstellung knapp unter 10 Prozent.

Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Befragten den AfD-Politiker:innen generell sehr kritisch gegenüberstehen, und zwar unabhängig davon, ob ihr Kontrollbedürfnis bedroht ist oder nicht. Durchschnittlich liegen die Einstellungen weit unter dem Skalenmittelpunkt von 5; und zwar bei 3,2 in der Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis und bei 3,0 in der Vergleichsgruppe. Allerdings zeigt sich auch, dass in der Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis Einstellungen weiter auseinanderdriften und extreme Haltungen häufiger vorkommen als in der Vergleichsgruppe. Diese Tendenz ins Extreme lässt sich in beide Richtungen beobachten: In der Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis häufen sich sowohl starke Ablehnung der AfD als auch starke Zustimmung zur AfD. Die Einstellungen in der Vergleichsgruppe hingegen liegen näher am Mittelwert. In der Vergleichsgruppe gab knapp die Hälfte der Befragten Werte an, die weniger als 2 Skalenpunkte unter oder über dem Mittelwert liegen, in der Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis sind es nur 34 Prozent. Im Schnitt weichen die Befragten in der Gruppe mit bedrohtem Kontrollbedürfnis also stärker vom Mittelwert ab als in der Vergleichsgruppe.

Zusammenfassend bestätigt das Experiment die These, dass Kontrollverlust Polarisierung befeuern kann. Diese Beobachtung deckt sich mit anderen Forschungsergebnissen und verdeutlicht einmal mehr, dass Meinungsäußerungen nicht allein das Produkt von rationalen Überlegungen sind. Stattdessen sind unsere Weltanschauungen und Einstellungen auch maßgeblich von ungestillten Bedürfnissen nach Kontrolle oder Zugehörigkeit beeinflusst. Diese Bedürfnisse entstehen insbesondere in schwierigen und bedrohlichen Situationen, seien es widrige Lebensumstände oder gesellschaftliche Krisen. So lässt sich auch ein Bogen zur aktuellen Corona-Krise schlagen. In einer weiteren Forschungsarbeit untersuche ich, inwiefern die Wahrnehmung von gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedrohungen durch die Corona-Krise Kontrollverlust hervorruft und wie Kontrollverlust wiederum mit der Festsetzung von Sündenböcken zusammenhängt. Meine Vermutung ist, dass insbesondere Menschen, die sich stark bedroht und hilflos fühlen, dazu neigen, Eliten oder ethnische Minderheiten für die Krise zu beschuldigen. Dagegen dürften weniger bedrohte Menschen leichter damit zurechtkommen, dass die Pandemie eine komplexe Krise ist, die viele Ursachen hat.

Magdalena Hirsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung. In ihrer Dissertation untersucht sie, wie autoritäre und populistische Einstellungen durch gesellschaftliche Krisen und daraus resultierenden Kontrollverlust hervorgerufen werden.
[Foto: Simon Polster]

magdalena.hirsch@wzb.eu

Literatur

Fritsche, Immo/Jonas, Eva/Fankhänel, Thomas: „The Role of Control Motivation in Mortality Salience Effects on Ingroup Support and Defense". In: Journal of Personality and Social Psychology, 2008, Jg. 95, H. 3, S. 524–541. DOI: 10.1037/a0012666.

Hogg, Michael A./Smith, Joanne R.: „Attitudes in Social Context: A Social Identity Perspective". In: European Review of Social Psychology, 2007, Jg. 18, H. 1, S. 89–131. DOI: 10.1080/10463280701592070.

Landau, Mark J./Kay, Aaron C./Whitson, Jennifer A.: „Compensatory Control and the Appeal of a Structured World". In: Psychological Bulletin, 2015, Jg. 14, H. 3, S. 694–722. DOI: 10.1037/a0038703.

Stollberg, Janine/Fritsche, Immo/Barth, Markus/Jugert, Philipp: „Extending Control Perceptions to the Social Self: Ingroups Serve the Restoration of Control". In: Marcin Bukowski/Immo Fritsche/Ana Guinote/Miroslaw Kofta (Hg.): Coping with Lack of Control in a Social World. London: Routledge 2017, S. 133–150.

Nachgefragt bei Macartan Humphreys
Was erhöht die Impfbereitschaft?

Sie haben gemeinsam mit Kolleg*innen der Humboldt-Universität zu Berlin drei Strategien für Deutschland untersucht. Welche? Wir haben uns die Wirkung für drei Instrumente angeschaut: die Rückgabe von Freiheiten für Geimpfte, finanzielle Anreize und die Impfungen bei Hausärzten. Befragt wurden 20.500 Menschen zwischen 18 und 75 Jahren. **Wie lautet das Ergebnis?** Alle drei Strategien können die Impfbereitschaft in der Bevölkerung erhöhen. Und sie führen interessanterweise dazu, dass die sozialen Unterschiede zwischen Impfbefürwortern und -skeptikern, die zunächst sehr ausgeprägt sind, kleiner werden. **Konnten Sie Impfgegner*innen überzeugen?** Kaum. **Wen dann?** Besonders gut funktionieren die Strategien für die Gruppe der Unentschlossenen, die in unserer Umfrage immerhin 17 Prozent ausmacht. Hier kann jede einzelne Strategie die Impfbereitschaft um etwa fünf Prozentpunkte erhöhen, in Kombination sogar um bis zu 13 Prozentpunkte. **Welche Rolle spielt das Alter der Befragten?** Die Impfbereitschaft von älteren Befragten lässt sich vor allem durch das Impfen beim Hausarzt steigern. Bei jüngeren Befragten macht vor allem die Aussicht auf die Rückgabe von Freiheiten einen Unterschied. **Funktioniert ein finanzieller Anreiz?** Ja, aber nur, wenn der Betrag ausreichend hoch ist. 25 Euro sind den Leuten zu wenig, 50 Euro wirken. **Sind die Befunde übertragbar auf andere Länder?** Wahrscheinlich, denn weder die Interventionen noch die Gründe für das Impfzögern sind ja etwas spezifisch Deutsches. Hinweise aus anderen Ländern deuten darauf hin, dass vor allem finanzielle Anreize einen Unterschied machen können. **Forschen Sie weiter zu der Frage?** Ja. Ein weiteres Thema wird die internationale Impfsolidarität sein. Wir wollen herausfinden, welche Faktoren die Unterstützung für Impfprogramme für andere Länder erhöhen.

Macartan Humphreys ist am WZB Direktor der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit und Professor für Politikwissenschaft an der Columbia University in New York, USA.

Die Fragen stellte Claudia Roth.

Zur Studie: wzb.eu/impfstudie

[Foto: Jacobia Dahm]

Unterschiedlich prekär Die sozialen Sicherungssysteme prägen die Plattformarbeit in Deutschland und den USA

Martin Krzywdzinski und Christine Gerber

Summary: A German-American comparison shows clear differences in the use of crowdwork (as a secondary or main source of income) and in the precarity of this form of employment, which are related to the differences in labor market regulation and social security systems.

Kurz gefasst: Im deutsch-amerikanischen Vergleich zeigen sich deutliche Unterschiede in der Nutzung von Crowdwork (als Nebentätigkeit oder Haupteinkommensquelle) und in der Prekarität dieser Beschäftigungsform, die mit den Unterschieden bei der Arbeitsmarktregulierung und den sozialen Sicherungssystemen zusammenhängen.

In den letzten Jahren wurde in Politik und Medien immer wieder kritisiert, dass die Plattformarbeit, also die „on-demand"-Vermittlung von formal selbstständigen Arbeitskräften über internetbasierte Plattformen, mit ihrer fehlenden sozialen Absicherung die Ungleichheiten im Arbeitsmarkt verschärfe. Auch in der Forschung dominiert das Bild der Plattformarbeit als ein globales Modell, das losgelöst von nationalen Regulierungen existiert.

Im Unterschied dazu sehen wir die Plattformarbeit sehr wohl als einen Bereich, der im Kräftefeld von institutionellen Arrangements wie Arbeitsmarktregulierung und wohlfahrtsstaatlicher Sicherung steht. In unserer Forschung überprüfen wir, inwieweit die Wohlfahrtsregime in Deutschland und den USA die Prekarität der Plattformarbeit beeinflussen. Zudem fragen wir nach der Rolle der Ungleichheitsdimensionen von Bildung und Geschlecht bei Plattformarbeiter*innen. Dabei interessieren uns die Ungleichheiten bezogen auf Einkommen und Arbeitsbelastungen ebenso wie die subjektive Wahrnehmung der Plattformarbeit.

Sicherlich hat es zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Regimen Deutschland und den USA eine gewisse Annäherung gegeben. In beiden Ländern wurden Ansprüche aus den Renten- und Arbeitslosenversicherungssystemen abgebaut, und in beiden Ländern nahm die Verbreitung prekärer Beschäftigungsformen zu. Nichtsdestotrotz gibt es strukturelle Unterschiede zwischen Deutschland und den USA. Die Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit (insbesondere bei Langzeitarbeitslosen) und Krankheit ist in Deutschland weiterhin deutlich besser als in den USA. Auch die Absicherung von Eltern während der Kindererziehungszeiten ist in Deutschland höher als in den USA. Zudem sind die Kosten der Kinderbetreuung in Deutschland geringer. In unserer Studie zeigen wir, dass sich diese Unterschiede auf die Rolle der Plattformarbeit auf den Arbeitsmärkten auswirken.

Unsere Analyse beruht auf Fallstudien von 15 Crowdwork-Plattformen in den USA und Deutschland sowie auf einer Onlinebefragung von über 1.000 Crowdworker*innen. Crowdwork-Plattformen sind Plattformen, die ortsunabhängige Tätigkeiten (z. B. Übersetzung, Design, Bearbeitung von Texten) vermitteln – im Unterschied zu ortsabhängigen Tätigkeiten wie zum Bespiel Transportdienstleistungen, Handwerk oder Pflegedienstleistungen. Trotz der Unterschiede zwischen ortsgebundenen und -ungebundenen Dienstleistungen sehen wir wesentliche Ähnlichkeiten, sodass wir die Prekarisierungswirkungen von Plattformarbeit am Beispiel der Crowdwork-Plattformen diskutieren können.

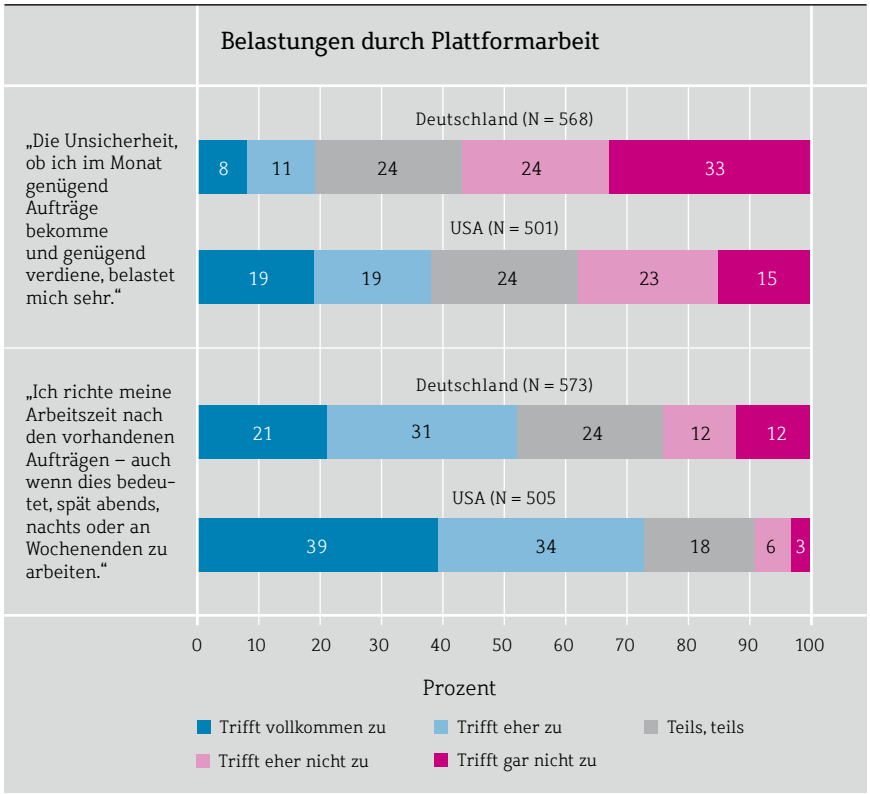
Im Hinblick auf Crowdwork-Plattformen ist es sinnvoll, Plattformen nach Aufgabeninhalten und Qualifikationsanforderungen zu unterscheiden: Mikroaufgaben können als routinemäßige Unterstützungsaufgaben definiert werden (z. B. Bildkategorisierung, Verifizierung von Lead-Daten, kurze Audiotranskriptionen) oder als Aufgaben, die kein spezifisches Wissen erfordern (z. B. Umfragen, kurze Produktbeschreibungen, Testen von Apps). Makroaufgaben hingegen sind komplex und erfordern ein hohes Maß an Kreativität sowie spezifisches, zum Teil professionelles Wissen (z. B. Designtätigkeiten, Softwareprogrammierung, Entwicklung von Produktkonzepten, wissenschaftliche Problemlösungen).

Welche Befunde zeigt unsere Befragung? Bereits im Hinblick auf die Zeit, die Crowdworker*innen für die Plattformarbeit aufwenden, zeigen sich klare Unterschiede zwischen Deutschland und den USA. In Deutschland arbeiten 65 Prozent der von uns Befragten auf ihren Plattformen maximal 10 Stunden pro Woche; Crowdwork stellt also für die Mehrheit eine Nebentätigkeit dar. In den USA arbeiten hingegen nur 40 Prozent der Befragten bis zu 10 Wochenstunden auf den Plattformen, aber 35 Prozent der Befragten mehr als 20 Stunden – bei Letzteren ist davon auszugehen, dass es sich bei der Plattformarbeit um ihre Haupterwerbsquelle handelt.

Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und den USA zeigen sich beim Blick auf die hauptsächlich ausgeübte Tätigkeit. Viele Befragte arbeiten nur im Nebenerwerb auf Plattformen und haben daneben eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, studieren oder sind auch jenseits der Plattformarbeit selbstständig. Dabei ist es sinnvoll, Crowdworker*innen auf Plattformen für Mikro- und auf Makroaufgaben getrennt zu betrachten. Auf Plattformen für Mikroaufgaben in beiden Ländern arbeitet die Mehrheit parallel zu einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis oder einem Studium. Die Mehrheit der Crowdworker*innen auf Plattformen für Makroaufgaben ist hingegen in beiden Ländern selbstständig.

Sowohl in Deutschland als auch den USA spiegeln sich allerdings in der hauptsächlich ausgeübten Tätigkeit die klassischen Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt wider. Parallel zur Crowdwork-Tätigkeit haben Männer viel häufiger eine Vollzeitzeitbeschäftigung als Frauen, während diese wiederum viel häufiger parallel zu einer Teilzeit- oder gar keiner anderen Beschäftigung auf Plattformen tätig sind.

Unterschiede gibt es zwischen Deutschland und den USA vor allem im Hinblick auf die Bildung. Das gilt erstens für den deutlich größeren Anteil der Crowdworker*innen in Deutschland, die diese Tätigkeit als Nebenverdienst während der Ausbildung oder des Studiums ausüben. Zweitens sind in Deutschland die Unterschiede im Hinblick auf die hauptsächlich ausgeübte Tätigkeit zwischen Crowdworker*innen mit und ohne Hochschulbildung relativ gering. In den USA zeigen sich hingegen große Unterschiede zwischen den Bildungsniveaus. Crowdworker*innen mit Hochschulbildung üben diese Tätigkeit viel häufiger parallel



©WZB / Krzywdzinski und Gerber 2020.

zu einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung aus. Crowdworker*innen ohne Hochschulbildung sind dagegen viel häufiger selbstständig oder haben neben der Plattformarbeit keine andere Beschäftigung.

Wie wichtig ist Plattformarbeit als Einkommensquelle? In Deutschland berichten nur 16 Prozent der befragten Crowdworker*innen, dass das Plattformeinkommen mehr als die Hälfte ihres Gesamteinkommens ausmacht. In den USA sind es knapp 33 Prozent.

Es zeigt sich zudem, dass die befragten US-amerikanischen Crowdworker*innen eine höhere Unsicherheit und auch eine stärkere Entgrenzung von Arbeitszeit erleben (siehe Grafik). Angesichts der größeren Bedeutung der Plattformeinkommen für sie ist das auch nicht überraschend.

Ist die Plattformarbeit ein globales Modell, das nationale und institutionelle Unterschiede verschwinden lässt? Sicherlich sprechen einige Argumente für eine solche Globalisierungsthese; schließlich operieren die Crowdwork-Plattformen über nationale Grenzen hinweg. Allerdings sind die Plattformen in unterschiedliche Modelle des Kapitalismus eingebettet, wie der Vergleich zwischen Deutschland und den USA zeigt.

Unsere Befunde bestätigen unsere Erwartung, dass sich mit der Stärke der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und den USA auch die Rolle von Crowdwork als Einkommensquelle verändert. In dem US-amerikanischen System, das von einer geringen sozialen Sicherung gekennzeichnet ist, bietet Crowdwork eine wichtige Einkommensmöglichkeit, wenn auf dem lokalen Arbeitsmarkt keine Alternativen verfügbar sind. Trotz ihrer besonderen Prekarität stellt Crowdwork daher in den USA häufiger die primäre Einkommensquelle. In Deutschland hingegen ist Crowdwork viel häufiger eine Nebentätigkeit. Dies lässt sich damit erklären, dass es in dem deutschen System, welches von einer relativ hohen sozialen Sicherung geprägt ist, weniger Anreize gibt, Crowdwork als Haupteinkommensquelle zu nutzen. Eine andere Erklärung könnte das starke Wachstum von Teilzeitstellen und geringfügiger Beschäftigung in Deutschland sein, das angesichts der niedrigen Einkommen in diesen Beschäftigungsformen den Bedarf an einem Zusatzeinkommen schafft. In beiden untersuchten Ländern sind Frauen und Crowdworker*innen ohne Hochschulbildung stärker von Einkommen aus Plattformarbeit abhängig als Männer und Akademiker*innen. Einerseits werden hiermit die klassischen Ungleichheiten reproduziert. Andererseits wird Crowdwork gerade von diesen strukturell benachteiligten Gruppen häufig als Chance wahrgenommen: Trotz der kritischen Arbeitsbedingungen bietet sich hier ein neuartiger Zugang zu Einkommen, der sie unabhängiger vom lokalen Arbeitsmarkt macht.

Damit stellt sich abschließend die Frage nach der politischen Mobilisierung für eine Regulierung der Plattformarbeit. Auch hier zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den USA und Deutschland. In den USA gab es in den letzten Jahren wiederholt Arbeitskämpfe und Sammelklagen, mit denen Plattformarbeiter*innen vor Gericht die Anerkennung als abhängig Beschäftigte mit den entsprechenden Schutzrechten einzuklagen versuchten – bislang mit gemischtem Erfolg. In Deutschland sind solche Arbeitskämpfe bislang Einzelfälle, und es hat auch bislang nur eine Klage vor Arbeitsgerichten gegeben, die übrigens bemerkenswerterweise vom Bundesarbeitsgericht im Sinne des klagenden Plattformarbeiters entschieden wurde – er muss als Beschäftigter angesehen werden.

Wir sind der Auffassung, dass diese Unterschiede in den Auseinandersetzungen um Plattformarbeit auch mit ihrer Rolle für den jeweiligen Arbeitsmarkt zusammenhängen. In den USA ist die Abhängigkeit der Plattformarbeiter*innen von den Einkommen aus der Plattformarbeit größer und damit auch die Bereitschaft, um die Anerkennung der eigenen Rechte zu kämpfen. Hinzu kommen allerdings auch Unterschiede der Rechtssysteme. Das amerikanische System fördert die Lösung solcher Konflikte über Sammelklagen, und die Schwäche der Gewerkschaften hat zu einer Verlagerung von Arbeitskonflikten in die Gerichtssäle geführt.

Martin Krzywdzinski ist Leiter der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion am WZB, Direktor am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft und Professor für Internationale Arbeitsbeziehungen an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Er ist Arbeitssoziologe und forscht über die Globalisierung und den technologischen Wandel in der Arbeitswelt. *(Foto: David Ausserhofer)*

martin.krzywdzinski@wzb.eu

Christine Gerber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Sie beschäftigt sich vorwiegend mit digitalem Kapitalismus, der Digitalisierung der Arbeit und mit Crowdwork, Wearables und Industrie 4.0. *(Foto: Martina Sander)*

christine.gerber@wzb.eu

In jedem Fall gehört die Regulierung von Plattformen in beiden untersuchten Ländern auf die politische Agenda. Nicht nur ist es grundsätzlich sinnvoll, über eine soziale Sicherung der Plattformarbeit nachzudenken, auch wenn diese häufig „nur" ein Nebeneinkommen darstellt. Vor allem bedarf es der Regulierung hinsichtlich der Macht- und Informationsasymmetrien im algorithmischen Management der Plattformen. Hierzu gehört auch die Sicherung von Mitspracherechten für die Plattformarbeiter*innen bei der Gestaltung der Regeln auf den Plattformen (etwa im Hinblick auf die Geschäftsbedingungen, die Leistungskontrolle, die Gestaltung von Rankingsystemen). Benötigt werden Informationspflichten der Plattformen sowie die Schaffung von Aufsichtsgremien unter Beteiligung der Arbeiter*innen. Das wird auch in den vor Kurzem veröffentlichten Eckpunkten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu „fairer Arbeit in der Plattformökonomie" deutlich. Es ist zu hoffen, dass die Arbeit an diesen Eckpunkten nach den Wahlen im kommenden Herbst fortgesetzt wird.

Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Kurzfassung der Eckpunkte. Faire Arbeit für solo–selbstständige Plattformtätige. 2020. Online: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Pressemitteilungen/2020/eckpunkte–faire–plattformarbeit–kurzfassung.pdf;jsessionid=34C1B38D7C5E0F2206C32EF7D9BC2D38.delivery1–replication?__blob=publicationFile&v=1 (Stand 17.05.2021).

Gerber, Christine/Krzywdzinski, Martin: „Brave New Digital Work? New Forms of Performance Control in Crowdwork". In: Research in the Sociology of Work, 2019, Jg. 33, H. 121–143.

Krzywdzinski, Martin/Gerber, Christine: Varieties of Platform Work. Platforms and Social Inequality in Germany and the United States. Weizenbaum Series 7. Berlin: Weizenbaum Institute for the Networked Society 2020.

Konferenzbericht

Energiewende als gesellschaftliches Projekt

Leslie Quitzow, Weert Canzler und Aischa Sophie Jansen

„Energy Futures – Emerging Pathways in an Uncertain World". Online-Konferenz des Leibniz-Forschungsverbunds Energiewende, 22. bis 26. Februar 2021, organisiert von Leslie Quitzow, Weert Canzler und Aischa Sophie Jansen (alle WZB).

Die Energiewende wird im deutschen und internationalen Diskurs immer noch stark als technischer Wandel diskutiert, obwohl sich die größten Herausforderungen vermutlich in den sozialen und politischen Fragen verbergen. Die „Energy Futures"-Konferenz, organisiert vom Leibniz-Forschungsverbund Energiewende, gab der sozialwissenschaftlichen Diskussion über die Energiewende eine internationale Bühne. In der Eröffnungs-Keynote ermutigte Benjamin Sovacool (Universität Sussex, Großbritannien) dazu, über die vermeintliche Langsamkeit vergangener großer Energie-Transformationen nicht die Schnelligkeit der vielen kleinen sozialen und technischen Transformationen zu übersehen, die diese möglich gemacht haben. Gleichwohl mahnte er, auch auf soziale Ungerechtigkeiten und Konflikte zu schauen, die mit Energie-Transformationen einhergehen.

Fragen zu Energie-Gerechtigkeit, demokratischer Energie-Governance und dem Umgang mit Energie-Konflikten standen dann auch im Zentrum der 11 Sessions, in denen mehr als 400 internationale Wissenschaftler:innen im Verlauf der fünf Konferenztage über Energiewenden diskutierten – situationsbedingt fand die gesamte Konferenz online statt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Frage, wie die Forschung konzeptionell und methodisch mit unterschiedlichen Energiezukünften umgeht, also zum Beispiel in der Arbeit mit Szenarien, Modellen, Narrativen oder Erwartungen. Besonderes Augenmerk wurde auf das Konzept der „socio-technical imaginaries" gelegt, das in der Energie-Forschungs-Community zunehmend Anwendung findet. Sheila Jasanoff (Universität Harvard, USA), eine der Begründer:innen des Imaginaries-Konzepts, verwies in ihrer Keynote auf die politischen Machtverhältnisse, die sich in Energiezukünften und ihren Bildern verbergen, und rief dazu auf, diese kritisch zu hinterfragen. Offen blieb jedoch, wie ein attraktives Bild einer postfossilen Energiezukunft aussehen könnte.

Wie also weiter in der Energiewende? Über konkrete Handlungsoptionen stritten führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaftsforschung in einer erfrischend anregenden Panel-Diskussion zur Klimapolitik nach Corona. Sie debattierten über die Gestaltung der Corona-Hilfspakete und deren Verknüpfung mit Klimaschutzauflagen sowie über die Erfolgsaussichten für die auf November 2021 verschobene 26. UN-Klimakonferenz. In ihrer Abschluss-Keynote zu Vergangenheit und Zukunft der Energiewende verband Kathrin Goldammer, Geschäftsführerin des Reiner Lemoine Instituts (Berlin), schließlich ihre eigene Biografie mit der Geschichte der Energiewende in der BRD. Als Kind pazifistischer Eltern aus einer Kohle-Region wurde sie zum Idealismus geradezu erzogen und fand so ihren Weg zu den erneuerbaren Energien. Weniger idealistisch klangen aber die von ihr skizzierten Zukunftspfade: Entwickeln wir uns in eine Wasserstoff-Welt, die vor allem der deutschen Industrie- und Außenhandelspolitik hilft, nicht aber dem Klima? Führt ein alles bestimmender CO2-Preis zu einer Renaissance der Kernenergie, oder droht ein pragmatisches „Weiter so"? Klar wurde am Ende der Keynote, aber auch der gesamten Konferenz: Wie die Energiewende künftig aussehen wird, ist und bleibt hoch umstritten. Handfeste Interessen sind im Spiel, und die verbindlichen Ziele des Klimaschutzabkommens von Paris werden zwingender, je näher die neuralgischen Jahreszahlen rücken. Die soziale Akzeptanz aber hängt entscheidend davon ab, ob die mit der Transformation verbundene Lastenverteilung als gerecht empfunden wird.

Vorgestellt
Publikationen aus dem WZB

Gegen die Kinderehe Irem Ebetürk

Erst in den 1960er-Jahren erließen Staaten Gesetze, die das Mindest-Heiratsalter auf 18 Jahre festlegten; ein globaler Trend in diese Richtung ist seit den 1990er-Jahren zu beobachten. Eine weitere Stärkung erfuhr der Kampf gegen die Kinderehe, als nach 2000 junge Mädchen wie Malala Yousafzai die internationale Bühne betraten und selbst für ihre Rechte einstanden. Wie entsteht ein solcher globaler Trend, und wo setzt er sich wann durch? Die Beobachtung der Entwicklung in 167 Ländern über 50 Jahre hinweg zeigt zwei Bedingungen: das Wahrnehmen weltweiter kultureller Normenentwicklungen und lebendige weibliche Netzwerke im Bereich von Parlament und Gesetzgebung. ***Irem Ebetürk: „Global Diffusion of Laws: The Case of Minimum Age of Marriage Legislation, 1965–2015". In: European Journal of Cultural and Political Sociology, Februar 2021. Online: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/23254823.2021.1887749.***

Was sich in immer mehr Ländern durchsetzt: dass Menschen auch Menschen heiraten können, die nicht dem Geschlecht gegenüber angehören – hier das erste lesbische Paar, das 2005 im Vereinigten Königreich eine Ehe mit allen Rechten einging. Was in immer mehr Ländern verboten wird: dass Menschen verheiratet werden, die noch nicht volljährig sind. Irem Ebetürk hat den politischen Trend zur Abschaffung der Kinderehe weltweit über fünf Jahrzehnte hinweg analysiert.

(Foto: picture-alliance/dpa/dpaweb | epa Paul McErlane).

Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten Lisa Ruhrort, Viktoria Allert

Dass Verkehr und Transport eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen, ist unstrittig. Die Frage ist, wie ein Wandel im Mobilitätsverhalten – weg vom Individualverkehr und hin zu ökologisch verträglichen Reiseformen – in der Breite zu erreichen ist. Muss der Impuls von der Politik kommen, über Vorschriften und Strukturen? Oder ist jeder und jede Einzelne gefragt, das eigene Verhalten nachhaltiger zu gestalten? Lisa Ruhrort und Viktoria Allert plädieren dafür, die persönliche und die strukturelle Ebene – und damit die politologische und die soziologische Perspektive – nicht gegeneinander auszuspielen. Eine Brücke zwischen beiden sehen sie im Bereich der sozialen Normen: Einzelne können durch ihr Verhalten mehr tun, als schlicht CO2 zu reduzieren. Sie können eine soziale Dynamik beschleunigen, die den Rahmen für Mobilität verändert. ***Lisa Ruhrort/Viktoria Allert: „Conceptualizing the Role of Individual Agency in Mobility Transitions: Avenues for the Integration of Sociological and Psychological Perspectives". In: Frontiers in Psychology, April 2021. Online: https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2021.623652/.***

Gesundheitspolitik und ihre Daten Luis Aue

Sämtliche Körperfunktionen werden online getrackt, Sicherungs- und Überwachungssysteme setzen auf Algorithmen auf. Erfahrungsdaten werden zum Rohmaterial. Diese digitale Quantifizierung der Gesundheit wirkt sich auch auf den Zuschnitt der internationalen Gesundheitspolitik aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg prägten die Daten nationaler Statistikämter und internationaler Organisationen ein am Globalen Norden orientiertes Bild von Gesundheitspolitik; maßgeblich waren medizinische und statistische Expert*innen. Die digitale Erfassung von Gesundheitsmetriken seit den 1990er-Jahren bringt kosteneffektive Interventionen privater Akteure, auch von Laien, in den Vordergrund und öffnet den Blick für bisher vernachlässigte Themen. ***Luis Aue: „How Do Metrics Shape Polities? From Analogue to Digital Measurement Regimes in International Health Politics". In: International Political Sociology, 2021, Jg. 15, H. 1, S. 83–101. Online: https://dx.doi.org/10.1093/ips/olaa018.***

Die Gruppe zählt Susanne Veit, Hannah Arnu, Valentina Di Stasio, Ruta Yemane, Marcel Coenders

Dem Phänomen der ethnischen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wird in letzter Zeit viel Aufmerksamkeit zuteil. Welchen Einfluss haben dagegen soziale Zuschreibungen wie „Wärme" oder „Kompetenz"? Für ihre Studie verschickten Susanne Veit und Koautor*innen über 13.000 fiktive Bewerbungen in fünf europäischen Ländern. Variiert wurden die Angaben zu Sozialverhalten, Offenheit, moralischen Werten („Wärme") und Tatkraft, Fähigkeit, Fleiß („Kompetenz"). Die Auswertung zeigt, dass die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe oder das Geschlecht stärkeren Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Einladung hat als die sozialen Merkmale. „Wärme" oder „Kompetenz" als die „Big Two" der Sozialpsychologie können das Handicap durch bestimmte Gruppenzugehörigkeiten nicht aufwiegen. ***Susanne Veit/Hannah Arnu/Valentina Di Stasio/Ruta Yemane/Marcel Coenders: „The ‚Big Two' in Hiring Discrimination: Evidence From a Cross-National Field Experiment". In: Personality and Social Psychology Bulletin, 2021, S. 1–16. Online: https://dx.doi.org/10.1177/0146167220982900.***

Die Macht der Symbole Friederike Luise Kelle

Weltweit fordern Regional-Bewegungen ein Recht auf territoriale Selbstbestimmung. Wie diese Auseinandersetzungen ablaufen und ob sie gewaltsam werden, hängt vom Zugang zu Ressourcen und vom Zusammenhalt innerhalb einer Volksgruppe, aber auch von der symbolischen Identifizierung mit dem eigenen Territorium ab. Diese Identifizierung kann vom mythologisierten Wohnort der Urahnen bis zum Anspruch auf wichtige religiöse Stätten reichen. Friederike Luise Kelle untersucht in ihrer Studie das Mobilisierungspotenzial symbolischer Aufladungen der eigenen Heimat. Ihr Ergebnis: Je höher das Niveau symbolischer Identifizierung, desto mehr Zuspruch erhalten regionale Autonomie-Bewegungen. ***Friederike Luise Kelle: „Why Escalate?: Symbolic Territory and Strategy Choice in Conflicts Over Self-Determination". In: Nationalism and Ethnic Politics, 2021, Jg. 27, H. 1, S. 1–22.***

Wie Narrative politische Gemeinschaften prägen Johanna Hase

Narrative formen das „Wir" und die politische Gemeinschaft. Johanna Hase hat sich mit konkurrierenden deutschen Narrativen zu Deutschland als (Nicht-)Einwanderungsland beschäftigt. Sie zeigt, wie sich Narrative im Lauf der Zeit entwickeln, zwischen Kontinuität und Veränderung schwanken und welche Rolle die Wiederholung, Anpassung und Institutionalisierung gemeinschaftsstiftender Narrative spielen. Der Beitrag fordert Wissenschaft, politische Entscheidungsträger*innen und Bürger*innen dazu auf, kritisch über die wesentlichen Aspekte der Narrative ihrer politischen Gemeinschaften nachzudenken und sich der Geschichten bewusst zu sein, die „uns" erzählt werden und die „wir" selbst erzählen. ***Johanna Hase: „Repetition, Adaptation, Institutionalization – How the Narratives of Political Communities Change". In: Ethnicities, März 2021. Online: https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1468796820987311.***

Wahlen im Krisenmodus Arndt Leininger und Aiko Wagner

Mehrere Landtagswahlen und die Bundestagswahl – Deutschland befindet sich 2021 in einem Superwahljahr. Vor welche Herausforderungen stellt die Pandemie die repräsentative Demokratie, und welche Folgen ergeben sich daraus? Alle Aspekte rund ums Wählen sind betroffen: der Wahlkampf, die Entscheidung der Wähler*innen für eine Partei und die konkrete Umsetzung der Wahl. Arndt Leininger und Aiko Wagner verweisen auf die Erfahrungen aus anderen Krisen und ihre Auswirkungen auf das Abschneiden der Regierungsparteien. Wesentlich ist, wie das Krisenmanagement bis zur Bundestagswahl durch die Bevölkerung wahrgenommen und bewertet wird. Die Analyse dürfte an Relevanz gewinnen, denn die Wahrscheinlichkeit weiterer Pandemien nimmt zu, ebenso wie die Zahl der durch die Klimakrise ausgelösten Katastrophen. Wahlen im Krisenmodus wird es also noch häufiger geben. ***Arndt Leininger/Aiko Wagner: „Wählen in der Pandemie: Herausforderungen und Konsequenzen". In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2021. Online. https://doi.org/10.1007/s41358-021-00255-6.***

Personen

Gäste

Alberto Palacios-Abad ist bis Juni 2021 Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Effort and Social Inequality. Er ist Doktorand an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universidad Carlos III de Madrid und Mitglied des Effort-Projekts und forscht vor allem zu Bildungsungleichheit, sozialer Schichtung sowie experimentellen Methoden.

Prof. em. Dr. ***David Abraham*** ist Gast der Forschungsgruppe International Citizenship Law. Der emeritierte Professor für Recht an der Universität von Miami, USA, ist Historiker und Jurist und lehrte deutsche und europäische Geschichte an der Princeton University, bevor er an die juristische Fakultät wechselte. In jüngerer Zeit hat David Abraham über Immigrations- und Staatsbürgerschaftsrecht geschrieben, mit einem besonderen Fokus auf Staatsbürgerschaft in einer neoliberalen Ära und Problemen der sozialen Solidarität, Vielfalt und Integration in Deutschland, Israel und den USA.

Die Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung begrüßt mit ***Sarah Carol***, Professorin für Soziologie am University College Dublin, ***Ines Michalowski***, Professorin für Religionssoziologie an der Westfälischen Wilhelm-Universität Münster, und ***Merlin Schaeffer***, Professor für Soziologie an der University of Copenhagen, drei neue WZB-Fellows in ihren Reihen.

Dr. ***Volha Charnysh*** ist seit Mai 2021 Gast der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Volha Charnysh ist Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft am Massachusetts Institute of Technology, USA. Sie untersucht politische Einstellungen und Verhaltensweisen in kulturell vielfältigen Gesellschaften und interessiert sich besonders für die politischen Hinterlassenschaften von Massenvertreibung, Völkermord und Plünderung.

Dr. ***Mirjam Dageförde*** ist Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der FU Berlin und assoziierte Forscherin an der Sciences Po Paris sowie am Centre Marc Bloch (Humboldt-Universität zu Berlin). In ihrer Forschung untersucht sie das Verhältnis von Bürgern und Politik und forscht in den Feldern Vergleichende Politikwissenschaft, Sozialpsychologie, Repräsentation, politisches Verhalten, Public Policies und Methoden.

Foto: Privat

Mirjam Dagefjorde

Resty Naiga Ph.D. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Department of Development Studies des College of Humanities and Social Sciences der Makerere University, Uganda. Sie ist ab Juni für ein Jahr als A.SK-Fellow zu Gast am WZB. Während ihres Fellowships in der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit wird sie sich mit Reformen der Wasserwirtschaft in Entwicklungsländern und deren Auswirkungen auf den nachhaltigen Zugang zu sauberem Wasser beschäftigen und zudem die Geschlechtergleichstellung in Uganda untersuchen.

Moritz Neugebauer ist seit März 2021 Gast des Präsidialstabs am WZB und Koordinator der Arbeitsgruppe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) „Zukunft der Arbeit nach Corona", deren Sprecherin WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger ist. Zuvor hat er sich in seiner rechtssoziologischen Promotionsforschung an der University of Kent mit Entwicklungsdynamiken im britischen Leiharbeitssektor seit den 1970er-Jahren beschäftigt.

Hannah Pool ist Gast der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Sie ist Doktorandin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und Fellow der Charlemagne Prize Academy zur Wahrnehmung der EU-Binnengrenzschließungen während Covid-19. In ihrer Dissertation beschäftigt Hannah Pool sich mit wirtschaftlichen Interaktionen und sozialen Beziehungen in irregulärer Migration, insbesondere auf der Route von Afghanistan nach Deutschland, auf der sie ethnografisch im Iran, der Türkei, Griechenland und entlang der sogenannten Balkanroute forschte.

Berufungen

Im Juni 2020 ist Dr. ***Jianghong Li*** Ph.D. als Honorary Research Associate an das Telethon Kids Institute der University of Western Australia berufen worden; und seit August 2020 ist sie Adjunct Associate Professor an der Faculty of Business and Law am Bankwest-Curtin Economics Centre der Curtin University, Western Australia.

Dr. ***Thorsten Thiel***, Forschungsgruppenleiter „Digitalisierung und Demokratie" am Weizenbaum-Institut und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung am WZB, vertritt im Sommersemester 2021 die Professur für vergleichende Regierungsforschung an der Universität Erfurt.

Ehrungen / Preise

Prof. Dr. ***Jutta Allmendinger*** Ph.D., Präsidentin des WZB, wurde im April 2021 vom britischen Premierminister Boris Johnson in das neu ins Leben gerufene G7 Gender Equality Advisory Council (GEAC) der Londoner Regierung berufen. Ziel des Beratungsgremiums ist es, Maßnahmen zur weltweiten Förderung der Frauenrechte zu definieren, vor allem vor dem Hintergrund der globalen Erholung von der Covid-19-Pandemie.

Zudem ist ***Jutta Allmendinger*** neues Mitglied im Kuratorium der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft, im Rat der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie im Zukunftsrat des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. ***Andreas Knie*** und Dr. habil. ***Weert Canzler*** sind Preisträger des mit 10.000 Euro dotierten Bertha-und-Carl-Benz-Preises 2021 der Stadt Mannheim. Beide befassen sich mit der Erforschung der Mobilität.

Professor ***Udo E. Simonis*** ist in Würdigung seines Engagements im Kuratorium seit den ersten Tagen des Instituts zum Ehrenmitglied des Öko-Instituts e. V. ernannt worden.

Promotionen

Melinda Erdmann, Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe der Präsidentin, hat im September 2020 ihre Dissertation zum Thema „Von der Studienaufnahme bis zum Studienabbruch. Die zeitliche Veränderung des studentischen Frames in der Studieneingangsphase und ihre Wirkung auf

den Studienverblieb“ an der Universität Potsdam erfolgreich verteidigt.

Maximilian Hösl hat im März 2021 seine Promotion zum Thema „Von der Informationsgesellschaft zur Digitalpolitik – Digitalisierungsdiskurse und intraministerieller Wandel“ erfolgreich abgeschlossen.

Lea Katharina Kröger hat im April ihre Promotion mit dem Titel „Family Matters. A Sibling Similarity Approach to the Study of Intergenerational Inequality in Germany” am European University Institute in Florenz verteidigt.

Personalien

Nourhan Elsayed ist seit März 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Bevor sie ans WZB kam, studierte sie Internationale Beziehungen und Arabische Politik an der Georgetown University in Washington D.C., USA, und absolvierte ein Masterstudium in Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Ihre Forschungsinteressen umfassen Immigration, die extreme Rechte und Demokratisierung.

Foto: Privat

Nourhan Elsayed

Dr. ***Anna Fenner*** ist Beauftragte für Forschungsmanagement des Schwerpunkts Dynamiken sozialer Ungleichheiten. Davor war sie als Koordinatorin eines interdisziplinären Forschungszentrums und als persönliche Referentin der Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen tätig.

Dr. ***Sassan Gholiagha***, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Governance for Global Health, ist ab dem 1. Mai 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Internationale Beziehungen am Department Sozialwissenschaften der TU Braunschweig.

Insa Grüttgen ist seit März 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Zuvor beendete sie ihren Master der Soziologie an der Universität Potsdam. Ihre bisherigen inhaltlichen Schwerpunkte liegen bei Themen der Bildungsungleichheit, Jugenddevianz und der sozialen Kohäsion.

Philipp Günther ist seit April 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Er untersucht, wie der tatsächliche Zugang für Bürger*innen zu Recht und Justiz in Berlin gewährleistet wird, und befasst sich außerdem mit Klimaschutz- und Energierecht sowie der Rechtssoziologie.

Lina Hayek ist seit Juni als Assistentin in der Abteilung Global Governance und unterstützt Professor Michael Zürn und dessen Team. Zuvor hat sie einen Master of Arts in Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin abgeschlossen.

Sebastian Hellmeier Ph.D. arbeitet seit 1. Juni 2021 als Postdoc in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zuvor forschte er am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg in Schweden zu Autokratisierung, Demokratisierung und politischem Protest.

Dr. ***Gregor Hofmann*** ist Referent im Präsidialbereich. Er unterstützt den neuen Verbund „Berlin Research 50“ (BR50), in dem die außeruniversitären Forschungseinrichtungen Berlins ihre Kräfte bündeln, um systematischer zu kooperieren. Zuvor war er wissenschaftlicher Referent der Institutsleitung am Leibniz-Institut Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Kristin Kelley Ph.D. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Arbeit und Fürsorge. Sie untersucht soziale Prozesse mittels Umfragen und experimentellen Methoden, vor allem die Geschlechterungleichheiten in Arbeits- und Familienkontexten.

Marion Lieutaud arbeitet seit Juni 2021 als Postdoc in der Forschungsgruppe Arbeit und Fürsorge. Ihre Promotion untersucht quantitativ den Zusammenhang zwischen Migrationsreisen, Paarbildung und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bei Paaren, die in Großbritannien und Frankreich leben. Sie ist assoziierte Forscherin am Centre March Bloch in Berlin und Mitglied des Leverhulme Doktorandenseminars zu Ungleichheiten.

Elisabeth Nöfer ist seit Juni als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Abteilung Global Governance und arbeitet für das Exzellenzcluster SCRIPTS. Zuvor hat sie einen Master of Arts in Medienkultur an der Universität Bremen abgeschlossen und einen Master of Arts in Global Media and Transnational Communications an der Goldsmiths Universität London.

Dr. ***Wilma Rethage*** ist neue Beauftragte für Forschungsmanagement der Schwerpunkte Migration und Diversität, Politische Ökonomie der Entwicklung sowie des Promotionskollegs „Gute Arbeit“. Zuvor arbeitete sie fünf Jahre als Referentin mit dem Länderschwerpunkt Osteuropa im Bereich Internationale Zusammenarbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und leitete dort drei Jahre das Auslandsbüro in Moskau.

Viktoria Scheidler ist seit März 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung und für das Projekt „Verkehrswendebüro“ zuständig. Dort beschäftigt sie sich mit dem Gelingen der Verkehrswende auf kommunaler Ebene, unter anderem durch die Umsetzung in Modellprojekten. Zuvor studierte sie im Master „Responsibility in Science, Engineering and Technology (RESET)” am Munich Center for Technology in Society (TU München).

Emilie Segura ist seit April 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zuvor absolvierte sie ein Masterstudium in Labor Policies & Globalization an der Universität Kassel und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Sukayna Younger–Khan ist seit Juni wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Global Governance und arbeitet dort im Projekt „Towards a Typology of Contestations“ in Zusammenarbeit mit dem Exzellenzcluster SCRIPTS. Zuvor hat sie einen Master of Laws in International Law an der Universität Sussex und einen Master of Science in Conflict Resolution an der Universität Essex, U.K., abgeschlossen.

Sophie Hofmeister ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Hier unterstützt sie die Geschlechterforschung und widmet sich der Erforschung der „Leaky Pipeline“ in der Mathematik anhand des Exzellenzclusters MATH+. Ihre Interessenschwerpunkte liegen im Bereich der Bildungs- und Hochschulforschung. Den Master in Verwaltungswissenschaft absolvierte sie an der Universität Potsdam.

Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer und Harald Wilkoszewski

Langsam wird mehr möglich. Die Pandemie lockert ihren Griff, die Kontakte und die Formen des Austauschs werden wieder vielfältiger. Neben die inzwischen zur Routine gewordenen Online-Formate treten ab und an Begegnungen in Präsenz, „hybrid" könnte ein neuer Trend werden. Und die Medien sind so lebendig wie eh und je. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen weiter auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Hier einige Schlaglichter auf das Leben und Arbeiten im WZB.

Ein Ritt auf dem Steckenpferd

Graue Literatur, das klingt langweilig und kontrastarm. Ein kleines Büchlein aus dem WZB beweist, dass dem nicht zwingend so ist. „Handel's Steckenpferd. An Anglo-German Dialogue" präsentiert ein Gespräch zwischen Herausgeber Steffen Huck, Ökonom und Direktor am WZB, und Sir Peter Jonas, dem kürzlich verstorbenen britischen Kulturmanager und Opernintendanten, dem das WZB prägende Impulse verdankt – man denke nur an das Jubiläum zum 50. Geburtstag. Die beiden versuchen, Brücken zu schlagen zwischen ihren Disziplinen und ihren Nationalitäten. Das Gespräch mäandert zwischen Shakespeare und Keynes, der Queen und den Wagner-Töchtern, es streift Linguistik, Geschichte und am Ende sogar die Religion. Und weil das liebevoll gestaltete Bändchen eben graue Literatur ist, ist es nicht einfach zu bestellen, sondern bei großer Neugier aufzuspüren in einem Karton im WZB.

Vorlese

Zur ihrer höchsten Form laufen die *WZB–Mitteilungen* auf, wenn Beiträge verschiedenster Fachrichtungen sich unter einem Titelthema versammeln. Das nächste Heft hat wieder gute Chancen, diesem Ideal zu entsprechen. „Herkunft" ist der Arbeitstitel für September, und die ersten Beiträge aus der Bildungs- und aus der Migrationsforschung sind schon angekündigt.

Ein Auto-Preis

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Mobilitätsforscher Andreas Knie und Weert Canzler den Bertha-und-Carl-Benz-Preis 2021 erhalten haben. Denn Bertha Benz fuhr 1888 mit dem von ihrem Mann Carl konstruierten Auto über 100 Kilometer weit von Mannheim nach Pforzheim. Damit war sie der erste Mensch, der eine längere Autofahrt unternahm – eine Pionierin des Individualverkehrs. Doch die Stadt Mannheim bleibt nicht im 19. Jahrhundert stehen. Sie verleiht den mit 10.000 Euro dotierten Preis an zwei Forscher, deren Arbeit nicht bloß theoretisch ist, sondern praktische Vorschläge zur Lösung drängender Probleme im Bereich Mobilität macht. Dabei gehe es vor allem um Maßnahmen gegen den urbanen Verkehrskollaps und um den Kampf gegen Umweltbelastungen durch Schadstoffausstoß und Lärm, heißt es in der Begründung. Womit wahrscheinlich auch das namensgebende Paar etwas anfangen könnte, würde es heute über deutsche Straßen fahren.

Anything goes am Reichpietschufer

„Alles geht" scheint das Motto der postmodernen Architektur, gut zu erkennen am Anbau des WZB-Ensembles, der in den 1980er Jahren entstand. Die Architekten James Stirling und Michael Wilford kombinierten Farben – von Himmelblau über Blassrosa bis Gelb und Grün – und klassische Formen auf den ersten Blick willkürlich. Kenner:innen des Gebäudes wissen: Auch die Willkür will geplant sein, zumal die Postmoderne die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellte. Skizzen und frühe Fotos des WZB-Neubaus sind in der Ausstellung „Anything Goes? Berliner Architekturen der 1980er Jahre" der Berlinischen Galerie noch bis August zu sehen. Sie präsentiert die Gebäude und Stadtquartiere, die im Rahmen der Internationalen Bauaustellung 1984/87 in West-Berlin und der Ost-Berliner Bauausstellung von 1987 entstanden sind. Teil der Ausstellung sind übrigens auch Audiowalks durch die Stadt, aufs Handy zu laden.

Gipfeltreffen im WZB

Es war das erste Aufeinandertreffen der Spitzenkandidat*innen im Kampf um das Berliner Rote Rathaus: Am 22. April waren Franziska Giffey von der SPD, die Bündnis-Grüne Bettina Jarasch und CDU-Mann Kai Wegner im WZB, der Spitzen-Linke Klaus Lederer wurde kurzfristig durch die Landesvorsitzende Katina Schubert vertreten. Moderiert wurde die Diskussion, die immerhin physisch im großen Saal „A 300", wenn auch ohne Publikum stattfand, von Pola Lehmann aus der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Sie forscht zu Konfrontation und Kompromiss in der Politik, und genau dieses Spannungsfeld wurde an dem Abend ausgelotet. Ruhig und sachlich, tatsächlich noch ein bisschen im Vorwahl-Modus, legten die vier Positionen zu den drängenden Fragen, zu Klima, Gesundheit, Gene-

rationen, Repräsentation, dar. Nachzusehen ist der Talk auf dem YouTube-Kanal des WZB (https://youtu.be/Yzs3YevHfzM).

Werkstatt Wahlen

Und das ist erst der Anfang. 2021 werden in Deutschland mehrere Landtage und im September der Bundestag neu gewählt. Ein Superwahljahr, das natürlich auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des WZB beobachten, analysieren und kommentieren. Gebündelt werden ihre Beiträge auf unserer multimedialen Plattform „Werkstatt Wahlen". Lässt sich verloren gegangenes Vertrauen in die Demokratie und Mechanismen der Repräsentation wiedergewinnen? Vor welchen Herausforderungen stehen die Parteien? Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf das Wahlverhalten? Und wie lassen sich unter Pandemie-Bedingungen überhaupt Wahlen organisieren? Diese und viele andere Fragen werden in Beiträgen, Audio-Interviews, Filmen diskutiert. Schauen Sie rein: www.wzb.eu/de/forschung/werkstatt-wahlen-am-wzb.

Nach Corona?

Vier Fotos standen im Zentrum eines Abends, bei dem das WZB im Stadtmuseum Berlin zu Gast war. Ein abgesperrter Spielplatz, ein Zelt in einem Wohnzimmer, drei Radler auf einer Hauptstraße und eine Maske im Staub – Momentaufnahmen aus einer partizipativen Aktion des Museums, die große Fragen aufwerfen. Was ist mit der Gesellschaft passiert in den vergangenen Monaten, was hat sich verändert, was wird bleiben? Ende Mai hatte Museumsdirektor Paul Spies WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger und die Slam-Poetin und Moderatorin Ninia LaGrande eingeladen, um im Umbruch zwischen Pandemie und vielleicht dem Anfang einer Zeit nach Corona eine Bestandsaufnahme zu wagen. „Ausgebremst und abgefahren. Berlin jetzt! Oder: Wie kann Großstadt gelingen?" hieß der Titel des Austauschs, dessen Aufzeichnung über unsere Website zu finden ist. Die Veranstaltung war ein Auftakt. Das Stadtmuseum wird dem WZB neue Möglichkeiten bieten, mit der Stadtgesellschaft in Kontakt zu kommen.

Über Bildung

„Schule in der Pandemie. Hat die Bildungspolitik versagt?" Nicht jeder Titel war so provokant, alle Veranstaltungen aber loteten hochaktuell und disziplinübergreifend die Probleme und Chancen von Bildung heute aus. Von April und noch bis Ende Juni findet in neun Folgen ein digitales Kolloquium statt, dessen Beiträge hier nachzuhören sind: https://bildungspolitik.blog.wzb.eu.

Zukunftsfabrik für die Wissensvermittlung

Im Herbst 2020 lud das Bundesforschungsministerium etwa 150 Expert:innen zur #FactoryWisskomm ein, um die Zukunft der Wissenschaftskommunikation zu diskutieren, darunter die Spitzen der Hochschulen und außeruniversitären Forschung, Kommunikator:innen, Wissenschaftsjournalist:innen und Fördereinrichtungen. Die Präsidentin und der Pressesprecher des WZB gehörten dazu. In mehrmonatiger Arbeit entstanden „Handlungsperspektiven für die Wissenschaftskommunikation". Sie sollen den Weg für die Wissensvermittlung der Zukunft aufzeigen – ein hoher Anspruch über 20 Jahre nach dem „PUSH-Memorandum", das als Meilenstein für den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit gilt. Am 23. Juni werden die neuen Empfehlungen bei einer Veranstaltung mit Bundesministerin Anja Karliczek, dem Virologen Christian Drosten, Bloggerin Mai Thi Nguyen-Kim und Jutta Allmendinger vorgestellt.

Mit großer Bestürzung haben wir erfahren, dass Nedim Okan, Doktorand an der Berlin School of Economics (BSE) und Forschungsstipendiat am WZB, am 24. Mai 2021 verstorben ist.

Nedim hat an der Istanbul Bilgi University und der Sabanci University studiert. Er arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Istanbul Bilgi University und als Laborleiter am Bilgi Economics Lab of Istanbul, bevor er zur Berlin School of Economics wechselte. Seine Forschungsinteressen waren experimentelle Wirtschaftsforschung und Verhaltensökonomik.

Nedim war erst seit anderthalb Jahren in Berlin und hat letzten Sommer die Kursphase des Doktorandenprogramms abgeschlossen. Seit Januar dieses Jahres haben wir mit Nedim an einem Laborexperiment über das Thema der motivierten Wahrnehmung gearbeitet. Nedim stand noch ganz am Anfang seiner Promotion, aber er hat entscheidend zu dem Projekt beigetragen, für das wir gerade die ersten Pilotexperimente durchführen wollten. Er hat mit seiner ruhigen und freundlichen Art unzählige wichtige Anregungen für das Forschungsdesign gemacht und die Experimente programmiert.

Wir trauern zusammen mit allen Mitgliedern des Schwerpunkts Markt und Entscheidung über den Verlust von Nedim. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau und seiner Familie.

Jeanne Hagenbach (Karl W. Deutsch-Gastprofessorin) und Dorothea Kübler (Direktorin der Abteilung Verhalten auf Märkten)

Ein anderer Lockdown ist auch ein Erlebnis Eine Forscherin aus Paris im pandemischen Berlin

Jeanne Hagenbach

Als mich Dorothea Kübler Ende 2019 fragte, ob ich gerne als Karl W. Deutsch-Gastprofessorin ans WZB kommen würde, habe ich sofort zugesagt. Die Vorstellung, ans WZB zu kommen und Teil der lebendigen verhaltensökonomischen Szene in Berlin zu werden, begeisterte mich. Mein Partner ist Deutscher, er hat vor Jahren in Berlin gelebt, und wir freuten uns, die Stadt als deutsch-französische Familie zu erleben und unsere Söhne in engen Kontakt zur deutschen Sprache zu bringen. Wir konnten nicht wissen, dass eine Pandemie kommen würde, die unsere Reise äußerst kompliziert machen und den Charakter unseres Aufenthalts drastisch verändern würde.

Frankreich hatte die erste und die zweite Welle der Pandemie hart getroffen. Im Laufe des Jahres 2020 waren 65.000 Menschen an Covid-19 gestorben – in Deutschland, waren es 39.000. In beiden Ländern gab es im Frühjahr einen Lockdown, aber die Französinnen und Franzosen waren von Ende Oktober bis Anfang Dezember noch einmal eingeschlossen. Tatsächlich kam Deutschland bis in den Herbst erstaunlich gut mit der Krise zurecht. Während wir uns auf unseren Aufenthalt in Berlin vorbereiteten, waren wir ziemlich sicher, es könne nur besser sein, die Pandemie auf der anderen Seite des Rheins zu erleben. Franzosen beklagen sich ohnehin gerne über ihr Land, und sie haben oft sehr positive Vorurteile gegenüber der deutschen Effizienz. Wie Deutschland mit der ersten Welle umging, verstärkte diese Vorurteile – und die Medien taten das Ihre dazu. Den ganzen Sommer über wurden die Unterschiede der Infektionsraten in Deutschland und Frankreich im Fernsehen gezeigt, und es wurde gefragt, warum Deutschland so gut mit der Situation zurechtkam (belastbare Antworten gab es selten). Als ich mich fragte, ob mein Forschungsaufenthalt wohl möglich sein würde, bestärkte mich der Leiter meiner Pariser Forschungsabteilung mit den Worten, im Frühjahr würde ich „die Terrassen und die Skipisten" genießen können, während Frankreich wieder eingesperrt sein würde. Als wir am 28. Dezember losfuhren, gab es in Deutschland 19.000 neue Infektionen täglich, während es in Frankreich 11.000 waren. Wir zogen genau dann um, als die Situation in Deutschland schlechter wurde als die in Frankreich, wahrscheinlich schlechter denn je seit Beginn der Pandemie. Läden wurden geschlossen, Schulen und Kitas standen kurz davor. In Deutschland anzukommen, war jedoch einfach (irgendwie hat mein Gedächtnis den Riesenstress verdrängt, den es bedeutet, mit der ganzen Familie für acht Monate in ein anderes Land zu ziehen ...). Wir befolgten die Regeln der Gesundheitsbehörden und gaben eine Adresse an, unter der wir die Quarantäne verbringen würden. Die Regeln waren streng: Man erwartete von uns, dass wir zehn Tage lang zu Hause bleiben würden, ohne die Wohnung zu verlassen. Ich fragte mich wirklich, wie wir es schaffen sollten, mit kleinen Kindern tagelang drin zu bleiben, und wie wir uns versorgen würden. Im französischen Fernsehen hatten wir gesehen, wie in Deutschland die Polizei an Türen von Leuten klingelte, die gerade ins Land gekommen waren, um zu überprüfen, ob sie die Quarantäne einhalten. Wir waren also äußerst vorsichtig, aber bei uns kam niemand vorbei. Wir konnten die Kinder auch seltene Male im Hof spielen lassen oder zum Supermarkt gehen. Es war sehr aufregend für uns, wirklich in Berlin zu sein.

Im Supermarkt erlebten wir unsere erste Überraschung. In Paris trugen die Menschen wirklich überall Masken, auf der Straße, im Park. Ich hätte es nie gewagt, mein eigenes Haus ohne Maske zu betreten – ich hätte viel zu große Sorge gehabt, womöglich Nachbarn anzustecken. Wir konnten es fast nicht glauben, dass in Berlin Bäckerinnen und Fleischer ohne Maske bedienten. Aus dem Fenster meines Büros im WZB konnte ich die Bauarbeiter an der Neuen Nationalgalerie beobachten, die in Baucontainern zusammensaßen, aßen und sich unterhielten – ohne Maske. Im Supermarkt hatten die Kassiererinnen täglich Kontakt zu Dutzenden von Kunden – ohne Maske.

In Paris hatten Kassiererinnen wochenlang hinter Plexiglas gearbeitet. Aïcha Issadounène hatte traurige Berühmtheit erlangt: Die 52-jährige Carrefour-Kassiererin starb in den ersten Wochen der Pandemie an Corona. Sie stand für all jene Berufstätigen, die während der Lockdowns einerseits absolut unverzichtbar, andererseits dem Virus schutzlos ausgeliefert waren. Nach-

dem wir in Berlin angekommen waren, versuchten wir, überall unsere Masken zu tragen – wie wir es von Frankreich her gewöhnt waren. Aber es ist nicht leicht, im Freien eine Maske zu tragen, wenn man damit alleine ist. Inzwischen müssen Menschen in Deutschland in Innenräumen FFP2-Masken tragen. In Frankreich ist die Art der Maske egal, aber die Maskenpflicht gilt überall, selbst am Strand.

Unsere Quarantäne endete am 7. Januar. Am 8. Januar entschied der Berliner Senat, Kitas und Schulen für mindestens einen Monat zu schließen. In Frankreich hatte die Regierung Macron die klare Priorität gesetzt, die Schulen kein zweites Mal zu schließen. Wir überlegten, ob wir nach Hause zurückkehren sollten. Nicht in erster Linie, weil es schwer ist, mit Kindern zu Hause zu arbeiten, sondern weil wir der festen Überzeugung sind, dass Kinder ein soziales Leben außerhalb des eigenen Haushalts brauchen – in Paris wäre das zu der Zeit möglich gewesen. Wir hatten schließlich großes Glück: Die deutsche Kita nahm unsere beiden Söhne, drei und sechs Jahre alt, in den Notbetrieb auf, da wir Lehrverpflichtungen hatten. Aber ich weiß, dass die Zeit für viele deutsche Familien sehr hart war. In Frankreich gingen die Kinder tatsächlich bis in den April hinein in die Schule, wenn auch unter besonderen Bedingungen. Sie mussten ihre Masken den ganzen Tag aufbehalten, sogar im Pausenhof. Dort wurden die unterschiedlichen Klassen durch Sperrgitter getrennt, wie wir sie von Demonstrationen kennen. Die Kinder mussten ihre Hände ungefähr acht Mal täglich waschen – Eltern stellten Fotos der kaputten Hände ins Netz. Macron entschied schließlich, die Frühjahrsferien vorzuziehen; am 5. April wurden die Schulen für drei Wochen geschlossen. In dem Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, sollen die Schulen wieder geöffnet werden – bei einer Inzidenz von über 500 in Paris. Es ist eine sehr komplizierte Diskussion, es gibt gute Gründe für und gegen das Offenhalten von Schulen. Ich kann nur dankbar dafür sein, dass hier in Berlin die Kitas eine Art Schutzraum für meine Kinder sind. Sie haben weniger Kontakte, als sie in einer französischen Schule hätten (dort wären es 30 Kinder), und wahrscheinlich deswegen haben sie weniger unter Corona-Einschränkungen zu leiden.

Nach fünf Monaten haben wir unseren Rhythmus in Berlin gefunden. Die Stadt ist mindestens fünf Mal so groß wie die Innenstadt von Paris, und es fühlt sich sehr gut an, einen Lockdown mit Bewegungsfreiheit zu erleben. 2020 durften wir in Frankreich nur ein Mal am Tag für höchstens eine Stunde und innerhalb eines Radius von einem Kilometer die Wohnung verlassen. Nicht alle in Paris sind nur einen Kilometer von Grün entfernt. Sowohl im Frühling als auch im Herbst mussten wir über Wochen eine Bescheinigung ausdrucken (und wer keinen Drucker hatte, durfte das Dokument auch von Hand abschreiben, wie eine Strafarbeit früher in der Schule ...). Felder mit dem Grund für den Ausgang waren anzukreuzen, wir mussten die genaue Zeit angeben und unterschreiben. Es hat schon etwas Seltsames, für sich selbst eine Erlaubnis auszustellen, das Haus zu verlassen. Am 20. März dieses Jahres, zu Beginn des dritten Lockdowns in Paris, bot die Regierung, die wohl eingesehen hatte, dass die Einschränkungen doch zu weit gingen, eine mildere Fassung dieses Formulars an: Jetzt waren 30 mögliche Gründe aufgeführt, und in Abhängigkeit davon gab es unterschiedlich große erlaubte Radien. Innerhalb von Stunden quoll das Internet über vor Spott über diese komplexe Leistung der Bürokratie. Am Mittag war das Formular zurückgezogen. Im November 2020 wurde eine Sperrstunde eingeführt, die seitdem durchgehend gilt, mit unterschiedlichen Zeiten: zuerst 21 Uhr, dann 20 Uhr, 18 Uhr, schließlich 19 Uhr. Ich frage mich manchmal, wie die Französinnen und Franzosen solche Regeln akzeptieren können – vielleicht, weil sie Regeln üblicherweise nicht umfassend befolgen? Ich genieße es außerordentlich, in Berlin überall hingehen zu dürfen. Natürlich hätte ich gerne öfter Freunde gesehen, aber es war nie wirklich erlaubt, Menschen aus verschiedenen Haushalten einzuladen. Am WZB habe ich exzellente Arbeitsbedingungen, ich komme fast täglich ins Haus. Ich habe weniger Kontakte, als ich sie in normalen Zeiten hätte, aber in kleineren Gruppen sind die Beziehungen exklusiver. Über Zoom habe ich wertvolles Feedback zu meiner Arbeit bekommen, ich habe neue Projekte begonnen und sogar online Experimente durchgeführt.

Alles in allem gibt es keinen guten Ort, um eine Pandemie zu erleben – es gibt allerdings ganz sicher schlechtere Orte. Mein Projekt, ans WZB und nach Berlin zu kommen, trug mich durch das besondere Jahr 2020. Ursprünglich hatte ich natürlich ein lebendigeres Berlin vor Augen, aber ich muss sagen, eine andere Spielart des Lockdowns ist auch ein Erlebnis. Wenn man so viel Zeit zu Hause verbringt, ist es sehr gut, das Zuhause zu wechseln! Für manche Dinge werden Menschen immer ein echtes, nicht virtuelles Eintauchen brauchen. Zum Beispiel für das Erlernen einer Sprache. Meine Söhne sprechen nach fünf Monaten fließend Deutsch und fangen an, im Französischen Fehler zu machen. So ist wenigstens eine Hoffnung für unseren Aufenthalt hier voll aufgegangen.

Jeanne Hagenbach ist Forschungsdirektorin am Centre National de la Recherche scientifique (CNRS) und Professorin für Ökonomie am Institut d'études politiques de Paris. In ihrer Forschung widmet sie sich den Bereichen Mikroökonomische Theorie, Spieltheorie und Experimentelle Wirtschaftsforschung. Für ihren Aufenthalt als Karl W. Deutsch-Gastprofessorin 2021 am WZB ist sie mit ihrer ganzen Familie nach Berlin gezogen. *[Foto: Martina Sander]*

jeanne.hagenbach@wzb.eu

Die Nachbarin hat sich fein gemacht: Fünfzig Jahre nach ihrer Errichtung brauchte die Neue Nationalgalerie eine Generalüberholung. Sechs Jahre und 140 Millionen Euro hat es gekostet, den spektakulären Bau komplett auseinanderzunehmen und neu zusammenzusetzen: den Sockel aus Granit, das Beton–Fundament, die Träger, das riesige Stahldach – und die Glasscheiben, über deren Neubeschaffung in außergewöhnlichem Format ein eigener Roman zu erzählen wäre. Jetzt sind die Bauzäune gefallen. Erste Neugierige durften bei den Tagen der Offenen Tür Anfang Juni durch die leeren Räume streifen, im August geht es richtig los. Dann ist es auch wieder möglich, den Stirling–Bau des WZB durch die dank neuester Technik nie wieder beschlagenden Scheiben der Mies–van–der–Rohe–Halle zu betrachten. Architektur–Ikonen unter sich, beziehungsweise nebeneinander. Hier erst einmal der Blick aus unserem Haus auf die ganz neue, alte Nachbarin. Glückwunsch auch! *[Foto: Bundesamt für Bauordnung und Raumwesen / Marcus Ebener]*